Mit der Welt verbunden — Die Deutsche Welle

Ein Dossier der Zeitung Politik & Kultur
(barrierefreie Fassung in vereinfachtem Layout)
Oktober 2026

Inhalt

5 **Editorial: Panta rhei**
Olaf Zimmermann

6 **Journalismus, der Vertrauen schafft**
Barbara Massing

10 **Zwischen Staatsauftrag und Unabhängigkeit**
Anke Hagedorn

13 **Hindi mit deutschem Akzent**
Anandita Bajpai

15 **Klarer Auftrag braucht klare Finanzierung**
Achim Dercks

18 **Die Außenseiterin?**
Holger Postel

21 **Sicherung der Unabhängigkeit**
Karl Jüsten

24 **Botschafterin kultureller Vielfalt**
Christian Höppner

27 **Nachhaltige Entwicklung**
Bärbel Kofler

29 **Visitenkarte**
Armin Laschet

30 **Macht der Einordnung**
Ines Pohl

32 **Wettbewerb um globale Informationsräume**
Carola Richter

35 **Außen- und Sicherheitspolitik**
Mark Speich

38 **Prorussische Kampagnen**
Gesine Dornblüth und Thomas Franke

41 Breaking Fake News
Guido Baumhauer

44 Doppelverant-wortung in Krieg und Krisen
Nadja Scholz

46 Für die Menschen in der Türkei
Erkan Arıkan

48 Wenn der eigene Name zum Risiko wird
Petra Aldenrath

50 Gegen die Propaganda Putins
Alexandra von Nahmen

52 Im Dialog in Syrien
Jaafar Abdul Karim

54 In der Muttersprache
Lena Gorelik

56 Keine vollständige Sicherheit
Fatima Karimova

58 Netzwerke und Werkzeuge
Vania Pigeonutt

60 Unser Bild in China
Shi Ming

62 Von deutscher Ingenieurs-kunst zu Doppel-standards?
Boniface Mabanza Bambu

65 Projektion und Enttäuschung
Jannis Hagmann

67 Was die Welt über uns wissen will
Mathias Stamm

69 Deutschland verständlich machen
Jochen Rosenkranz

72 International attraktiv?
Jörg Rocholl

74 Der Zugang muss offenbleiben
Benjamin Hedžić

77 Wirtschaft weltweit
Helena Melnikov

79 Unter der Käseglocke
Daniel Bax

81 Kontroverse Realitäten
Shani Rozanes

84 Wie berichtet man über Israel?
Richard C. Schneider

86 Gradmesser für unsere Demokratie
Pinchas Goldschmidt

88 Welche Plattform zählt?
Sebastian Katthöver

90 Was ist noch real?
Joscha Weber

93 Multiple Krisen bewältigen
Carsten von Nahmen

96 Ein gemeinsamer Informationsschutzschild
Marie-Christine Saragosse

99 Journalismus muss KI gestalten
Simon Uhl

102 Für Freiheit, Innovation und Dialog
Barbara Massing und Olaf Zimmermann im Gespräch mit Eric Leimann

106 Impressum

Editorial: **Panta rhei**

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Panta rhei, wörtlich »alles fließt«, gilt als Ausspruch des griechischen Philosophen Heraklit. Beschrieben wird damit, dass sich alles stetig verändert – also im Fluss ist.

Im stetigen Fluss ist auch die Nachrichten- oder Informationslage. Mir persönlich ist es manchmal schon fast zu viel und ich bin ein wenig überfordert, all die Eilmeldungen und Nachrichten in den traditionellen und den sozialen Medien zu verfolgen. Doch dies ist im weltweiten Maßstab nahezu ein Luxusproblem. In vielen Ländern sieht es ganz anders aus. Oft können die Menschen auf keine ausgebaute Medieninfrastruktur zurückgreifen, oder noch schlimmer, in autoritär regierten Staaten, in denen die Nachrichten staatlich kontrolliert werden, fehlen die Zugänge zu freien Medien oft gänzlich.

Die Deutsche Welle, der deutsche Auslandssender, hat zum Ziel, weltweit Informationen zur Verfügung zu stellen und zur Meinungsbildung beizutragen. Sie ist ein unabhängiger Rundfunksender, der nach journalistischen Standards arbeitet und in 32 Sprachen und unterschiedlichen Formaten Inhalte produziert. Kontrollorgane sind der Rundfunk- und der Verwaltungsrat, die plural zusammengesetzt sind. Selbstverständlich sind die Inhalte auf den verschiedenen Plattformen abrufbar. Durch die Zensurumgehung kann die Deutsche Welle auch dort genutzt werden, wo unabhängige Medien verboten oder unterdrückt werden.

Ihre journalistische Unabhängigkeit ist ein Aushängeschild für Deutschland als ein Land, in dem Meinungs-, Presse- und Rundfunkrecht grundgesetzlich garantiert ist. Als die Deutsche Welle im Jahr 1953 gegründet wurde, galt es, vier Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, nach den Verheerungen des NS-Regimes, nach dem Holocaust und dem von Deutschland ausgehenden Zweiten Weltkrieg ein neues Deutschlandbild zu vermitteln. Das Bild eines demokratischen Deutschlands, das sich in der Systemkonkurrenz zur DDR befand, die ab 1959 mit Radio Berlin International ihrerseits ein eigenes Deutschlandbild verbreitete. Am 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Wiedervereinigung, stellte Radio Berlin International den Sendebetrieb ein.

Finanziert wurde die Deutsche Welle bis 1998 aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern und seither aus dem Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Die Deutsche Welle ist, obwohl mit Steuermitteln finanziert, kein Staatsfunk! Daran muss man manche Politikerinnen und Politiker immer mal wieder deutlich erinnern. Die Deutsche Welle steht heute vor der Herausforderung, sich in der multipolaren Welt als klare Stimme für Freiheit und gegen Desinformation zu behaupten. Dass dabei der Schulterschluss mit anderen europäischen Sendern, die diese Werte auch vertreten, gesucht wird, versteht sich von selbst. Eine adäquate Mittelausstattung ist gleichwohl unverzichtbar, damit die Deutsche Welle ihren Auftrag erfüllen kann.

Wie vielfältig der Auftrag ist, wie die Arbeit im In- und Ausland geschätzt oder auch eingeschätzt wird, zeigt dieses Dossier. Tauchen Sie ein in die vielfältige Informationswelt der Deutschen Welle. Panta rhei.

Journalismus, der Vertrauen schafft

Barbara Massing ist Intendantin (Director General) der Deutschen Welle

Die Philosophin Hannah Arendt hat darauf hingewiesen, dass Tatsachen und Meinungen nicht dasselbe sind. Über die Bewertung eines Ereignisses kann und muss in einer freien Gesellschaft gestritten werden. Demokratie lebt von unterschiedlichen Perspektiven. Doch dieser Streit setzt voraus, dass sich klären lässt, was tatsächlich geschehen ist und was wahr ist.

Diese gemeinsame Tatsachengrundlage gerät zunehmend unter Druck. Wir leben in einer Zeit globaler Informationsunordnung. Geopolitische Rivalitäten und erstarkende autoritäre Modelle fordern freiheitliche Gesellschaften heraus. Zensur, Desinformation und Propaganda sind zu festen Bestandteilen hybrider Konfliktführung geworden.

Das betrifft auch etablierte Demokratien. In digitalen Informationsräumen konkurrieren Fakten mit Falschbehauptungen, journalistische Recherche mit gezielter Manipulation und Einordnung mit Empörung. Wo das Vertrauen in verlässliche Informationen schwindet, geraten nicht nur Medien unter Druck. Auch die Fähigkeit demokratischer Gesellschaften, Konflikte auf der Grundlage gemeinsamer Tatsachen auszutragen, wird geschwächt. Die Folgen sind Polarisierung, Verunsicherung und Destabilisierung.

In diesem Umfeld liegt eine der wichtigsten Aufgaben der Deutschen Welle (DW): Wir sichern den Zugang zu unabhängigen und faktenbasierten Informationen, gerade dort, wo Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt sind. In mehr als 30 Sprachen vermitteln wir politische und wirtschaftliche Entwicklungen ebenso wie kulturelle und gesellschaftliche Zusammenhänge. Mitarbeitende aus über 140 Nationen bringen ihre Erfahrungen und regionale Expertise ein, in Deutschland und vor Ort in den Regionen, über die wir berichten und für die wir senden. Diese Vielfalt prägt unseren journalistischen Blick. Als Deutschlands internationale Medienmarke schaffen wir Räume für offenen und glaubwürdigen Austausch. Wir verbinden deutsche und europäische Perspektiven mit den Sichtweisen unserer Zielregionen und erreichen unser Publikum auf den Plattformen, die es nutzt. Vor allem jungen, gebildeten und vernetzten Menschen bieten wir Orientierung in einer Zeit tiefgreifender technologischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen. Wir zeigen, wo neue Ideen entstehen, welche Innovationen Fortschritt ermöglichen und wie Menschen Verantwortung für die Zukunft ihrer Gesellschaften übernehmen.

Voraussetzung dafür ist Vertrauen. Es ist unsere wichtigste Währung, umso mehr in einer Welt, in der Informationen jederzeit verfügbar, ihre Herkunft und Verlässlichkeit aber immer schwerer einzuschätzen sind. Künstliche Intelligenz beschleunigt diese Entwicklung. Sie eröffnet neue Möglichkeiten für Recherche, Analyse, Übersetzung und Verifikation, erleichtert zugleich aber die Herstellung und Verbreitung manipulierter Inhalte.

Die KI-Transformation prägt die DW. Unser Ziel ist es, Journalismus, Daten und Technologie intelligent miteinander zu verbinden. KI unterstützt uns entlang der journalistischen und betrieblichen Wertschöpfung. Die publizistische Verantwortung bleibt beim Menschen. Innovation umfasst neben Technologie auch neue Formen des Erzählens und der Wissensvermittlung.

Unsere Berichterstattung will Entwicklungen nicht nur beschreiben, sondern verständlich machen. Dazu gehört ein konstruktiver Ansatz, der Missstände klar benennt und zugleich Antworten, Innovationen und gesellschaftliche Lösungswege sichtbar macht. Kritische Distanz und journalistische Unabhängigkeit werden dadurch nicht relativiert. Wer Orientierung geben will, muss Probleme präzise analysieren und zugleich zeigen, wo Menschen, Institutionen und Gesellschaften Wege finden, Herausforderungen zu bewältigen.

Die demokratische Öffentlichkeit braucht nicht mehr Rauschen. Sie braucht Orientierung. Besonders wichtig ist sie für uns dort, wo politische Entwicklungen Europa und Deutschland unmittelbar berühren. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die europäische Perspektive der Staaten des Westbalkans haben die Bedeutung Mittel- und Südosteuropas erhöht. Auch im Südkaukasus werden grundlegende gesellschaftliche und geopolitische Weichen gestellt. Deshalb bietet die DW in Georgien gemeinsam mit France Médias Monde, dem französischen Auslandssender, und TVP World, dem polnischen Auslandssender, verlässliche Informationen, Einordnung und unterschiedliche Perspektiven. Das Projekt wird von der EU finanziert.

Wie anspruchsvoll internationale Berichterstattung ist, zeigt sich im israelisch-palästinensischen Konflikt. Hier treffen unterschiedliche historische Erfahrungen, politische Perspektiven und kollektive Erinnerungen aufeinander. Umso wichtiger ist es, Tatsachen sorgfältig zu ermitteln und transparent zu machen. Erst auf dieser Grundlage lassen sich Deutungen und Bewertungen einordnen. Unsere Aufgabe besteht nicht allein darin, über Ereignisse zu berichten. Wir müssen sie für Menschen mit unterschiedlichen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Prägungen nachvollziehbar machen. Dazu gehört auch, Deutschlands aus der Shoah erwachsene besondere Verantwortung für jüdisches Leben und für die Existenz Israels ebenso einzuordnen wie die damit verbundenen politischen Debatten, ohne die Vielschichtigkeit des Konflikts auszublenden. Vertrauen entsteht nicht dadurch, Komplexität zu reduzieren, sondern sie verständlich zu erklären.

Damit dieser Journalismus Wirkung entfalten kann, muss er die Menschen erreichen. Die DW erreicht über 400 Millionen Menschen pro Woche. Journalistische Qualität und große Reichweite müssen keine Gegensätze sein. Die beste Recherche bleibt wirkungslos, wenn sie kein Publikum findet. Umgekehrt verliert Reichweite ihren Wert, wenn sie auf Kosten der Glaubwürdigkeit entsteht.

Plattformen wie YouTube, TikTok und Twitch gehören für junge Menschen zu den wichtigsten Informationsquellen. Hinzu kommen Plattformen mit besonderer regionaler Relevanz. Dort präsent zu sein, bedeutet nicht, journalistische Ansprüche aufzugeben. Es bedeutet, Formate, Sprache und Vermittlung an veränderte Nutzungsgewohnheiten anzupassen, ohne die Maßstäbe für Recherche, Verifikation und Einordnung zu verändern.

Der Anspruch bleibt überall derselbe: Fakten vermitteln, unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen und Zusammenhänge verständlich erklären. Gerade in digitalen Räumen müssen unabhängige Medien sichtbar und erreichbar bleiben. Die Wirkung dieses Auftrags reicht weit über den Mediensektor hinaus. Mit unabhängigem Journalismus trägt die DW dazu bei, dass Deutschland und Europa weltweit in ihrer politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt wahrgenommen werden. Sie zeigt Europa als Kontinent lebendiger Demokratien, kultureller Offenheit und wirtschaftlicher Innovationskraft, fördert den internationalen Austausch von Ideen und macht Innovationen über regionale Grenzen hinweg sichtbar. Wo Desinformation und Propaganda den Informationsraum prägen, schafft glaubwürdige Berichterstattung ein notwendiges Gegengewicht.

Das aus dieser Aufgabe entstehende Vertrauen ist eine demokratische Ressource, ein wirtschaftlicher Standortfaktor und ein Beitrag zur internationalen Handlungsfähigkeit und Sicherheit Deutschlands. Werden Länder als offen, verlässlich und innovationsfähig wahrgenommen, verbessert dies die Voraussetzungen für Investitionen, wissenschaftliche Zusammenarbeit und internationale Partnerschaften.

Zu diesem differenzierten Bild gehört die Kultur. Sie ist kein Nebenschauplatz. Wie eine Gesellschaft lebt, woran sie sich erinnert, was sie feiert und worüber sie streitet, offenbart oft mehr über sie als politische Programme. Kultur schafft Verständigung über Grenzen hinweg und eröffnet Zugänge zu Lebenswelten, die sich mit politischen Kategorien allein nicht erfassen lassen. Wenn unabhängiger Journalismus all dies leisten soll, führt die Debatte zu einer Frage, die bei Bekenntnissen zur Presse- und Rundfunkfreiheit selten gestellt wird: Was ist unabhängiger Journalismus einer Demokratie wert?

Guter Journalismus kostet Geld. Recherche, Verifikation, Korrespondentennetze, Sicherheit, Übersetzung, regionale Expertise und technologische Infrastruktur entstehen nicht von selbst. Wer unabhängigen Journalismus fordert, muss auch die Voraussetzungen schaffen, die ihn ermöglichen. Die Deutsche Welle wird aus öffentlichen Mitteln finanziert. Gerade deshalb muss ihre Unabhängigkeit institutionell geschützt sein. Über ihre Finanzierung wird politisch entschieden, über ihre journalistischen Inhalte nicht. Rundfunkfreiheit, staatsferne Strukturen und unabhängige Aufsichtsgremien sichern diese Trennung.

Doch institutionelle Garantien allein reichen nicht aus. Redaktionelle Freiheit braucht eine verlässliche finanzielle Grundlage. Wer erwartet, dass die DW technologisch Schritt hält, ihre Journalistinnen und Journalisten schützt, regionale Expertise erhält und weltweit präsent bleibt, muss langfristige Investitionen in Menschen, Technologie, Sicherheit und Infrastruktur ermöglichen. Unabhängigkeit ist ein verfassungsrechtlicher und publizistischer Grundsatz. Ihre dauerhafte Sicherung erfordert konkrete politische Prioritäten.

Wie notwendig diese Sicherung ist, zeigt der geopolitische Wettbewerb der Narrative und die massiven Investitionen autoritärer Staaten in ihre Auslandsmedien. Medien und digitale Öffentlichkeiten sind zu einem zentralen Schauplatz internationaler Konkurrenz geworden. Staaten ringen nicht nur um wirtschaftlichen und politischen Einfluss, sondern auch um Aufmerksamkeit, Glaubwürdigkeit und Deutungshoheit. Demokratien dürfen sich diesem Wettbewerb nicht entziehen. Sie dürfen ihn aber nicht mit den Mitteln ihrer Gegner führen. Propaganda lässt sich nicht mit Gegenpropaganda beantworten.

Die demokratische Antwort lautet Glaubwürdigkeit. Vertrauen entsteht nicht durch Lautstärke. Es entsteht dort, wo Fakten überprüft, unterschiedliche Perspektiven sichtbar und komplexe Zusammenhänge verständlich gemacht werden. Genau dafür steht die Deutsche Welle: Freiheit. Innovation. Dialog. Diese drei Begriffe beschreiben nicht nur unsere strategische Ausrichtung. Freiheit macht unterschiedliche Perspektiven möglich. Innovation eröffnet neue Wege, sie sichtbar zu machen. Dialog bringt sie miteinander ins Gespräch. Gemeinsam stärken sie eine demokratische Öffentlichkeit, die auf verlässlichen Tatsachen beruht.

Dass dieses Dossier gemeinsam mit dem Deutschen Kulturrat entsteht, ist deshalb besonders wertvoll. Denn Kultur und Medien schaffen die Räume, in denen Vertrauen entsteht, in denen Gesellschaften über sich selbst nachdenken und zugleich ihre Zukunft verhandeln.

Zwischen Staatsauftrag und Unabhängigkeit

Anke Hagedorn ist Journalistin und Autorin des Buches »Die Deutsche Welle und die Politik. Deutscher Auslandsrundfunk 1953–2013«

Am 3. Mai 1953 nahm die Deutsche Welle (DW) ihren Sendebetrieb auf. Bundespräsident Heinrich Lübke beschrieb die Aufgabe des deutschen Auslandssenders anlässlich seines zehnjährigen Bestehens im Jahr 1963 als Werbung »um Vertrauen und Freundschaft« für die junge Bundesrepublik. Dies erfordere »eine besonders sorgfältige und überlegte Interpretation des deutschen Standpunkts und eine sachliche Information«, damit im Ausland ein unverzerrtes Bild Deutschlands entstehen könne (Deutsche Welle 1963).

Lübkes Worte verdeutlichen das Spannungsfeld, in dem sich die Deutsche Welle von Beginn an bewegte. Einerseits war sie den Grundsätzen eines unabhängigen Journalismus verpflichtet, andererseits sollte sie die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik unterstützen. Dieses Spannungsverhältnis prägte den Sender über Jahrzehnte und erklärt sich aus dem Kontext seiner Entstehung: der bewussten Abgrenzung vom nationalsozialistischen Propagandafunk.

Die Gründung der Deutschen Welle war das Ergebnis mehrerer politischer Konfliktlinien: Die Bundesregierung und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten stritten um die Rundfunkhoheit, während die westlichen Alliierten nach den Erfahrungen mit dem NS-Rundfunk eine staatliche Kontrolle verhindern wollten. Zugleich entstand die Deutsche Welle vor dem Hintergrund der ideologischen Auseinandersetzung mit der DDR und dem Ostblock. Sie sollte das Bild der Bundesrepublik im Ausland prägen und die westdeutsche Position in der deutschen Frage vermitteln.

Bundeskanzler Konrad Adenauer strebte einen eng an die Bundesregierung angebundenen Auslandssender an. Die Landesrundfunkanstalten hingegen setzten sich für einen möglichst staatsfernen Sender unter dem Dach der ARD ein. Es folgten jahrelange Auseinandersetzungen über Personal, Programm, Finanzierung und den politischen Einfluss auf die Anstalt; auch die Kirchen beanspruchten Sitze in den Gremien. Am 11. Juni 1953 unterzeichneten die ARD-Intendanten schließlich den Vertrag über ein gemeinsames Kurzwellenprogramm für das Ausland. Erster Intendant der Deutschen Welle wurde der parteilose Wirtschaftsjournalist Hans Otto Wesemann, Chefredakteur Hans Lubbers, ein einflussreiches CDU-Mitglied und enger Vertrauter Adenauers.

Mit dem Bundesrundfunkgesetz von 1960 wurde die Deutsche Welle als bundesunmittelbare Rundfunkanstalt gesetzlich verankert. Ihr Auftrag lautete, den Hörern im Ausland »ein umfassendes Bild des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland« zu vermitteln und die »deutsche Auffassung zu wichtigen Fragen« darzustellen (§ 1 BrfG). Das Gesetz war jedoch ein unbefriedigender Kompromiss: Aufgaben und Finanzierung waren nur unzureichend geregelt, zudem wurde die Deutsche Welle dem Bundesministerium des Innern statt dem Auswärtigen Amt zugeordnet und verfügte damit innerhalb der Bundesregierung über keinen starken institutionellen Rückhalt.

Programmatisch bewegte sich die Deutsche Welle stets auf dem schmalen Grat zwischen journalistischer Unabhängigkeit und außenpolitischem Auftrag. Während des Kalten Krieges verstanden sich insbesondere die Osteuropaprogramme als Teil des westlichen Lagers und hielten an einem konsequent antisowjetischen Kurs fest. Mit der Neuen Ostpolitik der Bonner Regierung geriet diese Linie zunehmend in Konflikt und löste heftige Kritik aus. Auch die Berichterstattung über die griechische Militärdiktatur stieß auf politischen Widerstand.

Die Deutsche Welle profilierte sich rasch als journalistischer »Krisensender«, eine Rolle, die sie auch in den folgenden Jahrzehnten immer wieder übernahm. Internationale Konflikte führten regelmäßig zu einer Ausweitung ihres Angebots: Nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 richtete sie Programme in Dari und Paschtu ein, nach den Ereignissen auf dem Tian'anmen-Platz 1989 baute sie ihr chinesisches Kurzwellenprogramm aus.

Mit der deutschen Wiedervereinigung übernahm die Deutsche Welle die Fremdsprachenprogramme des Deutschlandfunks, die Fernsehsparte des RIAS sowie Frequenzen und Mitarbeitende des ehemaligen DDR-Auslandssenders Radio Berlin International. Personell und technisch ging sie damit gestärkt aus der Wende hervor, die Integration brachte jedoch erhebliche finanzielle Belastungen mit sich. Zugleich fehlten eine neue gesetzliche Grundlage und eine klare Bestimmung ihrer Rolle im vereinten Deutschland.

Erst das Deutsche-Welle-Gesetz von 1997 definierte ihren Auftrag neu: Sie sollte »Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen«. Die Deutsche Welle blieb vollständig aus Bundesmitteln finanziert; anders als die BBC erhielt sie keinen Globalhaushalt. Nach dem Übergang der Rechtsaufsicht auf den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) 1998 geriet ihr Etat bei Sparmaßnahmen regelmäßig unter Druck. Wiederholte Budgetkürzungen erschwerten eine langfristige Entwicklung des Senders.

Während der Balkankriege zwischen 1991 und 1999 wurde die Deutsche Welle erneut zu einem Krisenradio. Neben unabhängiger Berichterstattung sendete sie Suchmeldungen nach Angehörigen. Eine Hörerin aus der UN-Schutzzone Srebrenica bezeichnete sie als »unser einziges Fenster zur Welt«. Dieses Engagement fand breite Anerkennung, war jedoch angesichts wiederkehrender Sparzwänge stets mit der Frage nach seiner Nachhaltigkeit verbunden.

Mit dem Amtsantritt von Peter Limbourg als Intendant im Jahr 2013 begann eine tiefgreifende Neuausrichtung. Die Deutsche Welle entwickelte sich zu einem digitalen, international ausgerichteten Nachrichtenhaus mit starkem englischsprachigem Angebot. Den Schwerpunkt auf die Berichterstattung aus Krisenregionen in Osteuropa und dem Nahen Osten behielt sie bei.

Die Geschichte der Deutschen Welle zeigt, dass ihre Bedeutung stets eng mit internationalen Krisen und politischen Umbrüchen verknüpft war. Vom Kalten Krieg bis in die Gegenwart blieb ihr Kernauftrag bestehen: Menschen dort zu erreichen, wo der Zugang zu unabhängigen Informationen eingeschränkt oder gefährdet ist. Angesichts wachsender Desinformation, autoritärer Einflussnahme und zunehmender Einschränkungen der Pressefreiheit kommt dem deutschen Auslandssender heute erneut besondere Bedeutung zu. Als öffentlich finanzierter, journalistisch unabhängiger Auslandsrundfunk leistet die Deutsche Welle einen wichtigen Beitrag zur freien Meinungsbildung, zur Stärkung von Pressefreiheit und demokratischen Werten sowie zum internationalen Dialog.

Die Finanzierung bleibt jedoch ein zentrales Spannungsfeld: Für 2026 wurde der Bundeszuschuss um 10 Millionen Euro gekürzt; zusammen mit nicht ausgeglichenen Tarifsteigerungen ergibt sich ein Einsparvolumen von rund 21 Millionen Euro. Die Kürzungen greifen in den gesetzlichen Kernauftrag des Senders ein und verdeutlichen, dass die langfristige Sicherung eines leistungsfähigen und journalistisch unabhängigen Auslandsrundfunks eine dauerhafte medien- und demokratiepolitische Herausforderung bleibt.

Hindi mit deutschem Akzent

Anandita Bajpai ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO); ihr Film »The Sound of Friendship« thematisiert die Geschichte des Hindi-Programms von Radio Berlin International

Radio Berlin International (RBI), die »Stimme der DDR«, nahm am 20. Mai 1959 als Auslandssender der Deutschen Demokratischen Republik den Betrieb auf. Wie sein westdeutsches Gegenstück, die Deutsche Welle (DW), sollte RBI der Welt Kultur, Politik und Alltag des eigenen Landes näherbringen. Beide Sender entstanden in der Nachkriegszeit, als sich das Radio im Kalten Krieg als wirksames Mittel grenzüberschreitender ideologischer Einflussnahme erwies. Sie richteten sich vor allem an die gerade dekolonisierten Staaten Asiens und Afrikas. Dort präsentierten sie die Kultur ihres Landes und stifteten Nähe zum eigenen bzw. Argwohn gegenüber dem anderen Block.

Als eine der ersten großen Kolonien, die nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig wurden, war Indien vom antikolonialen Kampf geprägt und stand an der Spitze der Blockfreien-Bewegung. Damit bot es Ost wie West fruchtbaren Boden, um »Herzen und Köpfe« zu gewinnen. So richteten die DW (1964) und RBI (1967) Hindi-Redaktionen ein für die Hörerschaften in Indiens Hindi-Gürtel, aber auch darüber hinaus.

Beide gewannen schnell Tausende Stammhörerinnen und -hörer, unterschieden sich aber in einem bemerkenswerten Punkt: Die DW setzte für Hindi, Urdu und Bengali vornehmlich indische Muttersprachler ans Mikrofon. Bei RBI moderierten hingegen neben wenigen Inderinnen und Indern vor allem Deutsche, die an der Humboldt-Universität zu Berlin Hindi gelernt hatten. Die meisten waren nie in Indien gewesen und sprachen mit starkem deutschem Akzent. Gerade das beschreiben ehemalige Hörer heute oft als positives Alleinstellungsmerkmal.

Das Hindi-Programm von RBI lief dreimal täglich. Es bot Nachrichten – darunter »Tageskommentar«, »Aktuell« und »Presseschau« –, Beiträge über Sport und DDR-Alltag, eine Friedenssendung und Beiträge zur afro-asiatischen Solidarität. Viel Raum erhielten Hörerpostsendungen, die das Publikum an den Sender binden sollten. Über 23 Jahre war das Hindi-Programm bei Tausenden beliebt, die sich oft in Hörerclubs in Vorstädten und Dörfern organisierten. Im Deutschen Rundfunkarchiv in Potsdam-Babelsberg verzeichnen »Auswertungsberichte« und »Freigabescheine« die täglich gesendeten Beiträge samt Moderierenden von 1970 bis 1990. Tonbänder, rund 200 Stück, sind nur aus den Jahren 1988 bis 1990 erhalten.

Ehemalige Hörende wie Journalistinnen und Journalisten erinnern sich an Briefe aus Uttar Pradesh, Bihar, Rajasthan, Andhra Pradesh, Haryana, Westbengalen und den heutigen Bundesstaaten Telangana und Chhattisgarh. Zurück an sie wurden QSL-Karten als Empfangsbestätigungen, Antwortschreiben und Andenken verschickt. Manche Briefe aus Indien bekunden sozialistische Solidarität mit der DDR. Oft aber waren die erhofften Gegengaben selbst das Motiv, die vor allem im ländlichen Indien begehrte Trophäen waren, mit denen Hörer ihre weltweite Vernetzung zeigen und bei Familie und Nachbarn Ansehen gewinnen konnten. Die DDR zog also durch das Radio auch bildlich und ästhetisch ins indische Wohnzimmer ein, wo sie teils bis heute noch zu finden ist: als Münzen, Wimpel, Medaillen, Ansichtskarten, Tüten, Dia-Betrachter, Pionierpuppen, Schirmmützen oder Miniaturbücher über die DDR und den Marxismus-Leninismus. Solche Geschenke wurden auch von der Deutschen Welle an ihre Hörer verschickt, wobei einige davon deutlich teurer waren (Uhren sowie Radioapparate der Marken Grundig oder Siemens). Die indischen Hörer hielten sich somit nicht an die Blockgrenzen des Kalten Krieges, und viele hörten sowohl RBI als auch DW.

Im deutsch-indischen Team von RBI war Moderatorin Sybille (Pseudonym) wegen ihres Einsatzes für die Hörerkorrespondenz als »Postkönigin« bekannt. Sie erinnert sich: »Von Babys bis zu Großmüttern – sie alle schrieben uns. Einige taten es natürlich auch wegen der Postkarten und wetteiferten um die begehrten QSL-Karten. Fanpost war ein Phänomen in der Hindi-Abteilung. Wir waren bekannt dafür, die meiste Post zu bekommen.« Die erhaltenen Briefe zeigen politische Meinungen, aber auch alltägliche indische Blicke auf eine imaginierte Außenwelt. In den 1970er- und frühen 1980er-Jahren gab es auf dem Land kaum Fernsehen. Das Radio war dort die wichtigste Verbindung zur Welt und wurde oft gemeinsam im Hörerclub gehört.

Am 2. Oktober 1990 sendete Radio Berlin International zum letzten Mal. Die Deutsche Welle wurde einziger Auslandssender des vereinten Deutschlands. Von den 22 Mitarbeitenden der RBI-Hindi-Redaktion übernahm sie nur drei. Alle Übrigen verloren über Nacht ihre Arbeit und waren gezwungen, andere berufliche Wege zu gehen.

Klarer Auftrag braucht klare Finanzierung

Achim Dercks ist Vorsitzender des Verwaltungsrates der Deutschen Welle

Die Deutsche Welle (DW) ist einzigartig in der deutschen Medienlandschaft: Als öffentlich-rechtlicher Auslandssender ist sie steuerfinanziert, sie agiert aber eigenverantwortlich und in Selbstverwaltung. Sie ist der deutschen Gesellschaft und ihren Werten verpflichtet – Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Und so prägt sie das Bild Deutschlands bei Menschen in vielen Teilen der Welt, die der Deutschen Welle vertrauen und auf ihre unabhängige Berichterstattung setzen – und genau das ist auch im Interesse Deutschlands.

Die Rahmenbedingungen für diese besondere Aufgabenstellung der Deutschen Welle ändern sich zuletzt rasant: geopolitische Spannungen, der Druck auf die Meinungs- und Medienfreiheit in vielen Regionen der Welt sowie autoritäre Staaten, die mit großem Aufwand direkt und verdeckt Propaganda betreiben. Gleichzeitig sind die Distributionswege heute völlig andere, als sie es bei der letzten größeren Novellierung des DW-Gesetzes vor über 20 Jahren waren – die Deutsche Welle ist längst vom linearen Sender in TV und Radio zu einem weltweit agierenden digitalen Informationsanbieter geworden.

Daher hat sich der Gesetzgeber zu Recht vorgenommen, das DW-Gesetz an neue Realitäten anzupassen und so den Weg der kontinuierlichen Modernisierung und Weiterentwicklung der Deutschen Welle zu unterstützen. Dabei sind die Rollen klar verteilt: Die Politik formuliert den gesetzlichen Auftrag als Rahmen, die Deutsche Welle füllt diesen in eigener Verantwortung aus. Ebenso klar ist jedoch: Ein Auftrag kann nur erfüllt werden, wenn die entsprechenden finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen. Deshalb muss nicht nur die Aufgabenplanung der Deutschen Welle dem gesetzlichen Auftrag folgen, sondern die Politik ist gleichzeitig in der Verantwortung, die Finanzierung des von ihr formulierten Auftrags sicherzustellen – gemäß dem Grundsatz: Die Finanzierung folgt dem Auftrag.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Welle wiederum hat die Aufgabe, durch Kontrolle und Begleitung an einer effizienten und zukunftsfähigen Auftragserfüllung mitzuwirken. Dazu zählt auch, Bewährtes wie tradierte Sprachangebote und langjährige Ausspielwege immer wieder infrage zu stellen sowie Einsparungen durch KI-Lösungen zu heben, um Raum für Neues zu schaffen. Neben dieser Suche nach wirtschaftlichen Lösungen und Einsparpotenzialen gehört aber ebenfalls dazu, auf Lücken zwischen Auftrag und Finanzierung hinzuweisen.

Dabei treffen häufig zwei politische Perspektiven aufeinander: Einerseits formuliert die Politik neue Anforderungen an die Deutsche Welle, die sicherheits-, außen-, kultur- oder europapolitisch in der Regel gut begründet sind. Andererseits drückt die zunehmend angespannte Haushaltssituation des Bundes auf das DW-Budget. Beim Wirtschaftsplan, bei den Investitionsplanungen, bei personalpolitischen Weichenstellungen und den zu berücksichtigenden Kostensteigerungen helfen aber bekanntlich alle Sonntagsreden nicht. Es gilt dann ohne Beschönigung die wirtschaftliche Logik: »There is no free lunch«.

Wenn also das DW-Budget, wie Ende 2025 geschehen, nicht nur real, sondern sogar nominal um 10 Millionen Euro gekürzt wird, dann muss aus kaufmännischer Verantwortung heraus schnell und wirksam gespart werden. Es ist Aufgabe der Geschäftsführung und der Gremien, abzuwägen und zu entscheiden, wo Kürzungen bei Personal, Programm, Sprachangeboten und Investitionen die geringsten Einbußen bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags bedeuten. Schmerzhafte Entscheidungen bleiben dabei nicht aus. Der fehlende Ausgleich inflationsbedingter Kostensteigerungen reduziert zugleich die Handlungsspielräume für neue Herausforderungen: Wenn für die Resilienz der Gesellschaft neben erhöhter Verteidigungsfähigkeit und wirtschaftlicher Stärke auch der Erfolg Deutschlands und Europas im weltweiten Wettbewerb zwischen Desinformation sowie faktenbasierter, freier Berichterstattung wichtig ist, dann lässt sich das mit sinkenden Budgets nicht erreichen. Keiner erwartet Steigerungsraten wie im Verteidigungsbudget, aber die absehbare Entwicklung unterhalb der Inflationsrate lässt für diese dritte Säule der gesellschaftlichen Resilienz eine Lücke zwischen politischer Erkenntnis und haushälterischer Finanzierung klaffen.

Zu Recht wird auf die Wichtigkeit der KI-Transformation für die Arbeit der Deutschen Welle im redaktionellen Bereich, bei der eigenen digitalen Resilienz sowie bei der Bekämpfung von Desinformation und der Umgehung von Zensur hingewiesen. Auch hier gilt: Die Kosten für Investitionen im KI-Bereich steigen deutlich – häufig wegen der Dominanz einzelner Anbieter im Markt. Die Deutsche Welle versucht, durch Kooperationen insbesondere mit den ARD-Anstalten eine höhere Marktstärke bei Verhandlungen zu erreichen – das ändert an der Grundtendenz aber nur wenig.

Und auch die politisch gewünschte stärkere europäische Zusammenarbeit ist in der Regel kein Einsparmodell: Es ist richtig, dass die Deutsche Welle sich für zusätzliche Mittel der Europäischen Union einsetzt, um gemeinsam mit Partnersendern ihr Engagement für freie Information ausweiten zu können. Dabei gilt es jedoch, genau zu prüfen, wer neue Aufgaben für die Deutsche Welle finanziert und ob Angebote anderer Medienhäuser tatsächlich zu Auftrag und Zielgruppen der Deutschen Welle passen.

Die Beispiele zeigen: Anspruch und Wirklichkeit treffen sich im Budget – hier zeigen sich politische Prioritäten ganz konkret. Es ist daher richtig, dass sich die Politik eine Modernisierung und Konkretisierung des gesetzlichen Auftrags der Deutschen Welle vornimmt. Das ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Eine klare Definition von Zielen und Kriterien kann nur dann zu zukunftsweisenden Strategien und Investitionen führen, wenn das Gesetz auch klarere Regeln zur Finanzierung formuliert: Klare Ziele brauchen eine klare Finanzierung.

Die zur Verfügung gestellten Personalverstärkungsmittel im Haushaltsvollzug 2026 sind dazu ein erster Schritt und zeigen das grundsätzliche Verständnis der Politik für diesen Zusammenhang – auch wenn dadurch nur ein Teil der moderaten Tarifsteigerungen ausgeglichen wird. Deshalb bedarf es nicht nur punktueller Nachbesserungen, sondern klarer Regeln zur Finanzierung – das muss nicht wie bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Inland sein, aber der dort zugrunde liegende Grundgedanke gilt auch für die Deutsche Welle: Nur mit verlässlicher Finanzierung ihres Auftrags kann die Deutsche Welle in einer Zeit geopolitischer Herausforderungen flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, mittelfristige Strategien verfolgen und in Zukunftsfelder investieren

Die Außenseiterin?

Holger Postel ist Chefjustiziar der Deutschen Welle

Es war bereits nach 19 Uhr, ein Donnerstagabend im Februar, als mich die Nachricht erreichte: Ein Kollege der Deutschen Welle (DW) war in der Türkei verhaftet worden. Nur wenige Wochen zuvor hatte es einen weiteren Kollegen in einem afrikanischen Land getroffen. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes und weil beide Verfahren noch anhängig sind, während ich diesen Text schreibe, nenne ich ihre Namen hier nicht. Der wahre Grund der Verhaftung liegt in beiden Fällen auf der Hand: Beide hatten über Korruption in Regierung und Behörden investigativ recherchiert. Dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, zeigt ein Blick in die Statistik von »Reporter ohne Grenzen«: In der Rangliste der Pressefreiheit 2026 werden mehr als die Hälfte der bewerteten Länder den beiden schlechtesten Kategorien »schwierig« und »sehr ernst« zugeordnet, also mehr als 90 der 180 untersuchten Länder und Territorien. Besonders besorgniserregend sei eine zunehmende Kriminalisierung journalistischer Arbeit. Die DW ist in diesen Ländern oft eine der wenigen Stimmen für unabhängigen und freien Journalismus, was zunehmend auch unsere Kolleginnen und Kollegen selbst in Gefahr bringt.

Wie aber kann ein Sender für freien Journalismus stehen, wenn er selbst vom Staat finanziert wird? Die Antwort liegt in der verfassungsrechtlich garantierten Rundfunkfreiheit. Aus Art. 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes »Die (…) Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk (…) werden gewährleistet« leitet das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen das Gebot der Staatsferne ab: Journalistische Entscheidungen müssen frei von staatlicher Einflussnahme getroffen werden können.

Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Inland haben die Länder mit dem Rundfunkbeitrag ein Finanzierungsmodell geschaffen, das die Unabhängigkeit der Rundfunkanstalten sichern und staatliche Einflussnahme verhindern soll. Die Gesetzgebungskompetenz für den Rundfunk liegt grundsätzlich bei den Ländern als Teil ihrer Kulturkompetenz.

Die DW wurde als Auslandsrundfunk gegründet. Für auswärtige Angelegenheiten besitzt der Bund die Gesetzgebungskompetenz (Art. 32 Abs. 1, Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 GG). Auf dieser Grundlage wurde mit dem Deutsche-Welle-Gesetz (DWG) der rechtliche Rahmen für die DW festgelegt. Eine Finanzierung der DW über einen Rundfunkbeitrag scheidet aus, da das Beitragsmodell voraussetzt, dass Beitragszahler die Möglichkeit haben, die finanzierten Angebote tatsächlich zu nutzen. Da sich die DW mit ihren zahlreichen Sprachangeboten an ein ausländisches Publikum richtet, ist diese Nutzungsmöglichkeit für inländische Beitragszahler nicht hinreichend gegeben. Der Bundesgesetzgeber hat sich stattdessen für eine Finanzierung aus Steuermitteln entschieden.

Diese Finanzierungsform ändert jedoch nichts an der journalistischen Unabhängigkeit der DW. Maßgeblich ist nicht die Herkunft der Mittel, sondern dass die Rundfunkfreiheit und die verfassungsrechtlich abgesicherte Staatsferne die Einflussnahme auf die Berichterstattung ausschließen. Entgegen landläufiger Meinung hat das Bundesverfassungsgericht bislang nicht über die Verfassungsmäßigkeit einer Steuerfinanzierung des Rundfunks entschieden. Gegenstand seiner Rechtsprechung waren vielmehr die jeweiligen Beitrags- und Gebührenmodelle. Eine Steuerfinanzierung ist daher nicht ausgeschlossen, sofern die Staatsferne gewährleistet bleibt.

Dieses Prinzip stellt auch der seit Sommer 2025 in Deutschland geltende European Media Freedom Act (EMFA) heraus: Nach Art. 5 Abs. 3 muss die Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medienanbieter auf transparenten, vorab festgelegten Kriterien beruhen und angemessen, nachhaltig sowie vorhersehbar sein, um politische Einflussnahme auszuschließen und die redaktionelle Unabhängigkeit zu wahren. Ein konkretes Finanzierungsmodell legt der EMFA dabei nicht fest. Was er gleichwohl erkennt: Eine Budgetzuweisung kann als Steuerungsmittel missbraucht werden, wenn sie kurzfristig festgelegt wird und damit nicht nachhaltig erfolgt. Dies wird auch für die Deutsche Welle umzusetzen sein, deren Mittel bislang mit dem jährlichen Bundeshaushalt festgesetzt werden.

Über die Finanzierung hinaus gibt es verfassungsrechtliche Grundprinzipien, die die Unabhängigkeit des Rundfunks gegenüber staatlicher Einflussnahme schützen: Als öffentlich-rechtliche Anstalt mit Selbstverwaltungsrecht nimmt die DW ihre Angelegenheiten durch eigene Organe wahr. Die Aufsicht über das Programm obliegt dem Rundfunkrat, der zugleich die Intendantin bzw. den Intendanten wählt und auch abberufen kann. Der Verwaltungsrat übt die Aufsicht über die Finanzen aus. Staatliche Mitglieder sind in beiden Gremien vertreten, aber in der Minderheit: Die Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen wie etwa des Deutschen Kulturrates, der Kirchen oder des Deutschen Gewerkschaftsbundes überwiegen. Eigene Beschlussmehrheiten können die staatlichen Vertreterinnen und Vertreter nicht bilden. Die Mitglieder der Gremien sind zudem unabhängig und vertreten die Interessen der Allgemeinheit. Die DW unterliegt einer sogenannten eingeschränkten Rechtsaufsicht durch die Bundesregierung. Diese umfasst die Prüfung der Rechtmäßigkeit, also die Einhaltung des Gesetzes, nicht aber die Programmgestaltung. Ob die DW ihre Programmgrundsätze einhält, kontrolliert vielmehr der Rundfunkrat.

Ein weiterer Ausfluss ihrer staatlichen Unabhängigkeit zeigt sich im Rahmen der Aufgabenplanung (§§ 4a, 4b DWG). Die DW legt darin in eigener Verantwortung ihre Programmziele und Schwerpunktvorhaben der kommenden vier Jahre fest. Bundesregierung, Bundestag und Öffentlichkeit können dazu Stellung nehmen. Weicht die DW von diesen Stellungnahmen ab, muss sie das begründen. Die Entscheidung aber bleibt bei ihr. Anders als der Auftrag der Inlandsrundfunkanstalten, die im dualen Rundfunksystem den Funktionsauftrag sicherstellen sollen und zur Meinungspluralität beitragen, liegt der Auftrag der DW gemäß § 4 DWG darin, Deutschland als demokratischen Rechtsstaat zu vermitteln und durch unabhängigen Journalismus den internationalen Dialog sowie das Verständnis zwischen Kulturen und Gesellschaften zu fördern. Der Auftrag ist weit gefasst und bedarf einer Präzisierung, die die DW durch die Aufgabenplanung vornimmt. Das ist klug durchdacht, denn wir erleben eine Welt, in der sich Gewissheiten auflösen und Kriege und Krisen in atemberaubender Geschwindigkeit neu entstehen. Die DW konnte in den vergangenen Jahren durch diese hohe Flexibilisierung reagieren und so etwa ihr ukrainisches und russisches Programm ausbauen.

Die Koalition plant, das DWG zu novellieren: Seit der letzten umfassenden Reform im Jahr 2005 hat sich die Medienwelt fundamental verändert. Es braucht ein technologieoffenes Gesetz, um weiterhin auf einem internationalen Medienmarkt und im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz konkurrenzfähig zu bleiben. Grenzen, die früher die Verbreitung behindert haben, sind im Internetzeitalter ein ums andere Mal gefallen. Alles ist für alle verfügbar, jederzeit und überall. Das sollte im Übrigen auch für die Fremdsprachenangebote der DW im Inland gelten. Längst sind ihre digitalen Angebote über dw.com, YouTube und TikTok auch in Deutschland abrufbar, denn künstliche Grenzen einzuziehen, ist sinnlos.

Über die Einspeisung der linearen TV-Kanäle oder die gezielte Bereitstellung von fremdsprachigen Online-Inhalten in der ARD-Mediathek aber entbrennt nicht selten ein verfassungsrechtliches Kompetenzgerangel: Inlandsrundfunk ist Sache der Länder, nicht Sache des Bundes. Dabei hat schon das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 1986 für den Deutschlandfunk – der damals auf Deutsch in die DDR und in Fremdsprachen nach Europa sendete – ausgeführt, dass die Bundeskompetenz dem nicht entgegensteht, weil »die Sendungen auch in der Bundesrepublik Deutschland gehört werden können«. Entgegengehalten wird dann oftmals das DWG selbst, denn dort heißt es in Paragraf 3, dass die DW »für das Ausland« Rundfunk anbietet. Ist der Begriff territorial zu verstehen, endet also die Verfügbarkeit an den Grenzen Deutschlands? Oder ist er funktional zu verstehen – kommt es also darauf an, für wen das Programm bestimmt ist, nämlich »für das Ausland«? Schon der Wortlaut deutet auf die Zielgruppe, denn ansonsten müsste es »die DW sendet ins Ausland« heißen. Gerade heute sprechen die besseren Gründe für das funktionale Verständnis: Digitale Grenzen lassen sich nicht ziehen, und die EU setzt auf einen freien Binnenmarkt. Wie erwähnt, plant die Koalition die Novellierung des DWG. Eine gute Gelegenheit, für Klarheit zu sorgen.

Im Fokus der Novellierung aber muss etwas anderes stehen: der Schutz dessen, was die DW ausmacht. Unabhängiger Journalismus ist ein Wert, den es weltweit zu verteidigen gilt. Dafür braucht es gesetzliche Strukturen, die genau das garantieren. Journalistinnen und Journalisten der Deutschen Welle setzen sich weltweit für Pressefreiheit und Demokratie ein. Wie die beiden verhafteten Kollegen riskieren sie dabei nicht selten ihre Freiheit und ihr Leben. Lassen wir sie dabei nicht im Stich!

Sicherung der Unabhängigkeit

Karl Jüsten ist Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin und Vorsitzender des Rundfunkrates der Deutschen Welle

Selten hat eine Entscheidung des Rundfunkrates der Deutschen Welle (DW) so viele Reaktionen ausgelöst wie die diesjährige Diskussion über die Zukunft des griechischsprachigen Angebots. Nach intensiven Beratungen über die strategische Ausrichtung des Senders und die Herausforderungen knapper finanzieller Ressourcen hatte der Rundfunkrat zunächst beschlossen, das Programmangebot auf Griechisch einzustellen. Aus Politik, Kirchen, Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen erreichten uns Appelle, das Angebot zu erhalten. Ihre Botschaft war eindeutig: Die Deutsche Welle sei weit mehr als ein Informationsanbieter unter vielen. Viele erinnerten dabei an die besondere Rolle der Deutschen Welle während der griechischen Militärdiktatur zwischen 1967 und 1974. Auch in der Finanzkrise sei sie eine wichtige Stimme gewesen, die die Position Deutschlands und Europas eingeordnet habe. Für zahlreiche Menschen ist die Deutsche Welle damals wie heute eine Quelle unabhängiger Informationen und ein Fenster zur demokratischen Öffentlichkeit. Und das, obwohl Griechenland längst eine gefestigte Demokratie mit vielfältiger Medienlandschaft ist.

Umso bemerkenswerter ist die Überzeugung vieler Gesprächspartner, dass die Stimme der Deutschen Welle auch heute unverzichtbar ist. Dies zeigt, wie wirksam sich das griechischsprachige Angebot mit der Zeit gewandelt hat und für zahlreiche Menschen in Griechenland und Zypern nicht an Relevanz verloren hat.

Aufgrund eines Transformationsprozesses im Sender hat der Rundfunkrat seine ursprüngliche Entscheidung revidiert: Das griechischsprachige Angebot wird in reduzierter Form fortgeführt. Damit ist die grundsätzliche Debatte jedoch nicht abgeschlossen. Auch künftig wird sich der Rundfunkrat mit der Frage befassen müssen, wie begrenzte finanzielle Ressourcen und ein wachsender Auftrag in Einklang gebracht werden können. Die damit verbundenen Prioritätensetzungen im Programm der Deutschen Welle werden eine zentrale Aufgabe des Rundfunkrates bleiben.

Zugleich hat diese Debatte noch einmal deutlich gemacht, worum es im Kern geht: um das Recht der Menschen, sich frei zu informieren und ihr eigenes Urteil zu bilden. Freie Informationen beginnen mit dem Mut, Fragen zu stellen. Wer heute die Entwicklung von Medienfreiheit und demokratischer Öffentlichkeit weltweit beobachtet, erkennt schnell, dass die freie Suche nach Informationen und unterschiedlichen Perspektiven vielerorts unter Druck geraten ist. In vielen Teilen der Welt werden Informationen gefiltert, manipuliert oder gezielt zurückgehalten. Unabhängiger Journalismus wird politisch und wirtschaftlich bedrängt, Desinformation verbreitet sich rasant, während neue Technologien die Unterscheidung zwischen Fakten und Fälschungen zunehmend erschweren. In diesem Spannungsfeld kommt der Deutschen Welle eine besondere Bedeutung zu.

Als größter Auslandssender der Europäischen Union stärkt die Deutsche Welle mit internationalen Partnern wie France Médias Monde oder der BBC unabhängige Medienangebote. Über die DW Akademie fördert sie zudem Qualitätsjournalismus und Medienkompetenz weltweit.

Damit die Deutsche Welle diese Rolle glaubwürdig erfüllen kann, muss sie selbst unabhängig sein. Ihre redaktionelle Freiheit ist im Deutsche-Welle-Gesetz verankert und wird durch klare Programmgrundsätze geschützt. Gerade weil die Deutsche Welle aus Bundesmitteln finanziert wird und Deutschland international repräsentiert, darf sie weder Sprachrohr der Regierung noch Ausdruck parteipolitischer Interessen sein. Auch das neue Deutsche-Welle-Gesetz muss dies garantieren.

Für die Sicherung dieser Unabhängigkeit trägt der Rundfunkrat besondere Verantwortung. Als plural besetztes und kritisch-konstruktives Aufsichtsgremium begleitet und kontrolliert er die Arbeit des Senders im Interesse der Allgemeinheit. Die Vielfalt der Perspektiven und die fachliche Expertise seiner Mitglieder sind dabei unverzichtbar.

Die Aufsicht über einen internationalen Sender unterscheidet sich deutlich von der Aufsicht über nationale Rundfunkanstalten. Die Deutsche Welle arbeitet in über 30 Sprachen und richtet sich an Zielregionen mit unterschiedlichen politischen, kulturellen und medialen Rahmenbedingungen. Ihre Mitarbeitenden vertreten mehr als 140 Nationen. Wer etwa Antisemitismusvorwürfe oder Programmbeschwerden prüfen und beurteilen sowie strategische Entscheidungen bewerten will, benötigt regionale Kenntnisse, thematische Expertise und ein Verständnis journalistischer Arbeitsweisen.

Eine der zentralen Aufgaben des Rundfunkrates ist die Entscheidung über die Aufgabenplanung der Deutschen Welle. Alle vier Jahre werden damit strategische Weichen gestellt und inhaltliche Schwerpunkte festgelegt. Dabei geht es nicht darum, Bestehendes zu verwalten. Um zukunftsfähig zu bleiben, muss sich die Deutsche Welle kontinuierlich weiterentwickeln. Neue Formate und Verbreitungswege erschließen neue Zielgruppen, bestehende Angebote werden an veränderte Nutzungsbedürfnisse angepasst.

Die vertiefte Kontrolle erfolgt in drei Ausschüssen: dem Programmausschuss, dem Ausschuss für die DW Akademie und dem Distributionsausschuss. Gerade die Distribution verdeutlicht die Besonderheit eines Auslandssenders. Die Frage, auf welchen Wegen die Inhalte ihr Publikum weltweit erreichen, ist für die Erfüllung des Auftrags ebenso wichtig wie die Qualität der Programme selbst.

Gute Aufsicht bedeutet nicht nur Kontrolle. Sie bedeutet, zuzuhören, Entwicklungen kritisch zu begleiten, Entscheidungen immer wieder zu überprüfen und den Mut zu haben, neue Wege zu gehen. Nur so kann der Rundfunkrat die Deutsche Welle weiterhin dabei unterstützen, ihren Auftrag auch künftig zu erfüllen.

Die bevorstehende Reform des Deutsche-Welle-Gesetzes darf die zentralen Aufgaben und Ziele der Deutschen Welle nicht infrage stellen. Sie muss vielmehr sicherstellen, dass die Deutsche Welle ihren Auftrag auch künftig verlässlich erfüllen kann: mit Qualitätsjournalismus trotz angespannter Haushaltslage und mit einem klaren Eintreten für Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einer von Krisen und Desinformation geprägten Welt. Dieser Auftrag braucht eine verlässliche finanzielle Grundlage. Unabhängig von der Gesetzesnovelle muss der Deutsche Bundestag daher für eine nachhaltige und auskömmliche Finanzierung der Deutschen Welle sorgen.

Die Zukunftsfähigkeit der Deutschen Welle zu sichern, ihre Unabhängigkeit zu bewahren und ihre internationale Wirkung weiter zu stärken, ist mehr als eine medienpolitische Aufgabe. Es ist eine Investition in Freiheit, demokratische Resilienz und internationale Verständigung. Denn eine freie Öffentlichkeit ist kein Beiwerk der Demokratie, sondern ihre Voraussetzung.

Botschafterin kultureller Vielfalt

Christian Höppner ist Präsident des Deutschen Kulturrates, Mitglied des Rundfunkrates der Deutschen Welle, Vorsitzender seines Programmausschusses und Haushaltsberichterstatter für den Rundfunkrat

Deutschland in die Welt zu tragen und zugleich die Welt nach Deutschland zu vermitteln, beschreibt ein Kommunikationsverständnis, aus dem sich die Bedeutung der Deutschen Welle (DW) für die kulturelle Vielfalt erschließt. Als Teil der ARD-Familie und im Zusammenwirken mit anderen Akteuren aus Kultur und Medien verbindet sie die Vermittlung Deutschlands mit der Aufnahme von Erfahrungen anderer Gesellschaften. In diesem Sinne ist sie eine kommunizierende Röhre, deren Wirkung aus dem Dialog mit ihren Nutzern und Partnern erwächst.

Die Vielfalt, die dabei sichtbar wird, ist durch den historisch gewachsenen Föderalismus Deutschlands geprägt. Regionale Entwicklungen haben eine Kulturlandschaft hervorgebracht, in der sich öffentlich getragene Einrichtungen, freie künstlerische Arbeit und bürgerschaftliches Engagement ergänzen und die durch internationale Begegnungen und das Erleben anderer Herkunftskulturen neue Impulse erhält. Der weite Kulturbegriff, den die UNESCO in ihrer Erklärung von Mexiko-Stadt 1982 formuliert hat, eröffnet dafür einen umfassenden Zugang: Er bezieht neben den Künsten auch Lebensweisen, Wertvorstellungen, Traditionen und Überzeugungen ein und damit die gesellschaftlichen Zusammenhänge, in denen Kultur entsteht.

Das UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen von 2005 verknüpft das Recht auf eigenständige Kulturpolitik mit der Förderung des internationalen Kulturaustauschs und erkennt an, dass kulturelle Ausdrucksformen Träger von Werten und Identitäten sind. Dieser kulturpolitische Bezugsrahmen korrespondiert mit den Werten und Normen des Grundgesetzes und dem gesetzlichen Auftrag der DW, Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und demokratischen Rechtsstaat verständlich zu machen und zugleich deutschen und anderen Sichtweisen ein Forum zu geben. Kulturelle Vielfalt gehört insofern zur DNA der Deutschen Welle.

Aus diesem Zusammenhang erschließt sich ihre Rolle als eine der wesentlichen Botschafterinnen kultureller Vielfalt. Im Austausch mit Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen sowie innerhalb der ARD kann die DW die Bandbreite kulturellen Lebens international vermitteln. Wenn künstlerische Sparten und die Bedingungen kultureller Teilhabe zusammen sichtbar werden, entsteht ein lebendiges Deutschlandbild, das die gewachsene Kulturlandschaft mit ihren Veränderungen und Widersprüchen verbindet.

Zum Selbstverständnis einer kommunizierenden Röhre gehört, dass Erfahrungen anderer Gesellschaften diese Vermittlung mitprägen. Die Partnerschaft mit France Médias Monde, der Austausch mit BBC World Service und NHK World Japan sowie die Zusammenarbeit mit regionalen Medien verbinden unterschiedliche journalistische und kulturelle Perspektiven. Gemeinsame Projekte und der Austausch von Inhalten tragen globale Debatten in die deutsche Öffentlichkeit und eröffnen deutschen Perspektiven neue Öffentlichkeiten. Dieser Dialog auf Augenhöhe erweitert den Blick auf unser eigenes Handeln und internationale Zusammenhänge. Die DW ist damit zugleich Vermittlerin deutscher Perspektiven und Spiegel internationaler Entwicklungen.

Für diesen Prozess ist der Muttersprachler-Journalismus von besonderer Bedeutung. Die Sprachredaktionen bringen mit ihren Sprachkenntnissen das Wissen um historische Erfahrungen, gesellschaftliche Debatten und kulturelle Bedeutungen ihrer Zielregionen ein. Dadurch können sie deutsche und europäische Perspektiven verständlich vermitteln und zugleich Fragen aus der jeweiligen Öffentlichkeit aufgreifen. Diese kulturelle Nähe eröffnet Zugänge; ob daraus Vertrauen entsteht, hängt von der Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit des Qualitätsjournalismus ab. Relevanz und Reichweite beruhen wesentlich auf dieser Erfahrung: Ein Medium kennt die Lebenswirklichkeit seiner Nutzer und ermöglicht ihnen durch sorgfältige Recherche eine eigenständige Urteilsbildung.

Gerade angesichts von Desinformation, autoritärer Einflussnahme und fragmentierten Plattformöffentlichkeiten gewinnt diese Verbindung an Bedeutung. Wo Informationen aus ihrem Zusammenhang gelöst werden und Debatten sich auf getrennte Wahrnehmungsräume verteilen, kann die DW durch Einordnung und unterschiedliche Perspektiven Zusammenhänge erkennbar machen. In ihrem auf dem Grundgesetz beruhenden Auftrag wirken kulturelle Offenheit und journalistische Verantwortung zusammen. Die Unabhängigkeit muss dabei auch gegenüber der deutschen Politik erkennbar bleiben, weil ein differenziertes Deutschlandbild nur dann glaubwürdig ist, wenn es die kritische Auseinandersetzung mit der Politik und den gesellschaftlichen Entwicklungen unseres Landes einschließt.

Zur Vermittlung kultureller Vielfalt gehört ebenso die DW Akademie als integraler Bestandteil der Deutschen Welle. Mit internationaler Medienentwicklung, journalistischer Aus- und Fortbildung sowie der Förderung von Informationskompetenz stärkt sie die Voraussetzungen dafür, dass Menschen ihre Erfahrungen und kulturellen Perspektiven selbst öffentlich einbringen können. In der Zusammenarbeit mit lokalen Partnern verbindet sich die Achtung ihrer kulturellen Identität mit der Entwicklung unabhängiger Medien. Gerade unter autoritären Bedingungen trägt die Akademie dazu bei, journalistische Fähigkeiten und Strukturen zu erhalten, durch die unterschiedliche Stimmen Gehör finden und gesellschaftliche Teilhabe möglich wird.

Aus dieser Arbeit ergibt sich die politische Verantwortung für ihre Rahmenbedingungen. Je stärker globale Krisen die Verständigung belasten und autoritäre Einflussnahme unabhängige Öffentlichkeit zurückdrängt, desto mehr wird die Kompetenz der DW und ihrer Akademie gebraucht. Die Anforderungen an die Sprachredaktionen, die Erreichbarkeit der Angebote und die Medienentwicklung wachsen, während eine nicht bedarfsgerechte Finanzierung die dafür erforderlichen Fähigkeiten schwächt. Die Finanzierung muss deshalb vom Auftrag her gedacht werden; Wirtschaftlichkeit und Zusammenarbeit tragen zu seiner Erfüllung bei, ersetzen aber nicht die erforderlichen Mittel.

An diesem Zusammenhang muss sich auch die geplante Novelle des Deutsche-Welle-Gesetzes messen lassen. Sie muss ein Ermöglichungsgesetz sein, das die journalistische Unabhängigkeit stärkt und der DW den Spielraum eröffnet, ihren Auftrag unter veränderten geopolitischen und technologischen Bedingungen zu erfüllen. Sie darf weder zum Einfallstor für verstärkte politische Einflussnahme werden noch eine Beschneidung der Wirksamkeit durch nicht bedarfsgerechte Finanzierung begünstigen. Bundestag und Bundesregierung stehen damit vor einer kulturpolitischen Aufgabe, die über den Sender hinausreicht: die Voraussetzungen dafür zu sichern, dass Deutschlands kulturelle Vielfalt im Austausch mit der Welt sichtbar bleibt und die Erfahrungen der Welt in unsere Gesellschaft hineinwirken können.

Nachhaltige Entwicklung

Bärbel Kofler ist Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Mitglied des Rundfunkrates der Deutschen Welle

Ein Ziel nachhaltiger Entwicklung ist es, dass alle Menschen ihr Leben selbstbestimmt gestalten, ihre Rechte wahrnehmen und an politischen Entscheidungen teilhaben können. Dafür brauchen sie Zugang zu verlässlichen und vielfältigen Informationen.

Unabhängige, professionell arbeitende Medien liefern solche Informationen. Sie machen unterschiedliche Perspektiven sichtbar, geben Menschen Orientierung und ermöglichen aktive gesellschaftliche Teilhabe. Außerdem schauen sie den Mächtigen auf die Finger: Es ist nachgewiesen, dass mehr Medienfreiheit mit geringerer Korruption und mehr Rechtssicherheit einhergeht.

Starke, freiheitlich organisierte Mediensysteme sind aber auch wichtig für die globale Stabilität. Denn sie sind die erste Abwehrlinie gegen autoritäre Bestrebungen. Autokratien verstehen die Bedeutung freier Medien sehr gut. Entsprechend investieren sie seit Jahren massiv in Angriffe auf unabhängige journalistische Stimmen, in gezielte Meinungsmanipulation und in den globalen Kampf um Narrative und Deutungshoheit. Die Folge: zunehmende Polarisierung, erstarkender Extremismus, neue Krisen und Konflikte. Das bekommen wir auch in Deutschland zu spüren.

Ein starker Journalismus ist eine der effektivsten Gegenmaßnahmen. Deshalb geraten Journalistinnen und Journalisten weltweit zunehmend unter Druck. In vielen Ländern arbeiten sie nicht nur unter repressiven politischen Bedingungen, sondern auch in großer wirtschaftlicher Unsicherheit. Eine weitere Herausforderung ist die Funktionsweise der globalen digitalen Informationssphäre, in der mächtige Unternehmen die zentralen Infrastrukturen betreiben und gleichzeitig für die algorithmisch gesteuerte Verbreitung von Inhalten verantwortlich sind. Qualität und Wahrheitsgehalt des Contents sind zweitrangig. Was zählt, ist Emotion, mentale Abhängigkeit und letztlich kommerzieller Erfolg. Künstliche Intelligenz verschärft diese Dynamik zusätzlich.

Die Antwort darauf kann nicht allein darin bestehen, einzelne falsche oder manipulierte Inhalte zu widerlegen. Entscheidend ist vielmehr, die Grundlagen einer freien Öffentlichkeit zu stärken: sichere rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für unabhängigen Journalismus und vielfältige Medienangebote, Professionalität und ethische Standards, Medien- und Informationskompetenz bei Bürgerinnen und Bürgern.

Für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist der Schutz und die Unterstützung von Informationsintegrität eine zentrale entwicklungspolitische Aufgabe. Internationale Medien wie die Deutsche Welle (DW) leisten dazu einen wichtigen Beitrag: Sie ermöglichen unabhängige Berichterstattung über Länder- und Sprachgrenzen hinweg und stärken Partner weltweit bei Aufbau und Schutz resilienter Informationsräume. Die regionalen Perspektiven der Partner stärken die Relevanz und Wirkung der entwicklungspolitischen Arbeit.

Der DW Akademie, dem Zentrum der Deutschen Welle für internationale Medienentwicklung, kommt dabei eine besondere Rolle zu. Als strategischer Partner des BMZ arbeitet die DW Akademie mit langjährigen Partnern in rund 60 Ländern weltweit zusammen.

Die Anforderungen an die Entwicklungszusammenarbeit im Medienbereich haben sich dabei in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark gewandelt. Die Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten bleibt zentral – etwa, wenn es darum geht, professionell zu recherchieren, digitale Technologien verantwortungsvoll einzusetzen oder mit neuen Formen der Bedrohung umzugehen. Aber das allein reicht nicht aus. Unabhängiger Journalismus braucht ebenso Medienorganisationen, die wirtschaftlich bestehen können, sowie rechtliche und politische Rahmenbedingungen, die Presse- und Meinungsfreiheit schützen. Und, ganz entscheidend, Menschen, die Informationen und Quellen kritisch einordnen können – gerade im KI-Zeitalter.

Medienkompetenz für breite Bevölkerungsschichten wird daher immer mehr zu einem Schlüsselthema. Bildung im Medienbereich schützt davor, sich von Manipulationen täuschen zu lassen, und begünstigt gelingenden gesellschaftlichen Dialog. Sie kann so zur Entstehung gut informierter Gesellschaften beitragen, in denen sich Menschen gehört und verstanden fühlen. Das BMZ nimmt dabei insbesondere unterrepräsentierte und marginalisierte Gruppen in den Blick. Denn Entwicklung ist nur dann nachhaltig, wenn alle Menschen ihre Anliegen äußern können.

Meinungs- und Medienfreiheit weltweit zu fördern, liegt im deutschen Interesse. Deutschland braucht starke demokratische Partner in aller Welt. Gleichzeitig ist die Entwicklungszusammenarbeit im Medienbereich nur glaubwürdig, wenn die Rollen klar bleiben. Entwicklungspolitische Förderung darf nicht bedeuten, journalistische Inhalte vorzugeben oder Medien für politische Ziele zu instrumentalisieren. Die Deutsche Welle und die DW Akademie stehen für eine Zusammenarbeit, die Meinungsfreiheit, unabhängige Medien und eine vielfältige öffentliche Debatte in den Mittelpunkt stellt.

Visitenkarte

Armin Laschet ist Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und Mitbegründer des Parlamentskreises Deutsche Welle

Im Jahr 2007 veröffentlichte Hristina Krasteva eine Studie über das Selbstverständnis von Journalisten, die für die Deutsche Welle arbeiten. Sie nannte die Studie: Die Macher der »Visitenkarte Deutschlands«. In ihrer Studie beleuchtete sie das Spannungsfeld für die Deutsche Welle tätiger Journalisten zwischen unabhängiger Berichterstattung und Diplomatie.

Es besteht kein Zweifel: Die Qualität der journalistischen Arbeit der Deutschen Welle wird hochgeschätzt. Die Recherchen sind gründlich, die Analysen sind tiefgründig, Kommentare und Berichterstattung werden streng getrennt. Das ist wichtig in einer Zeit, in der Desinformation und Fake News schon aufgrund der Digitalisierung alltäglich werden. Es ist aber auch wichtig, weil die Deutsche Welle sich fast ausschließlich aus Steuermitteln aus dem Etat des Staatsministers für Kultur und Medien finanziert. Der Zuschuss des Bundes im Jahr 2026 beträgt 415 Millionen Euro, mit denen Fernseh- und Hörfunkprogramme in 32 Sprachen finanziert werden. Das Deutsche-Welle-Gesetz definiert die Aufgaben in Paragraf 4: »Die Angebote der Deutschen Welle sollen Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen.«

Als die Deutsche Welle 1953 gegründet wurde, war der Ruf Deutschlands in der Welt noch von der Zeit des Nationalsozialismus geprägt. Es musste sich erst beweisen, dass die damals noch junge Bundesrepublik auf Dauer einen Platz unter den freien Demokratien der Welt einnehmen würde. Dabei kam der Deutschen Welle eine wichtige Funktion zu. Es ist also völlig richtig, von der »Visitenkarte Deutschlands« zu sprechen.

Die zweite wesentliche Funktion, die der Deutschen Welle zukommt, ist es, Informationen in jene Teile der Welt zu bringen, in denen freie Berichterstattung nicht möglich ist. Der englische Schriftsteller George Orwell definierte Freiheit als das Recht, »anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen«. So musste es beispielsweise die sowjetische Staats- und Parteiführung ertragen, dass das russischsprachige Programm der Deutschen Welle mitten im Kalten Krieg aus Alexander Solschenizyns »Der Archipel GULAG« vorlas.

Die Freiheit, zu sagen, was man denkt, und zu berichten, was ist, fürchten nur jene, deren Macht durch die Freiheit bedroht ist. Deshalb stufen Russland und Belarus die Deutsche Welle inzwischen als »ausländischen Agenten«, als »unerwünschte« oder gar »extremistische Organisation« ein. Deshalb bedroht und sanktioniert Iran die persische Redaktion der Deutschen Welle.

Der oft erhobene Vorwurf, die Deutsche Welle wolle in anderen Ländern missionieren, ist jedoch fehl am Platz. Es geht nicht um Ideologie, es geht um freie Berichterstattung. Das Recht auf Information kann niemandem vorenthalten werden. In Zeiten, in denen gezielte Desinformation zunimmt, bleibt die Deutsche Welle, die aus dem Herzen der Bonner Republik in die Welt strahlt, deshalb unverzichtbar als Teil auswärtiger Kulturpolitik, als Qualitätsmedium und als Visitenkarte unseres Landes.

Macht der Einordnung

Ines Pohl ist ehemalige Chefredakteurin der Deutschen Welle und leitet heute das Studio in Washington

Quiet, piggy! – Dieser Satz steht exemplarisch für Donald Trumps Umgang mit kritischen Journalistinnen. Als White-House-Korrespondentin erlebe ich unmittelbar, wie sich der Umgang mit Medien in den Vereinigten Staaten verändert hat. Journalismus berichtet dort längst nicht mehr nur über Politik – er ist selbst Teil des politischen Machtkampfes geworden.

Für viele der reichweitenstärksten Akteure geht es nicht mehr darum, gesellschaftliche Entwicklungen zu erklären. Es geht darum, politische Mehrheiten zu gewinnen, ideologische Gegner zu delegitimieren und die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren. Medien konkurrieren nicht allein um Aufmerksamkeit, sondern um Deutungshoheit. Reichweite entsteht durch Zuspitzung, Empörung und klare Lagerzugehörigkeit. Differenziertheit kommt dabei in der US-amerikanischen Medienlandschaft oft zu kurz.

Gerade deshalb wächst der Wert von unabhängigem internationalem Journalismus. Wo nationale Medien zunehmend zum Spielball werden, entsteht ein größerer Bedarf an journalistischen Stimmen, die nicht für ein Lager berichten, sondern Zusammenhänge einordnen.

Im Weißen Haus verfolgen Dutzende Korrespondentinnen und Korrespondenten, Kommentatoren, Podcaster und digitale Meinungsmacher dieselben Termine. Sie hören dieselben Aussagen, sehen dieselben Bilder und verlassen denselben Raum. Trotzdem erzählen sie völlig unterschiedliche Geschichten. Nicht die Informationen unterscheiden sich, sondern die Intention, mit der sie ausgewählt, gewichtet und eingeordnet werden.

Die Vereinigten Staaten prägen die Welt so stark wie kaum ein anderes Land. Gleichzeitig fällt es Amerika zunehmend schwer, sich selbst jenseits seiner politischen Lager zu erklären. Der Blick von außen wird so umso mehr zu einem journalistischen Mehrwert. Internationale Medien müssen keine innenpolitischen Loyalitäten bedienen. Sie können zeigen, welche Folgen Entscheidungen der US-Regierung für Verbündete, Partner und Rivalen haben – und wie sie außerhalb der Vereinigten Staaten verstanden werden. Sie erklären der Welt die Vereinigten Staaten – und den Vereinigten Staaten, wie die Welt auf Amerika blickt. Dass diese Perspektive nachgefragt ist, zeigt auch unser Publikum in den Vereinigten Staaten. Unsere Angebote mit Formaten wie »The Day« oder »Berlin Briefing« erreichen dort inzwischen wöchentlich rund 36 Millionen Menschen.

Was und wie wir aus den Vereinigten Staaten berichten, entscheidet sich lange, bevor die Kamera eingeschaltet wird. Kolleginnen und Kollegen aus unseren 32 Sprachredaktionen bringen kontinuierlich ihre Perspektiven in die Themenplanung ein. Welche Folgen hat eine Entscheidung des amerikanischen Präsidenten für Menschen in der Ukraine, auf dem Westbalkan, in Nigeria oder Indonesien? Welche Fragen würden fehlen, wenn wir dieselbe Geschichte ausschließlich aus Washington oder Berlin erzählen? Denn unsere Berichte werden in Peking, Tel Aviv oder Nairobi jeweils unterschiedlich rezipiert.

Unsere Sprachredaktionen verbreiten unsere Berichterstattung nicht einfach – sie prägen sie. Sie kennen die politischen Debatten, gesellschaftlichen Realitäten und historischen Erfahrungen ihrer Zielregionen. Internationale Verständigung beginnt deshalb nicht erst mit der Veröffentlichung eines Beitrags, sondern mit der Perspektive, aus der wir auf eine Geschichte schauen.

Deutschland übernimmt heute außen- und sicherheitspolitisch mehr Verantwortung als noch vor wenigen Jahren; das zeigt sich insbesondere im Kontext der europäischen Ukraine-Politik. Entscheidungen aus Berlin wirken sich längst weit über die eigenen Grenzen hinaus aus. Deshalb reicht es nicht, wenn Deutschland als politischer Akteur handelt. Deutschland muss auch verstanden werden. Wie Deutschland im Ausland wahrgenommen wird, beeinflusst geopolitische Entscheidungen, wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Vertrauen in Deutschland als Partner.

Wer journalistisch erklären will, wie Deutschland tickt, muss zuerst verstehen, welche Fragen die Welt an Deutschland hat. Genau darin liegt die besondere Stärke der Deutschen Welle.

Deshalb erklärt unsere Berichterstattung Deutschland und Europa nicht allein aus deutscher Perspektive, sondern aus der Perspektive der Menschen, die von den Folgen deutscher Politik betroffen sind.

Gerade weil unsere Sprachredaktionen ihre Zielregionen kennen, können sie deutsche Politik in ihren historischen, politischen und kulturellen Kontext einordnen. Sie übersetzen dabei nicht Sprache, sondern Perspektiven. Das schafft etwas, was Regierungskommunikation nicht leisten kann: Glaubwürdigkeit.

Der globale Informationsraum ist zu einer geopolitischen Arena geworden. Autoritäre Staaten investieren Milliarden in internationale Medienangebote. Plattformen und Algorithmen entscheiden über Sichtbarkeit. Künstliche Intelligenz verändert die Produktion von Nachrichten grundlegend. Die entscheidende Frage lautet längst nicht mehr, ob Entwicklungen eingeordnet werden, sondern von wem – und mit welchem strategischen Ziel. Deutschland kann es sich nicht leisten, diesen Wettbewerb um Deutungshoheit anderen zu überlassen. Als exportorientierte Demokratie lebt unser Land von Vertrauen – in seine Verlässlichkeit, seine Partnerschaften und seine wachsende Rolle in einer regelbasierten internationalen Ordnung. Dieses Vertrauen entsteht dort, wo Menschen nachvollziehen können, warum Deutschland handelt, wie es handelt.

Unabhängiger internationaler Journalismus liegt deshalb im strategischen Interesse Deutschlands; er liegt im strategischen Interesse von Demokratien. Nicht als Werbung für Deutschland, sondern als glaubwürdige Einordnung Deutschlands und Europas – kritisch, unabhängig und faktenbasiert.

Diese Glaubwürdigkeit, die die Deutsche Welle (DW) besetzt, macht sie zu einem strategischen Wert für Deutschland. Wer die Deutung der Welt jedoch anderen überlässt, verliert am Ende die Möglichkeit, das eigene Land glaubwürdig zu erklären.

Wettbewerb um globale Informationsräume

Carola Richter ist Professorin für Internationale Kommunikation an der Freien Universität Berlin und Mitglied des Rundfunkrates der Deutschen Welle

Ob nun »Propaganda« oder »Public Diplomacy« genannt: Staatlich initiierte Kommunikation mit ausländischen Öffentlichkeiten ist seit Beginn des Zeitalters der Massenmedien allgegenwärtig. Es war die Sowjetunion, die mit Radio Moskau 1929 das Instrument des Auslandsrundfunks erfand. Im Kalten Krieg gehörte es dann zum Standard der internationalen Politik, Publikum im Ausland von den eigenen politischen Werten zu überzeugen. Mit dem Ende des Kalten Krieges nach 1990 brach die Relevanz des Auslandsrundfunks weg: Francis Fukuyamas vielzitierte These vom »Ende der Geschichte«, also dem globalen Sieg der westlich-kapitalistischen Weltordnung, signalisierte, dass es zumindest für die Staaten der westlichen Hemisphäre nun gar nicht mehr notwendig sei, andere von sich und ihren Werten überzeugen zu müssen. Kapazitäten wurden massiv gekürzt, die technischen Anlagen zurückgefahren.

Aber es war keineswegs das »Ende der Geschichte«. Die internationale Weltordnung konstituierte sich neu, mit etlichen aufstrebenden Akteuren, die ihren Weg zu Sichtbarkeit und (regionaler) Macht suchten. Dazu gehörte es auch, die im Kalten Krieg etablierten Maßnahmen der Public Diplomacy wie Austauschprogramme, Kulturdiplomatie und Auslandsmedien neu aufzubauen. Das kleine arabische Emirat Qatar gründete 1996 den Sender Al-Jazeera, der sukzessive zu einem globalen mehrsprachigen Konsortium an Auslandsmedien aufgebaut wurde. Iran engagierte sich in umfangreicher Kultur- und Religionsdiplomatie im Mittleren Osten und Afrika und startete 2003 den arabischen Sender Al-Alam TV und 2007 das englische Press TV. Venezuela gründete 2005 gemeinsam mit Kuba und anderen lateinamerikanischen Staaten der sogenannten »Pink Tide« den Auslandssender teleSUR.

Auch für China und Russland stellten die 2000er Jahre eine Zäsur in der Außenkommunikation dar. Zwar waren sie im Gegensatz zu Ländern wie Venezuela und Qatar »alte Hasen« beim Betrieb von Auslandsmedien, hatten aber in den 1990er Jahren im Fall von Russland aus Ressourcenmangel oder im Fall von China aufgrund stärkerer Orientierung nach innen kaum mehr in diese investiert. Dies änderte sich nun massiv.

Für Russland unter Putin ging es zunächst vor allem darum, seinen Einfluss im postsowjetischen Raum zu sichern. Die sogenannten Farbrevolutionen in Georgien 2003, in der Ukraine 2004/5 und in Kirgisistan 2005, die mit einer Distanzierung dieser Länder von Russland einhergingen, gelten als Auslöser für die Neuaufstellung der russischen Außenkommunikation.

Der Auslandssender Russia Today (RT) wurde ab 2005 sukzessive in mehreren Sprachen ausgebaut, genauso wie verschiedene Institutionen zur Förderung der russischen Sprache und Kultur durch die Russkij Mir Foundation 2007 oder Rossotrudnitschestwo 2008. China wiederum adaptierte Anfang der 2000er Jahre das Konzept der Soft Power und verband es mit seinem damaligen außenpolitischen Ansatz der »friedlichen Entwicklung« und der »harmonischen Welt«. Das vom US-Diplomaten Joseph Nye geprägte Konzept der Soft Power – andere durch die Attraktivität der eigenen kulturellen und politischen Werte zu überzeugen, statt durch militärische Macht – wurde von China so interpretiert, dass man mit Konfuzius-Instituten, der Ausrichtung von Sportevents oder (medialer) Entwicklungshilfe Einflusssphären schaffen könne. Während Russland vor allem regional in den vormaligen Sowjetrepubliken wirkte, orientierte sich China stark auf Afrika.

Das Ende dieser Ära der Übernahme klassischer Public-Diplomacy-Konzepte lässt sich in beiden Staaten auf 2013 datieren und geht mit der Machtübernahme durch Xi Jinping in China und einer deutlich schärferen innenpolitischen Gangart Putins in Russland einher. Beiden Ländern geht es offiziell darum, die eigene Position aktiv nach außen zu vermitteln und Interpretationen, die dem entgegenstehen, abzuwehren. Die dabei nunmehr zum Tragen kommenden Mechanismen haben Christopher Walker und Jessica Ludwig als »Sharp Power« charakterisiert, also den Versuch, die öffentliche Meinung anderer Länder mit Manipulation und Desinformation zu »durchdringen«.

Russland und China gehen dabei aber durchaus unterschiedlich vor. China setzt beispielsweise auf eine Doppelstrategie aus Sharp Power und Soft Power in Kombination mit wirtschaftlichen Anreizen, je nach anvisierter Zielregion. Russland dagegen verfolgt eine weitgehend disruptive Strategie der Spaltung und Manipulation. Das zeigt sich auch in ihren Auslandsmedien, die heute natürlich nicht mehr nur Radio oder Fernsehen umfassen, sondern wie die meisten Auslandsmedien weltweit auch auf YouTube, TikTok, Facebook & Co. vertreten sind. In ihrem Output auf all diesen Kanälen lassen sich generische Muster beobachten: Das russische RT setzt explizit auf die Vermittlung einer »anderen Wahrheit« im Vergleich zu westlichen Medien und diskreditiert aktiv westliche Perspektiven; das chinesische CGTN interpretiert Ereignisse aus der Perspektive einer »zivilisatorischen« und »verantwortungsbewussten« Großmacht China unter Aussparung möglicher kritischer Aspekte der eigenen Rolle. Dieser »Markt der Narrative« kann normativ als externer Pluralismus beschrieben werden und ist per se nicht bedenklich – hat das Publikum doch seit Langem gelernt, Inhalte entsprechend dem Absender einzuordnen.

Problematisch wird es aber, wenn eine für das Publikum interpretierbare Absenderkennung wegfällt – und hier bewegen wir uns weg von den klassischen Auslandsmedien hin zu Ansätzen einer hybriden Kriegsführung und Sharp Power. China operiert zwar häufig außerhalb des Auslandsmediums, aber mit einer weitgehend klaren Absenderkennung, wenn es chinesische Journalistinnen und Journalisten als Influencer auf X oder TikTok auftreten lässt oder auf sogenannte »wolf warrior diplomats« setzt, die in durchaus aggressivem Ton westliche Politiker angreifen, etwa wenn es um Standpunkte zu Taiwan geht. Russland dagegen hat nachweislich versucht, Wahlen in westlichen und Nachbarländern durch Fake-Posts oder das Imitieren lokaler Nachrichtenportale mit kruden Inhalten zu beeinflussen. In afrikanischen Konfliktländern wurden über Telegram und WhatsApp Nachrichten und Bilder zur Aufstachelung von Hass gegen oppositionelle Gruppen verschickt. Wenn die Absenderkennung fehlt, dann hat dies nichts mehr mit klassischen Auslandsmedien zu tun, sondern mit informationeller und emotionaler Manipulation.

Angesichts dieser Entwicklungen sollten Deutschland und Europa zwei Wege beschreiten: Erstens den »Markt der Narrative« weiterhin mit seinen Auslandsmedien und einer klaren Absenderkennung intensiv bespielen. Nur wer beim Publikum präsent ist, kann auch seine Perspektive einbringen – ansonsten gehört der »Markt« den zahlreich vorhandenen anderen Anbietern. Zweitens dem Publikum Wege aufzuzeigen, wie disruptive Medienstrategien erkannt und hinterfragt werden können. Faktenchecks sind eine beliebte journalistische Methode, Desinformationen zu korrigieren. Aber auch andere Medienkompetenzen wie Quellenchecks, Wissen um Einsatzmöglichkeiten von Künstlicher Intelligenz, Kenntnisse von Plattformfunktionen und das kritische Einschätzen von Medienakteuren müssen immer wieder thematisiert und vermittelt werden. Nur mit solch einer ganzheitlichen Strategie lässt sich in globalen und umkämpften Informationsräumen noch bestehen.

Außen- und Sicherheitspolitik

Mark Speich ist Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung und Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Welle

Seit ihrer Gründung bewegt sich die Deutsche Welle (DW), der steuerfinanzierte Auslandssender der Bundesrepublik Deutschland, in einem durch außenpolitische Erwartungen strukturierten Umfeld. Nur wenige Jahre nach dem Krieg und dem Abgrund des nationalsozialistischen Menschheitsverbrechens ging es darum, die Rückkehr einer demokratisch verfassten Bundesrepublik in die Arena der internationalen Staatenwelt zu begleiten und dieses Deutschland als rechtsstaatlich zuverlässigen, kulturell strahlenden und ökonomisch attraktiven Partner zu präsentieren. Diese Präsentation erfolgte in bewusster Abgrenzung zu der in den kommunistischen Machtbereich integrierten Einparteiendiktatur der Deutschen Demokratischen Republik. Positive Vermittlung eines aktuellen Deutschlandbildes und weltanschauliche Abgrenzung waren für die in die Zeit des Kalten Krieges fallenden Anfangsjahrzehnte der Deutschen Welle zwei Seiten einer Medaille. Es waren zwei selbstverständliche Seiten, die in redaktioneller Freiheit gestaltet wurden. Mit der Auflösung der Blockkonfrontation des Kalten Krieges seit 1989/90 blieb die Herausforderung der Vermittlung eines positiven Deutschlandbildes – gerade in einer Zeit, in der Regierende maßgeblicher europäischer Länder mit der Wiedervereinigung auch die Sorge vor einem machtpolitisch dominierenden Deutschland verbanden. Zugleich fiel in der mit dem Umbruch von 1989/90 verbundenen überschäumenden Hoffnung auf den Siegeszug freiheitlich-demokratischer Systeme die Notwendigkeit der weltanschaulichen Abgrenzung – und deren intellektueller Begründung – weg. Zu dem als »Friedensdividende« verklärten Nachlassen verteidigungspolitischer Anstrengungen gesellte sich eine »intellektuelle Friedensdividende«. Und in breiter Wahrnehmung verkürzte sich der Vorzug freiheitlicher Ordnungen auf die Performanz, also das Liefern besserer Ergebnisse, als es – für jeden sichtbar und nachvollziehbar – die zentralverwaltungswirtschaftlichen Ökonomien des sowjetisch-kommunistischen Einflussbereiches je vermocht hatten. Es gab in den ersten Jahren nach dem großen Epochenumbruch wenig Anlässe, an dieser Wahrnehmung zu zweifeln. Es sprach also viel dafür, dass sich auch die Deutsche Welle aus der weltanschaulichen Abgrenzung des Kalten Krieges löste. Die Aussicht, dass mit dem Ende des weltanschaulichen Gegensatzes eine neue Qualität dauerhaften Friedens in Europa verbunden sein könnte, wurde erstmals in den mit äußerster Brutalität geführten Bürgerkriegen auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawiens erschüttert. Mit Srebrenica war nicht nur der Krieg, sondern auch der Völkermord auf europäischen Boden zurückgekehrt. Aber immer noch blieb die Hoffnung, dass ein sich marktwirtschaftlich-freiheitlich entwickelndes Russland stabilisierendes Element einer europäischen Friedensordnung sein würde. Georgien, Donbass und allerspätestens die militärische Okkupation der Krim zeigten allzu deutlich, dass Russland unter Putin die Zerstörung dieser Friedensordnung betrieb.

Heute stehen wir im fünften Jahr des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Aber dieser Konflikt betrifft nicht nur die Ukraine. Er wird durch Russland im Cyberraum, in den sozialen Medien, kognitiv und – wie der versuchte Drohnenanschlag in Leipzig zeigt – zunehmend auch kinetisch auf dem Boden anderer europäischer Staaten geführt. Und wenn wir den Blick über Europa hinaus richten, erweitert sich das Konfliktszenario: der Krieg in Nahost mit einem Iran, der über viele Jahre ein Netzwerk kriegsbereiter Proxys aufgebaut, finanziert und mit Waffen unterstützt hat; der Machtanspruch Chinas, der sich nicht auf den Versuch wirtschaftlicher Dominanz und die Instrumentalisierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten beschränkt, sondern sich auch in einer zunehmend aggressiven Rhetorik gegenüber Taiwan und in robusten maritimen Interventionen im Indopazifik äußert und – um ein letztes Beispiel zu geben – ein mit nuklearer Eskalation drohendes und mit der russischen Aggression in der Ukraine eng verbundenes Nordkorea. In der geopolitischen Situation unserer Zeit sind diese Konfliktlinien nicht isoliert, sondern eng miteinander verknüpft. Die »Zeitenwende« hat also eine globale Dimension. Sie betrifft auch jene Länder, die wir seit einiger Zeit mit dem etwas unglücklichen Begriff des »globalen Südens« zu beschreiben versuchen. Das Ende des Kalten Krieges hat auch diese Länder aus ihrer jeweiligen Zuordnung zu einem der machtpolitischen Blöcke gelöst – und ihnen »multivektorale« Optionen eröffnet – die Infrastrukturinvestitionen und Rohstoffbeziehungen mit China ebenso umfassen können wie rüstungspolitische Kooperationen mit Russland oder westliche Entwicklungshilfe. Diese komplexe Konfliktlage übersetzt sich in traditionelle und neue Medienräume und beschreibt zumindest skizzenhaft die geopolitische Realität, in der sich der Auftrag der Deutschen Welle zu behaupten hat. Diese medialen Räume bespielen die geopolitischen Gegner des ideellen Westens mit dem klaren Ziel, polarisierende Bruchlinien auszunutzen, Gesellschaften durch gezielte Desinformation zu destabilisieren und politische Prozesse zu erschüttern.

Es gäbe zwei grundlegend verschiedene Ansätze für die Deutsche Welle, auf diese außen- und sicherheitspolitische Lage zu reagieren. Der erste Ansatz würde die Deutsche Welle als ein Instrument strategischer Kommunikation (»StratCom«) begreifen. Ein solches Instrument wäre ganz auf die Aufklärung und Abwehr solcher Angriffe ausgerichtet und würde zudem, und hier bewusst martialisch formuliert, die Fähigkeiten zum kommunikativen Gegenangriff bereithalten. Mit einem journalistischen Sendebetrieb hat ein solches Instrument nur noch wenig gemein. Länder, die über wirkungsvolle StratCom-Instrumente verfügen, verorten diese bewusst in einem nationalen Sicherheitsrat oder im Verteidigungsministerium. Die Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten ist eng. Wer angesichts budgetärer Zwänge mit der Hoffnung spielt, die Deutsche Welle aus der Bereichsausnahme des Verteidigungsetats finanzieren zu können, wird bei einem solchen Modell enden – aber es dürfte klar sein, dass eine solche Einheit nur noch sehr wenig mit der heutigen Deutschen Welle gemein hätte.

Daher halte ich vor allem einen zweiten Ansatz für überzeugend. Dieser bestünde in einer stärkeren Rückbesinnung auf die ursprünglichen Gründungsimpulse der Deutschen Welle. In einer Welt, in der sich Optionen für Staaten eröffnen, gewinnt die sogenannte »Soft Power« an Bedeutung – und das heißt eben auch die Vermittlung eines positiv ausstrahlenden Deutschlandbildes und die Positionierung Deutschlands als attraktiver politischer, ökonomischer und kultureller Partner.

Und in einer medialen Welt, in der KI-getriebene Desinformation, polarisierende Zuspitzung und emotionale Aufladung bewusst eingesetzte Instrumente sind, gewinnt verlässliche, seriöse, an höchster Qualität orientierte und unaufgeregte Berichterstattung als journalistisches Gegenmodell ebenso noch einmal an Bedeutung. Den ersten Aspekt mit einer besonders an deutschen Interessen ausgerichteten Zielstellung wird die Deutsche Welle institutionell vor allem allein adressieren können. Denn allzu oft wird übersehen, dass sich auch enge europäische Partner im Ausland als Konkurrenten begegnen können (was begrenzte Partnerschaften nicht ausschließt). Dem zweiten Aspekt hingegen könnte die Deutsche Welle im Verbund mit anderen europäischen Partnern entsprechen – und dabei inhaltlich auch wieder stärker den Grund freiheitlich-demokratischer Ordnungen thematisieren, der weit über das Liefern besserer Ergebnisse hinausweist. Vieles von dem hier Angesprochenen findet sich schon heute im Programmschema der Deutschen Welle – aber manches wird diesem Anspruch nicht ausreichend gerecht. Ein pluralistisches Programm ist nicht per se Werbung für ein pluralistisches politisches System. Und ein in zu vielen kleinen Facetten glitzerndes Deutschlandbild kann auch an Konturlosigkeit leiden.

Die Deutsche Welle prägt die Perspektive, aus der die Welt auf Deutschland schaut. Und aus dieser Perspektive heraus sollte Programm gestaltet werden. Was macht dieses Deutschland für Indien attraktiv? Was lässt es in Ghana leuchten trotz politischer Radikalisierung und Polarisierung? Was schafft in Bolivien emotionale Bindung zu einem Land, das sich mit exponierten Emotionen schwertut? Wo liegen aus Sicht der Vereinigten Arabischen Emirate die Chancen Deutschlands in innovationsgetriebener Wirtschaft und Spitzenforschung? Ist ein solcher Fokus das Ende journalistischer Unabhängigkeit? Nein, es ist die Erfüllung eines gesetzlichen Auftrags, der angesichts der geopolitischen Herausforderungen unserer Zeit eine neue Aktualität hat.

Prorussische Kampagnen

Gesine Dornblüth und Thomas Franke sind Journalisten und Autoren diverser Bücher zu Russland, zuletzt »Die Erde schwitzt die Toten aus«

Timmy war doch nur in der Tagesschau, um die Bevölkerung abzulenken!« Die Bekannte, klug, politisch interessiert und gebildet, sagte das gedankenlos dahin. Timmy, der in der Ostsee gestrandete und schließlich verendete Buckelwal – ein Ablenkungsmanöver? Aus wessen Hand? Mit welchem Ziel? Die Frage offenbart eine tiefe Skepsis gegenüber etablierten Medien und zugleich ein erschreckendes Unwissen darüber, wie Journalismus in Deutschland funktioniert. Natürlich gibt es jeden Tag mehr Themen, als in eine Tagesschau passen. Die Kunst der Profis besteht darin, in einer Viertelstunde möglichst das abzubilden, was für die Bundesbürger wichtig ist. Und zwar mutmaßlich für alle. Was wichtig ist, wird in Redaktionskonferenzen ausdiskutiert. Es ist Handwerk. Journalisten lassen sich nicht reinreden. Einzelfälle mag es geben, aber in der Regel werden die öffentlich. Das Mediensystem in Deutschland mit seinem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist eines der besten der Welt. Den Hype um Timmy konnte die Tagesschau nicht ignorieren, jeder sprach über das Tier. Eine Ansage von außen gab es ganz sicher nicht.

Vertrauen in Institutionen und in die freie Presse ist die Grundlage der Demokratie. Nur so können Menschen informierte politische Entscheidungen treffen. Doch diese Grundlage ist heute gefährdet wie nie. Eine nie dagewesene Welle vor allem prorussischer Desinformation nutzt das Misstrauen der Menschen und zielt darauf ab, den Diskurs weiter zu zerstören. Prorussische Desinformation lügt vorsätzlich, verzerrt und ignoriert Fakten. Es geht darum, Stimmung im Sinne des Kreml zu beeinflussen. Das heißt: Möglichst viel Zank um Nebensächliches, Verunsicherung, damit Menschen nicht mehr erkennen, was richtig und was falsch ist. Olga Skabejewa, Top-Moderatorin des russischen Staatsfernsehens, hat offen gesagt: »Es ist nicht wichtig, was geschieht, wichtig ist die Interpretation des Ereignisses.« Mittlerweile gibt es ein Netzwerk von Akteuren, die die Kreml-Narrative über Social-Media-Plattformen nahezu weltweit auch in Fremdsprachen in die Öffentlichkeiten einspeisen.

Erstmals intensiviert hat Russland seine Desinformationskampagnen mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine 2014. Die Menschen sollten glauben, dass Russischsprachigen in ihrem Land ein Genozid droht und dass dort Nazis an die Macht gekommen sind. Die Falschbehauptungen wurden in russischer Sprache vor allem über die staatlichen und staatsnahen russischen Fernsehsender auch in der Ukraine verbreitet. Es wurden Geschichten wie die eines kleinen Jungen im Donbas erfunden, der angeblich von ukrainischen Soldaten gekreuzigt wurde; ein russischer Fernsehsender engagierte gar eine Schauspielerin, die als angebliche Zeugin auftrat. Heute nutzt die Desinformation nicht mehr nur Schauspieler, sondern KI und Deepfakes.

In den vergangenen Jahren ist auch die deutsche Öffentlichkeit immer stärker ins Visier prorussischer Desinformation gerückt. Kremlfreundliche Parteien wie AfD und BSW helfen dabei, manipulierte und Falschinformationen weiter zu verbreiten. Es geht darum, die Ukraine in den Augen der Deutschen zu diskreditieren, und darum, eine gefestigte Demokratie zu destabilisieren.

Im Herbst nahm die Kampagne »Matryoshka« die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ins Visier. Auf Social-Media-Kanälen verbreitete sie Kurzvideos mit frei erfundenen Falschbehauptungen über Kandidaten der etablierten Parteien. Eine Politikerin hatte angeblich ihr Amt missbraucht, um Angehörigen Jobs zu verschaffen; einer sollte einen Kindsmörder gedeckt haben. Das gemeinnützige Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS), eine zivilgesellschaftliche Forschungseinrichtung in Berlin, hat in den Monaten Juli und August mehr als 140 unterschiedliche Videos mit Bezug zu den Wahlen in Deutschland dokumentiert, die es mit hoher Wahrscheinlichkeit der Operation »Matryoshka« zuordnet. Oft sind diese mit den Logos etablierter Medien versehen, um ihnen den Anschein von Seriosität zu verleihen.

Journalisten sind in dieser Situation mehr denn je gefordert. Sie müssen Desinformation erkennen und falsche Behauptungen einordnen, ohne zu kommentieren, denn im seriösen Journalismus werden Fakten und Meinung, Nachrichten und Kommentar getrennt. Das ist schwierig. Journalisten sind nicht ausgebildet, mit offenen, unverhohlenen Lügen in diesem Ausmaß umzugehen. Und je hochrangiger ein Urheber ist, desto schwieriger ist es, seine Äußerung, selbst wenn sie gelogen ist, einfach zu ignorieren. Wenn z. B. Wladimir Putin auftritt und wieder einmal behauptet, Russland sei immer zu Verhandlungen bereit gewesen, er aber gleichzeitig weiter schießen lässt, dann ist das eigentlich keine Nachricht. Wenn die Redaktion sie nicht bringt, heißt es, »die Medien« (oftmals eine an Pauschalierung kaum zu überbietende Schmähung) würden gezielt eine wichtige Information verschweigen; wenn sie sie bringt, gibt sie der Lüge eine Bühne, die ihr nicht zusteht. Nachrichtenredaktionen sind in einer Zwickmühle. Sie sind auf Kürze angewiesen und können deshalb problematische Äußerungen oft nicht ausreichend einordnen. Und selbst wenn die Einordnung gelingt, bleibt immer etwas von der Lüge hängen.

Journalisten der Nachkriegsgenerationen sind mit dem Gebot der Ausgewogenheit groß geworden. Dabei geht es darum, Positionen in der Gesellschaft gleichberechtigt abzubilden. Aber der Wunsch, »mal eine andere Meinung« zu hören, darf nicht dazu führen, dass in Talkshows immer wieder Gäste sitzen, die zwar lautstark eine andere Meinung vertreten, diese aber nicht mit Fakten untermauern. Lüge darf nicht gleichberechtigt neben Wahrheit stehen, unbelegte Behauptungen nicht neben Recherche. Das ist keine Ausgewogenheit, sondern der Tod des faktenbasierten Diskurses.

Früher wurde die Agenda von Profis bestimmt. Die Tagesschau verband die Menschen wie ein abendliches Lagerfeuer. Heute kann sich jeder seine eigene Agenda zusammenstellen, Information oder Desinformation, je nach Geschmack und unabhängig davon, ob die Urheber professionelle Journalisten sind, im Dienste des Kreml stehen oder schlicht Spinner sind. Die prorussische Desinformation nutzt diese Offenheit, um der Demokratie zu schaden. Ihr gelingt, wovor Hannah Arendt bereits 1951 gewarnt hat: »Der ideale Untertan totalitärer Herrschaft ist nicht der überzeugte Nazi oder engagierte Kommunist, sondern Menschen, für die der Unterschied zwischen Fakten und Fiktion, wahr und falsch, nicht länger existiert.«

Es gibt ein Gegenmittel zum Gift der Desinformation. Das ist Wissen. Es geht um Faktenwissen über Russland. Mit wem haben wir es zu tun? Wie funktioniert die russische Gesellschaft? Am wichtigsten ist es aber, den mündigen Staatsbürgern das Handwerkszeug zu geben, um Journalismus und Desinformation auseinanderzuhalten, ihnen Wissen über die Institutionen zu vermitteln, die die Gesellschaft stützen. Und es geht darum, einander wieder zu vertrauen.

Die prorussischen Kampagnen ähneln einander. Wer weiß, wie sie funktionieren, und wer mit ihnen rechnet, ist weniger anfällig. Wir brauchen deshalb endlich eine stärkere Medienpädagogik in Schulen und in der Erwachsenenbildung. Wir brauchen einen starken unabhängigen Journalismus und Politiker, die diesen respektieren, statt ihn verächtlich zu machen.

Breaking Fake News

Guido Baumhauer ist Managing Director of Distribution, Marketing and Technology der Deutschen Welle

Breaking News. Der Bundeskanzler tritt zurück. Zumindest sieht es auf den ersten und zweiten Blick so aus. Das Logo der Deutschen Welle (DW), das gesamte Branding der DW, der Duktus des Texts. Alles wirkt stimmig. Und doch ist es frei erfunden. Perfekte Desinformation dank KI-Technologie. Solche Fälle zeigen, dass Desinformation längst nicht mehr nur auf die Verbreitung falscher Informationen setzt. Es werden bewusst Marken, Logos und die Reputation etablierter Medien instrumentalisiert, um Fälschungen echt erscheinen zu lassen. Ein solcher Angriff richtet gleich doppelten Schaden an: Er verbreitet gefährliche Falschinformationen noch effektiver und zerstört gleichzeitig das Vertrauen in Medien, die ihren Ruf mit glaubwürdigem Journalismus erworben haben.

Gezielte Desinformation ist längst Alltag. In vielen Regionen der Welt sind politische und gesellschaftliche Debatten bereits von Fake News getrieben. Der Grund dafür ist nicht nur die Dominanz sozialer Netzwerke, in denen die Nutzenden nichtsahnend gefälschte Inhalte teilen und weiterverbreiten, sondern auch der rasante Fortschritt der KI. Mit ihrer Hilfe erstellen Laien in Sekunden Grafiken und Texte in einer Qualität, die vor wenigen Jahren nur ausgebildete Photoshop-Profis erreichten. Wer solche Inhalte in seinem Feed findet, womöglich von Bekannten geliked oder weitergeleitet, hat es immer schwerer, zu erkennen, was stimmt und was nicht. Die Tragweite ist unterschiedlich: Eine Falschmeldung vom Rücktritt eines Fußballtrainers bewegt Fanherzen, eine Falschmeldung zum Rücktritt eines Regierungschefs kann Aktienmärkte bewegen oder Wähler verunsichern.

Neue technische Angriffe erfordern auch neue technische Antworten. Es ist zunehmend ein Wettlauf von KI gegen KI: Die eine erstellt immer perfekter produzierte Fehlinformationen, die andere versucht sie zu erkennen. In diesem Rennen können Anbieter wie die Deutsche Welle (DW) nur bestehen, wenn sie sich auch als Technologieunternehmen verstehen. Sie müssen die notwendige Expertise aufbauen und kontinuierlich weiterentwickeln, um immer wieder neue Lösungen zu finden.

Die Sicherheitsvorfälle im Sommer 2026 bei Anthropic, Meta und OpenAI, deren KI während Sicherheitstests selbständig in fremde Computersysteme eindrangen, zeigen, dass KI-Systeme zunehmend eigenständig handeln können und sogar eigene kriminelle Energie entwickeln. Künftig müssen wir damit rechnen, dass KI-Systeme einerseits autonom glaubwürdige Quellen attackieren, andererseits aber auch eigenständig Desinformationen identifizieren.

Immer mehr Menschen fragen ChatGPT, Claude und Co. bereits heute direkt nach aktuellen Informationen und begegnen damit einer ganz anderen Form der Desinformation: Jedes KI-System »halluziniert« einen Teil seiner Texte ohne Faktenbasis – ein Grundproblem der Architektur von Large-Language-Modellen (LLM), das noch kein Anbieter endgültig gelöst hat. Wenn Nutzende nicht zusätzlich weitere Quellen prüfen, können sie leicht auf einen Irrtum der KI hereinfallen.

Da KI-Systeme zum Training zudem große Datenmengen benötigen, können Angreifer Falschinformationen unter diese Trainingsdaten mischen. Um Fragen mit aktuellen Informationen zu beantworten, nutzen viele KIs außerdem eine Websuche und übernehmen dabei auch Desinformation, die gezielt für sie dort platziert wurde und oftmals nur für sie lesbar ist.

Dabei ist KI nur die neueste, aber bei weitem nicht die einzige Bedrohung für unabhängige Informationsanbieter wie die DW. In vielen Ländern stehen sie schon lange massiv unter Druck – nicht von einzelnen Akteuren, sondern von höchster Stelle. Inhalte der DW werden z. B. in Russland, im Iran oder in China blockiert. Die zentrale Frage lautet: Wie kann die DW unter zunehmend verschärften Bedingungen ihren Auftrag erfüllen? Deutschland als freiheitliche Demokratie vermitteln, interkulturellen Austausch fördern und weltweiten Zugang zu journalistisch recherchierten Informationen ermöglichen – das sind wesentliche Aufgaben der Deutschen Welle. Dieser Auftrag wird durch Zensur, geopolitische Konflikte und Informationskriege zunehmend erschwert.

Technologie kann hier gezielt gegensteuern: Verschlüsselte Verbindungen (VPN) graben Tunnel durch Chinas »Große Firewall«, Umgehungsserver (Mirror-Server) oder satellitengestützte Übertragungswege schaffen Alternativrouten und ermöglichen es Nutzenden, trotz staatlicher Sperrung an unabhängige Berichterstattung zu gelangen.

Die DW reagiert mit Umgehungssoftware wie Psiphon und der App »DW Access« auf staatliche Blockaden. Psiphon leitet den Datenverkehr über ein weltweites Netzwerk von Servern und ermöglicht es so, zensierte Angebote dennoch zu erreichen. »DW Access« kontert Zensur mit einem integrierten VPN, einem Offlinemodus und mit erhöhter Datensicherheit. Die App kann direkt von Nutzenden an andere weitergegeben werden und ist damit unabhängig von App-Stores, die selbst zensiert und geblockt werden könnten. Außerhalb zensierter Märkte muss die DW Orientierung in einer immer unübersichtlicheren Informationslandschaft bieten und Menschen dabei unterstützen, Informationen eigenständig zu prüfen. Angesichts nahezu unbegrenzter Informationsverfügbarkeit wird die Fähigkeit zur Bewertung von Informationen wichtiger als der bloße Zugang zu ihnen.

Die DW ist auf diesen Wandel gut eingestellt: Ihr Faktencheck-Team analysiert Ton, Text und Bild, prüft Metadaten, vergleicht Aufnahmen und nutzt Geolokalisierung. Während technische Analysewerkzeuge wichtige Hinweise auf mögliche Manipulationen geben, bleibt die abschließende Bewertung jedoch immer eine menschliche Aufgabe.

Ebenso wichtig wie das gezielte Entlarven von Falschinformationen ist es daher, Menschen mehr und mehr selbst in die Lage zu versetzen, Inhalte kritisch zu hinterfragen. Hier setzen die Initiativen der DW Akademie an: Sie stärken gezielt die Medienkompetenz der Nutzenden und schulen außerdem Journalistinnen und Journalisten in unterschiedlichen Regionen der Welt darin, Quellen gegeneinander abzuwägen.

Parallel dazu arbeitet die DW zusammen mit anderen Medienhäusern und Technologieunternehmen an Verfahren, die die Herkunft und Bearbeitung digitaler Inhalte nachvollziehbarer machen sollen. So wird beispielsweise sichtbar, wenn ältere Inhalte in einen irreführenden neuen Kontext gestellt werden.

In einer Zeit von Unsicherheiten, in der Maschinen immer mehr Inhalte erzeugen, ist es wichtig, die Nutzenden aktiv dabei zu unterstützen, ihr eigenes Urteil zu fällen. Zwischen gezielt gestreuten Kanzler-Enten und KI-Halluzinationen, zwischen staatlicher Zensur und viralen Fakes liefert die DW die notwendige Orientierung und die fundierten und glaubwürdigen Informationen, die unverzichtbar für demokratische Gesellschaften sind. Es ist eine Funktion, die Medienmärkte nicht selbst hervorbringen. Und ohne die unsere Welt eine andere wäre.

Doppelverantwortung in Krieg und Krisen

Nadja Scholz ist Managing Director of Programming der Deutschen Welle

Soll ein Team wirklich an die Front reisen? Sollten wir eine Mitarbeiterin in ein sicheres Nachbarland evakuieren? Wie reagieren wir, wenn einer unserer Kollegen verhaftet wird? Fast jede Woche muss ich solche Entscheidungen treffen. Denn auch das gehört zu meiner Aufgabe als Programmdirektorin der Deutschen Welle (DW): täglich unseren journalistischen Auftrag gegen die Sicherheit der Menschen abzuwägen, die diesen Auftrag erfüllen.

Unsere Mission ist es, verlässliche Informationen und vielfältige Perspektiven zu liefern, damit Menschen weltweit gute Entscheidungen treffen können. Ich bin überzeugt, dass dies am besten gelingt, wenn wir vor Ort sind und Geschichten nah an den Erfahrungen und Bedürfnissen unseres Publikums erzählen. Deshalb setzen wir seit mehreren Jahren auf die Regionalisierung unserer Angebote. Wir richten unsere Inhalte stärker an der Lebensrealität der Menschen in unseren Zielregionen aus und bauen unsere Präsenz vor Ort gezielt aus.

Wer komplexe politische und gesellschaftliche Entwicklungen für eine regionale Zielgruppe glaubwürdig einordnen möchte, braucht fundiertes Kontextwissen und ein gutes Gespür dafür, was die Menschen beschäftigt. Genau das bringen unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort mit. Sie sind in ihrem Berichtsgebiet zu Hause und kennen die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge aus erster Hand. Sie haben gute Kontakte und gewinnen so Einblicke, die aus Deutschland nur schwer zugänglich wären. Vor allem genießen sie das Vertrauen unserer Gesprächspartner und unseres Publikums.

Gerade in Krisen- und Konfliktregionen ist dieses Vertrauen von unschätzbarem Wert. Dort verändert sich die Lage schnell, während die Bevölkerung unter großem Druck steht. Diese Nähe zum Geschehen ermöglicht eine relevante, authentische und multiperspektivische Berichterstattung. Gleichzeitig birgt sie große Risiken und Herausforderungen.

Da sind zum einen die bewaffneten Konflikte. Unsere Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine, im Nahen Osten und in anderen Krisengebieten arbeiten in einem ständigen Ausnahmezustand. Der Krieg prägt sowohl die Berichterstattung als auch ihr tägliches Leben. Sie haben gelernt, Drohnen an ihrem Geräusch zu unterscheiden, und wissen immer, wo der nächste Schutzraum liegt. Trotz dieser erheblichen persönlichen Risiken setzen sie ihre Arbeit fort. Als ein russischer Drohnenangriff auf Kyjiw im Mai unser dortiges Studio beschädigte, berichtete das Team am nächsten Tag weiter – auch über ebendiesen Angriff.

Weniger sichtbar, aber ebenso besorgniserregend, ist eine andere Entwicklung, die wir seit Jahren beobachten: die zunehmende staatliche Repression gegen unsere Kolleginnen und Kollegen. Sie reicht von Einschüchterungen über den Entzug von Akkreditierungen bis hin zu Inhaftierungen. Allein in diesem Jahr wurden zwei DW-Korrespondenten festgenommen. In der Türkei wurde einer unserer Kollegen wegen kritischer Äußerungen auf der Plattform »X« mehrmals vorübergehend inhaftiert. Im Niger kam ein Kollege nach der Veröffentlichung eines Beitrags für DW Hausa in Haft und wurde erst nach 105 Tagen entlassen. Diese Form staatlicher Willkür stellt uns vor eine besondere Herausforderung. Denn dort, wo rechtsstaatliche Strukturen fehlen, können sich Betroffene nur begrenzt juristisch zur Wehr setzen.

Deshalb beziehen wir die Sicherheit unserer Mitarbeitenden in jede redaktionelle Entscheidung ein. Vor jeder Reise in ein Hochrisikogebiet wägen wir sorgfältig ab: Wie groß ist das Risiko? Welche Schutzmaßnahmen sind möglich? Welche Alternativen gibt es? Das hochspezialisierte Team »Travel Security and Emergencies« beobachtet weltweit die Sicherheitslage, bewertet Risiken und bereitet unsere Teams auf Notfälle vor. Seine Mitglieder behalten den Überblick darüber, wo sich unsere Teams befinden, sind rund um die Uhr erreichbar und koordinieren Unterstützung, wenn sich Situationen plötzlich verändern.

Bevor Mitarbeitende in Risikogebiete reisen, bereiten wir sie umfassend auf den Einsatz vor. In speziellen Schulungen lernen sie unter anderem, Gefahrenlagen einzuschätzen und in Krisensituationen richtig zu handeln. Auch Sicherheitsbriefings und Risikoanalysen gehören zu jeder Vorbereitung. Unsere Teams in Kriegs- und Krisengebieten unterstützen wir mit Schutzwesten und gepanzerten Fahrzeugen, alternativen Internetzugängen und psychologischer Betreuung. Kolleginnen und Kollegen, die von staatlicher Verfolgung betroffen sind, erhalten selbstverständlich auch Rechtsbeistand und besondere Schutzmaßnahmen. Dabei beziehen wir die Angehörigen unserer Mitarbeitenden ein, denn auch sie sind oft erheblichen Risiken ausgesetzt.

Am Ende gilt immer: So ernst wir unseren Auftrag auch nehmen, keine Geschichte ist ein Menschenleben wert. Ist ein Risiko nicht vertretbar, verzichten wir auf einen Einsatz und greifen auf andere verlässliche Informationsquellen zurück.

Die richtige Balance zwischen unserem Auftrag und dem Schutz unserer Mitarbeitenden müssen wir in jedem Einzelfall neu ausloten. Klar ist aber: Mutige Berichterstattung und der Schutz unserer Mitarbeitenden sind kein Widerspruch. Beides gehört für uns untrennbar zusammen. Deshalb wird die Deutsche Welle auch künftig auf eine starke journalistische Präsenz vor Ort setzen und zugleich kontinuierlich in die Sicherheit ihrer Mitarbeitenden investieren.

Für die Menschen in der Türkei

Erkan Arıkan ist Head of Turkish Service der Deutschen Welle

Die Türkei ist für mich weit mehr als ein Berichtsgebiet. Sie ist das Land meiner Wurzeln. Ich wurde dort geboren und kam als einjähriges Kind nach Deutschland. Heute bin ich 57 Jahre alt. Die Türkei hat mich mein ganzes Leben begleitet – durch die Sprache, die Kultur, die Menschen und die Erinnerungen meiner Familie. Deshalb beobachte ich die Entwicklung des Landes nicht nur als Journalist, sondern auch als Mensch mit großer emotionaler Verbundenheit. Und genau deshalb macht mich die politische Entwicklung hin zu einem autokratischen System traurig.

Als Leiter der Türkisch-Redaktion der Deutschen Welle (DW) trage ich Verantwortung für ein journalistisches Angebot, das täglich Millionen Menschen in der Türkei und in der türkischsprachigen Diaspora erreicht. Vor allem aber trage ich Verantwortung für Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeit unter zunehmend schwierigen Bedingungen leisten. Dass sich die Situation für unabhängigen Journalismus in der Türkei verschlechtert hat, war für mich nie nur eine abstrakte politische Beobachtung. Besonders bewusst wurde mir das vor einigen Jahren, als ich bei einer Einreise in die Türkei gemeinsam mit meiner Familie an der Grenze neun Stunden lang festgehalten wurde. Diese Erfahrung hat mich geprägt. Nicht nur wegen der persönlichen Belastung, sondern weil sie mir deutlich vor Augen führte, wie schnell Unsicherheit und Angst entstehen können. Seitdem habe ich erlebt, wie sich die Rahmenbedingungen für unabhängigen Journalismus Schritt für Schritt weiter verschlechtert haben.

Die Deutsche Welle hat den Auftrag, Fakten zu recherchieren, unterschiedliche Perspektiven sichtbar zu machen und journalistisch unabhängig zu arbeiten. Genau das tun unsere Reporterinnen und Reporter jeden Tag. Doch die Risiken sind real. Ermittlungen, Gerichtsverfahren, Anklagen oder digitale Überwachung gehören für viele Journalistinnen und Journalisten inzwischen zur Realität ihres Berufs. Auch die Deutsche Welle ist davon betroffen. Die Sperrung unserer Angebote in der Türkei im Jahr 2022 war ein deutliches Signal dafür, wie schnell der Zugang zu unabhängigen Informationen eingeschränkt werden kann. Hinzu kommen bürokratische Hürden, Probleme bei Akkreditierungen und ein Klima, das kritische Berichterstattung immer schwieriger macht.

Am meisten beschäftigt mich jedoch die Situation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort. Einer meiner Kollegen verbrachte 92 Tage in Untersuchungshaft, bevor er bis zu seinem Gerichtstermin freigelassen wurde. Ich hatte große Angst um ihn. Gleichzeitig war mir bewusst, dass er seine journalistische Arbeit immer mit großer Professionalität ausgeübt hatte und sich der Risiken bewusst war. Seit nunmehr 32 Tagen, seit dem 13. September, ist eine weitere Mitarbeiterin meines Teams im Frauengefängnis in Ankara. Grund ist, dass sie einen LGBTI-Artikel verfasst hat und im Zuge der Verhaftungswelle gegen die LGBTI-Community mitverhaftet wurde.

Die Bedingungen in ihrer Zelle sind alles andere als erfreulich. Diese Zeit hat mich in meiner Entschlossenheit bestärkt, unabhängigen Journalismus weiterhin zu verteidigen. Trotz allem versuche ich, das Glas halb voll zu sehen. Das fällt mir angesichts der aktuellen politischen Entwicklung in der Türkei zunehmend schwer. Dennoch möchte ich die Hoffnung nicht aufgeben. Die Türkei ist ein Land mit einer starken Kultur, mit einer jungen vielversprechenden Nachwuchsgeneration und mit vielen Menschen, die nach Perspektiven für eine demokratische Zukunft suchen. Jeden Tag erleben wir bei der Deutschen Welle, wie groß das Bedürfnis nach glaubwürdigen Informationen weiterhin ist. Millionen Menschen suchen nach unabhängigen Quellen und wollen sich selbst ein Urteil bilden.

Meine größte Sorge gilt der nächsten Generation von Journalistinnen und Journalisten. Ich frage mich oft: Was denkt eine 20-jährige Journalistin, wenn sie sieht, dass ihre kritischen Fragen sie vor Gericht oder sogar ins Gefängnis bringen können? Und wie viele talentierte junge engagierte Menschen entscheiden sich deshalb gegen diesen Beruf? Das wäre nicht nur ein Verlust für den Journalismus. Es wäre ein Verlust für die gesamte Gesellschaft. Freie Medien sind kein Luxus. Sie sind eine Voraussetzung für eine offene und demokratische Gesellschaft. Deshalb werden wir bei der Deutschen Welle unseren Auftrag auch weiterhin erfüllen – unabhängig, kritisch und verantwortungsvoll. Nicht gegen die Türkei, sondern für die Menschen in der Türkei. Für ihr Recht auf freie Information, auf unterschiedliche Perspektiven und auf eine eigene Meinung.

Wenn der eigene Name zum Risiko wird

Petra Aldenrath ist Head of Chinese Service der Deutschen Welle

Wenn Mitarbeitende der Chinesischen Sprachredaktion nach China reisen, geben sie Diensthandys und -laptops ab. Ihr beruflicher E-Mail-Account sowie alle weiteren Arbeitskonten werden gesperrt. Das schützt unternehmensinterne Daten und sie selbst. Bei Kontrollen finden chinesische Behörden nichts, was zur Deutschen Welle (DW) führt. »Ich kann ihnen sogar mein Passwort geben. Dann erscheint nur eine Meldung, dass der Zugriff zurzeit nicht möglich ist«, beschreibt eine Kollegin.

Die Redaktion berichtet in chinesischer Sprache für Menschen in Taiwan, für Auslandschinesinnen und -chinesen weltweit, für Hongkonger, wo Berichterstattung aufgrund des wachsenden Drucks schwieriger wird, und für Menschen in China, wo ihre Inhalte blockiert sind.

Katz-und-Maus-Spiel mit Chinas Zensoren

Die größte Herausforderung ist, das chinesische Festland zu erreichen. Wer sich dort informiert, erhält von staatlicher Zensur gefilterte Informationen: Sowohl die Webseiten der Deutschen Welle als auch Inhalte, die die chinesische Redaktion über ihre Plattformen auf Instagram, YouTube und X anbietet, sind blockiert. Wer die Berichterstattung dennoch verfolgen möchte, nutzt einen VPN-Zugang, bis auch diese technische Umgehung von den chinesischen Behörden zensiert wird. Es ist ein ständiges Katz-und-Maus-Spiel. Auch Interviews sind schwierig. Angefragte Interviewpartnerinnen und -partner sagen oft ab und selbst viele Auslandschinesen sprechen nur anonym mit der Redaktion.

»Journalisten sollen Fragen stellen, Hintergründe recherchieren und berichten. Doch der Druck nimmt stetig zu«, erläutert ein Redakteur. In den frühen 2000er Jahren konnte er in China noch kritische Stimmen befragen, etwa aus der Untergrundkirche. Auch damals gab es Zensur, doch ließen sich noch Stimmen finden, die unbequem waren. Heute ist das anders. Er redet in seiner Heimat auch nicht mehr über seinen Beruf. Auch seine Familie weiß wenig: »So schütze ich sie.«

Die Vorsicht endet nicht beim Interview. Bis auf eine Person schreiben alle aus der Bonner Redaktion, die Familie in China haben, bei sensiblen Themen unter Pseudonym. Druck haben viele bereits gespürt. Bei einem riefen die Sicherheitsbehörden den Vater an: »Sie fragten, ob ich bereits angekommen sei.« Vor der Reise sagte er dann zu seiner Frau: »Wenn ich festgehalten werde, bleib ruhig, kümmere dich um unsere Kleine und informiere den Sicherheitsdienst der Deutschen Welle.« Selbst ein deutscher Pass schützt nicht. Als sich das Verhältnis zwischen China und Deutschland verschlechterte, wurden Visa jahrelang verweigert, was einen Familienbesuch unmöglich machte.

Nur einer der chinesischen Mitarbeiter schreibt alle Artikel unter seinem eigenen Namen. In China arbeitete Chang Ping für eine der damals kritischsten Zeitungen des Landes, die »Southern Weekly« (Nan Fang Zhou Mo). Wegen politischer Repressionen verließ er seine Heimat und arbeitet seit 2012 für die Deutsche Welle. Seine Angehörigen in China wurden so massiv unter Druck gesetzt. Der Kontakt zur Familie brach ab.

Reichweite und Hass

Die zunehmenden Spannungen zwischen China und Taiwan haben die polarisierte Region weiter gespalten. Kontroverse Themen erzielen hohe Reichweite, ziehen aber die meisten Hasskommentare nach sich. Der Redaktion wird dabei sowohl vorgeworfen, zu regierungsfreundlich als auch zu kritisch zu berichten. Während in Deutschland überwiegend Festlandchinesinnen und -chinesen arbeiten, berichtet aus dem Regionalstudio in Taipeh ein ausschließlich taiwanisches Team. Wegen der angespannten Lage in der Region wurde für Taipeh ein Sicherheitsplan entwickelt, der regelt, wie die Berichterstattung im Falle eines Angriffs weiterläuft und wie die Mitarbeitenden geschützt werden.

Journalistische Distanz zu wahren, sich von der eigenen Lebensrealität nicht beeinflussen zu lassen, keine Selbstzensur zu betreiben und faktenbasiert zu berichten, ist für das gesamte Team ein Muss. Am Ende geht es um mehr als Nachrichten aus einer politisch sensiblen Region. Es geht um den journalistischen Anspruch, weiterzufragen und weiterzuberichten – auch wenn die Zensur versucht, das zu verhindern, und der eigene Name zum Risiko wird.

Gegen die Propaganda Putins

Alexandra von Nahmen leitet bei der Deutschen Welle die Programme für Europa, die Türkei und Russland

Die Eingangstür wird gewaltsam aufgebrochen. Zehn maskierte Männer stürmen an einem frühen Morgen im Juli 2025 eine Wohnung im Süden von St. Petersburg.

Aleksej Afanasjew, Reporter der Deutschen Welle (DW), hat zu diesem Zeitpunkt Russland längst verlassen. Seine 62-jährige Mutter und seine Schwester Anastasia werden aber zu Boden gedrückt und anschließend stundenlang verhört. Die Sicherheitskräfte drohen Anastasia sogar an, ihr die Finger zu brechen, sollte sie ihr Smartphone nicht entsperren. Die Razzia wird mit Vorwürfen der Terrorismuspropaganda gegen den DW-Journalisten begründet. Er hatte zuvor darüber berichtet, wie Jugendliche in sozialen Medien für Sabotageakte in Russland rekrutiert werden.

Aleksej Afanasjew ist nicht der einzige Mitarbeiter von DW-Russisch, der ins Visier des Regimes geraten ist. Politisch motivierte Strafverfahren gegen Journalistinnen und Journalisten sowie deren Angehörige seien gängige Praxis in Russland, bestätigt die Menschenrechtsorganisation Memorial.

Bereits Anfang Februar 2022, noch vor dem Beginn der russischen Vollinvasion in der Ukraine, hatte das Außenministerium in Moskau die Schließung des dortigen DW-Büros angeordnet. Unsere Inhalte sind seitdem in Russland verboten. Inzwischen wurde die Deutsche Welle als »unerwünschte Organisation« eingestuft. So werden Einrichtungen gebrandmarkt, die von dem Regime als Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung des Landes definiert werden.

Allein das Teilen von Texten oder Videos der Deutschen Welle in sozialen Netzwerken kann nun mit einer Geldstrafe geahndet werden. Im Wiederholungsfall drohen Strafverfahren. Wer für die Deutsche Welle arbeitet, dem drohen bis zu sechs Jahre Haft. Wir raten daher unseren Mitarbeitenden von Reisen nach Russland dringend ab. In Ländern wie Kasachstan und anderen, die mit Russland kooperieren, droht Auslieferungsgefahr.

Und dennoch: Für die meisten unserer Kolleginnen und Kollegen ist Aufgeben keine Option. Das honorieren unsere User. Passiert etwas Wichtiges in Russland, steigen immer wieder unsere Abrufzahlen. Etwa, als St. Petersburg Anfang Juni mit einer massiven Drohnenattacke überzogen wurde – ausgerechnet, als das internationale Wirtschaftsforum dort stattfand.

Die Menschen in Russland wollen offenbar wissen, was wirklich passiert. Sie wollen die Bilder sehen, die ihnen die staatsnahen russischen Medien verweigern. Und: Sie wissen, wie sie unsere Inhalte finden.

Der Kreml versucht mit immer neuen Mitteln, die Bevölkerung abzuschotten. Instagram und Facebook sind offiziell nicht mehr erreichbar. Die Nutzung von WhatsApp und Telegram wird eingeschränkt. Stattdessen sollen die Russinnen und Russen zur staatlich kontrollierten App Max wechseln, die für politische Überwachung entwickelt wurde. Die meisten nutzen VPNs, virtuelle private Netzwerke, um ihren Standort zu verschleiern. Die Deutsche Welle bietet ihnen zusätzliche Tipps und Tools, um die Zensur zu umgehen, wie den Tor-Browser oder die Software Psiphon, die den Zugriff auf blockierte Inhalte ermöglicht.

Das russischsprachige Angebot zählt weiterhin zu den gefragtesten Angeboten der Deutschen Welle – mit zehn Millionen Usern wöchentlich. Die meisten von ihnen, so unsere Umfragen, leben in Russland. Inzwischen wächst aber natürlich auch die russische Diaspora in Europa. DW-Reporterinnen und Reporter haben noch immer gute Drähte nach Russland, aber im Land selbst dürfen wir nicht mehr agieren. Kollegen wie Aleksej Afanasjew arbeiten vom lettischen Riga aus. Aufmerksam monitoren sie russische soziale Kanäle ebenso wie die Staatspropaganda. Die nimmt immer stärker Deutschland ins Visier.

Gezielte Desinformation sowie Diffamierung deutscher Politikerinnen und Politiker sind inzwischen eher die Regel als die Ausnahme. Nur wenn wir schnell und präzise berichten, haben wir eine Chance, bevor sich russische Narrative festsetzen.

Aleksej Afanasjews Mutter und Schwester sind inzwischen aus Russland geflohen. Sie hoffen auf Asyl in der EU. Die Sorge um die Familie und seine eigene Zukunft als russischer Staatsbürger in Europa treibt Aleksej aber weiterhin um – wie auch andere Mitarbeitende von DW-Russisch, die mit Fakten gegen die Propaganda des Putin-Regimes kämpfen.

Im Dialog in Syrien

Jaafar Abdul Karim ist Mitglied der erweiterten Chefredaktion der Deutschen Welle und Moderator von JaafarTalk, einem interaktiven Multimedia-Format der DW

Ahlan wa sahlan fi Souriya. Herzlich willkommen in Syrien. Über 14 Jahre habe ich bei der Deutschen Welle (DW) in meiner Talkshow, die mittlerweile mehr als neun Millionen Follower in den sozialen Medien erreicht, mit sehr vielen Menschen aus dem ganzen arabischen Raum und mit Syrerinnen und Syrern diskutiert und gesprochen, die aus Syrien flüchten mussten. Im Libanon, in der Türkei, auf Lesbos oder in einem Flüchtlingsheim in Berlin. Und jetzt, nach dem Fall des syrischen Regimes, treffe ich sie in Syrien. Nach vielen Gesprächen und Begegnungen komme ich schließlich im Azim-Palast an. Ein berühmter Palast aus der osmanischen Zeit in der Altstadt von Damaskus. Er gilt als eines der prächtigsten Beispiele traditioneller damaszenischer Wohnarchitektur des 18. Jahrhunderts.

3, 2, 1 … die Aufzeichnung beginnt. Im Kreis um einen kleinen Hocker sitzen ein Sunnit, ein Alawit, ein Christ, ein Kurde und ein Druse. Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Religionen und unterschiedlicher Lebensrealitäten. Sie sprechen über die Zukunft Syriens. Jeder aus seiner eigenen Erfahrung, seiner eigenen Lebensrealität und seiner eigenen Perspektive. Und mittendrin darf ich diese Runde moderieren und das Publikum begrüßen, das heute gekommen ist, um die Deutsche-Welle-Produktion JaafarTalk zum ersten Mal in Syrien vor Ort zu erleben. Der Dialog beginnt.

Genau das ist es, was die Deutsche Welle für mich ausmacht.Wir bringen Menschen zusammen und lassen sie miteinander reden, statt übereinander zu sprechen. Wir schaffen Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher Religionen, Ethnien, politischer Überzeugungen und sozialer Hintergründe. Wir schaffen Räume, in denen Dialog möglich ist.

Aus Dialog kann Verständnis entstehen. Denn Verständnis beginnt dort, wo Menschen miteinander sprechen. Nicht übereinander. Echter Dialog. Die Voraussetzung für einen solchen Dialog ist Freiheit. Für mich ist Meinungsfreiheit ein Menschenrecht. Wenn Menschen sich frei fühlen und ihre Meinung frei äußern können, können sie auch frei atmen, frei denken, frei sein und frei lieben. Sie können ihr Leben selbst gestalten. Sie haben die Möglichkeit, sich gesellschaftlich einzubringen, politische Prozesse mitzugestalten und Verantwortung für ihre Zukunft zu übernehmen. Frei zu sein, frei journalistisch arbeiten zu können und Menschen eine freie Plattform anzubieten, beschäftigt mich, seit ich mit dem Journalismus begonnen habe. Deshalb bin ich von dem Motto der Deutschen Welle überzeugt: Freie Information für freie Entscheidungen!

Laut »Reporter ohne Grenzen« fällt in der Region Naher Osten und Nordafrika mehr als die Hälfte der Länder in die schlechteste Bewertungskategorie für Pressefreiheit. In keiner anderen Weltregion ist die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten so gefährlich. Umso wichtiger ist es, solche freien Dialogplattformen zu schaffen, auf denen Menschen zusammenkommen und diskutieren können. Gleichzeitig ist es wichtig, die Länder der arabischen Welt einzeln zu betrachten. Eigentlich kann man heute kaum von »der arabischen Welt« sprechen. Die Region umfasst viele Länder mit unterschiedlichen politischen Systemen, kulturellen Prägungen sowie gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten. Marokko ist anders als Syrien. Der Libanon ist anders als der Sudan. Jede Gesellschaft hat ihre eigene Geschichte, ihre eigenen Herausforderungen und ihre eigene Medienlandschaft. Die Region ist außerordentlich vielfältig. Während Journalistinnen und Journalisten in einigen Ländern vergleichsweise frei arbeiten können, erleben andere Zensur, politische Einschränkungen oder Sicherheitsrisiken. Deshalb betrachten wir bei JaafarTalk die Region nicht als Ganzes.

JaafarTalk ist eine multimediale, interaktive und multiperspektivische Plattform, die Menschen zusammenbringt und unterschiedliche Stimmen und Perspektiven sichtbar macht. Unsere Inhalte basieren auf regionaler Expertise, lokalem Wissen und einem tiefen Verständnis für die Menschen, über die wir berichten. Die regionale Expertise und die Beziehungen, die wir über viele Jahre aufgebaut haben, schaffen Vertrauen. Vertrauen entsteht dadurch, dass man vor Ort ist. Dass man zuhört. Dass man Menschen ernst nimmt und ihnen auf Augenhöhe begegnet.

Wenn wir verstehen wollen, was Freiheit für Menschen bedeutet, müssen wir mit ihnen sprechen und nicht über sie. Dort, wo sie leben. Dort, wo sie ihren Alltag erleben. Dort, wo ihre Geschichten entstehen. Deshalb produzieren wir direkt in der Region. In Bagdad, Amman, Beirut, Doha oder Kairo. Dort, wo Menschen leben, arbeiten, lieben, feiern und sich Sorgen machen. Dort sprechen Menschen über die Themen, die sie bewegen: politische Teilhabe, Gleichberechtigung, persönliche Freiheit, Glaubensfreiheit, Sexualität, gesellschaftliche Veränderungen oder ihre Zukunft.

Mittlerweile ist die Sonne über Damaskus untergegangen. Die Aufzeichnung geht weiter. Auch hier diskutieren die Syrerinnen und Syrer über politische Teilhabe und darüber, wie sie gemeinsam die Zukunft Syriens gestalten wollen. Ein Teilnehmer sagte: »Dass wir heute hier sitzen, Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen und Hintergründen, und miteinander einen Dialog führen, zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind.« Dann fügte er hinzu: »Wir brauchen mehr Dialog und mehr Räume für diesen Dialog.«

Genau hier beginnt unsere Aufgabe als Journalistinnen und Journalisten: solchen Gesprächen Raum zu geben und sie zu begleiten. Nicht nur für einen Moment oder für eine einzelne Sendung, sondern langfristig. Freier Journalismus ist ein wesentlicher Bestandteil jeder Demokratie. Doch Pressefreiheit, Vertrauen und gesellschaftlicher Dialog entstehen nicht durch eine einzelne Sendung. Sie brauchen Medieninstitutionen und Journalistinnen und Journalisten, die verlässlich, professionell und empathisch gegenüber den Menschen sind. Sie brauchen Menschen, die zuhören, Fragen stellen und Brücken bauen. Genau das ist es, was wir seit 14 Jahren mit DW JaafarTalk tun, und ich bin gespannt, wie Syrien sein wird, wenn wir uns nach 14 Jahren wieder in Damaskus treffen werden.

In der Muttersprache

Lena Gorelik ist Autorin und Essayistin; zuletzt erschienen »Alle meine Mütter«

Der große, braune Kasten, so breit wie die Kommode, auf der er steht. Und die Kommode, die stand auf der Datscha, in der Stube. Tat sie das? Die Erinnerung ist die unzuverlässigste Erzählerin überhaupt. Die Drehknöpfe am Kasten waren wundersam, und das Rauschen aus dem Radio in seiner Unvorhersehbarkeit vielversprechend. Meine Großmutter, die ehrfurchtsvoll mehr verkündete als sagte: »Sie haben gesendet, dass…«. Ehrfurchtsvoll, flüsternd, sie gab Geheimnisse weiter. Es wäre schön für diesen Text, wenn ich jetzt schreiben könnte, dass sie dabei die Deutsche Welle (DW) zitierte, aber die unzuverlässige Erinnerung hält das für ein unwichtiges Detail, hat die Quelle nicht gespeichert. Und meine Eltern, die ich frage, ob wir – also meine Großmutter in dem Fall – die DW gehört haben, zweifeln – vielleicht war es auch »Voice of America«; auf Russisch sagen sie das selbstverständlich. Die Erinnerung weigert sich außerdem, mir ein Datum, eine Jahreszahl dazuzugeben, auch wenn ich behaupte, es sei um den Fall der Mauer in Berlin oder um den Zusammenbruch der Sowjetunion gegangen. Historisch bedeutsam und gefährlich war es jedenfalls, weil meine Großmutter flüsterte und so ehrfurchtsvoll von dieser anonymen Autorität sprach, dass klar war: Wenn sie das senden, muss das stimmen. Sie, von dort.

Ich könnte dieselbe Geschichte auch auf Russisch erzählen, in der Sprache, die ich zuerst sprach, in der meine Großmutter »ihnen« angespannt zuhörte, was sie wohl senden würden aus dem braunen Kasten heraus. Dieselbe Geschichte hätte einen anderen Klang. Ich müsste z. B. die Ehrfurcht in ihrer andächtigen Formulierung nicht erklären, weil sie in der Sprache, die in einem autoritären Staat gesprochen und benutzt wird, eine niemals verbalisierte, aber allen bewusste Selbstverständlichkeit ist. Ich müsste das kollektive »sie« nicht näher definieren, das alle meint, die »von dort« sind. Von der anderen Seite des Eisernen Vorhangs, wo man andere Dinge weiß und für Ereignisse andere Erklärungen hat als die, welche die Partei über die sowjetischen Sender verstreut wie Vogelfutter. Die Menschen sollen es aufpicken, sie sollen, was die Partei sagt und will, schlucken. Von dort, aus der Freiheit gesendet, dachte meine Großmutter, und vermutlich spielte dabei der Unterschied zwischen Westdeutschland und den USA für sie keine Rolle. Ich müsste deshalb auf Russisch der Geschichte etwas hinzufügen, was auf Deutsch eine Selbstverständlichkeit ist: dass es einen immensen Unterschied macht, wer die Nachrichten schreibt, ob ein Sender direkt der Regierung unterstellt ist wie »Voice of America« oder eben nicht, wie die DW; dass das immer gilt, damals wie heute.

Das, was nicht in den Worten steckt, sondern zwischen ihnen, in ihrer Anordnung, ihrer Anzahl, in den Lücken, die sie lassen, in ihrer Kürze oder Länge, in den grammatikalischen Strukturen, denen sie sich beugen müssen, macht Sprache mindestens genauso aus wie der ausgesprochene Inhalt – und wenn es um Feinheiten geht, vielleicht sogar etwas mehr. Die Bedeutung hinter den Worten, die sich in eine andere Sprache meist nicht übersetzen, höchstens kompliziert und annähernd erklären lässt, kann einen erweiterten Verständnisraum erschaffen, weil sie der reinen Information etwas hinzufügt: Kontext, Emotionalität, Haltung, Hintergrund.

Texte, die von Muttersprachlerinnen für andere Muttersprachler verfasst, gesprochen und im Sprechen betont werden, Nachrichten beispielsweise, enthalten mehr als nur die sachliche Erfassung von Ereignissen. Sie erzählen mehr und erreichen damit auch mehr, man könnte vielleicht sagen, um eine Radiometapher zu überstrapazieren, auf einer anderen Frequenz, weil ihnen eine Verbindung zugrunde liegt: das gemeinsame Verständnis über die Sprache als Basis, das soziokulturelle Wissen, das sie mitbringt, das Gefühl für deren Stärken und Lücken. Wie ein Vertrauensvorschuss, der die Ohren für das Gehörte spitzt.

In einer Zeit, in der insbesondere rechtspopulistische und -radikale, reaktionäre und nationalistische Propaganda rund um den Globus in großen Mengen verstreut (und gefressen) wird, in der die Sprache instrumentalisiert wird, um Menschen glauben zu machen, dass sie besonders bedroht oder wahlweise besonders auserwählt seien, in der gleichzeitig der Irrglaube an Fake News etabliert wurde, was journalistische Arbeit als solche infrage stellt, ist Vertrauen ein großes und seltenes Gut. Der Verdacht, dass jeder Text (auch dieser?) von KI recherchiert, geleitet, wenn nicht gar geschrieben sein könnte, das Wissen, dass eine KI jedes Argument in jede erwünschte und damit beliebige Richtung wenden kann, infizieren das Lesen oder Hören von Nachrichten mit einer generellen Unsicherheit. Der Glaube scheint beinahe naiv, aber trotzdem als letzter Hoffnungsschimmer: dass hochwertiger, durchdachter, in seinen Recherchewegen und seiner Haltung transparenter Journalismus den unzähligen Desinformationen und Manipulationen etwas entgegensetzen kann.

Dazu gehören mehrsprachige Programme mit muttersprachlichen Redaktionen, die Hintergrundwissen nicht nur über die Regionen, über die sie berichten, sondern auch über die Zuhörenden, ihre Lebenswirklichkeit und damit deren Rezeption mitbringen. Die z. B. wissen, wie das Radio aussieht, aus dem ihre Sendungen ausgestrahlt werden, ob es noch ein Kasten ist und ob die Menschen das Gehörte laut oder flüsternd wiedergeben, wenn »sie« »von dort« senden.

Keine vollständige Sicherheit

Fatima Karimova ist Chefredakteurin und Mitbegründerin von Mikroskop Media, ein unabhängiges, exiliertes Medienunternehmen mit Fokus auf Aserbaidschan und den Südkaukasus

Inwieweit hat sich Ihre journalistische Arbeit verändert, seit Sie im Exil in Deutschland leben – was die von Ihnen behandelten Themen, Ihre Recherche und Ihren Zugang zu Quellen betrifft?
Mein Mitbegründer von Mikroskop Media, Javid Abdullayev, und ich leben seit fast zehn Jahren im Exil. Als wir Mikroskop Media 2018 in einer Asylunterkunft in Lettland gründeten, bevor wir schließlich nach Deutschland zogen, wussten wir, dass unsere Arbeit völlig anders aussehen würde als in Aserbaidschan. Die räumliche Distanz zum Heimatland schafft unmittelbar eine Lücke. Man kann die alltäglichen Sorgen der Menschen nicht mehr aus erster Hand erleben, nicht an Protesten teilnehmen oder Ereignisse vor Ort begleiten, bevor Verhaftungen stattfinden. Um uns an diese Situation anzupassen, haben wir unsere Arbeit fast vollständig ins Digitale verlagert. Wir beobachten staatliche, regierungsnahe und unabhängige Medien, verfolgen öffentliche Diskussionen in den sozialen Medien und stehen in ständigem Kontakt mit unseren lokalen Quellen. Unsere Arbeit besteht heute vor allem darin, offizielle Informationen zu überprüfen, Hintergrund- und Erklärstücke zu verfassen sowie Recherchen auf Grundlage öffentlich zugänglicher Quellen durchzuführen. Während der Wahlen beobachten wir z. B. Live-Übertragungen aus Wahllokalen, um Unregelmäßigkeiten unmittelbar zu dokumentieren. In einem Fall führte unsere Berichterstattung sogar dazu, dass Wahlbetrug offiziell eingeräumt und das Wahlergebnis in diesem konkreten Wahllokal für ungültig erklärt wurde.

Welche Möglichkeiten bietet Ihnen die Arbeit von Deutschland aus, und wo stoßen Sie weiterhin auf Einschränkungen oder Abhängigkeiten?
Die Arbeit von Deutschland aus ermöglicht aufgrund der institutionellen Transparenz und der Möglichkeit, Einblick in amtliche Dokumente zu erhalten, einen beispiellosen Zugang zu Informationen. Ein besonderes Privileg ist die Möglichkeit, sich für hochrangige politische Veranstaltungen zu akkreditieren, wie die Besuche des aserbaidschanischen Präsidenten Ilham Alijew in Berlin. Dadurch können wir ihm direkt Fragen stellen – eine Gelegenheit, die für die unabhängige Presse in Aserbaidschan praktisch nicht existiert. Das Exil bedeutet jedoch keine vollständige Sicherheit. Die physische Immunität vor Verhaftung in Aserbaidschan hat digitale Repressionen nicht verhindert: Unsere Website wurde gehackt, und unsere Kanäle in den sozialen Medien sind fortlaufend Cyberangriffen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Besonders problematisch ist, dass Behörden in Aufnahmeländern die Gefahr transnationaler Repression häufig unterschätzen. Viele im Exil lebende Journalistinnen und Journalisten leiden unter diesem Schatten der Angst. So haben unbekannte Personen, die sich als Polizeibeamte ausgaben, einmal unsere frühere Wohnung ins Visier genommen und unsere Tür sowie unseren Briefkasten inspiziert. Trotz einer offiziellen Anzeige bei der Polizei blieb die Untersuchung nach einem Jahr ergebnislos, sodass die Verantwortlichen nicht identifiziert werden konnten. Die größte Herausforderung bleibt die strukturelle Unterschätzung ausländischer Sicherheitsbedrohungen, die auch in Deutschland wirken.

Was ist Ihrer Meinung nach erforderlich, damit Journalistinnen und Journalisten im Exil ihre Arbeit langfristig unabhängig und professionell fortsetzen können?
Das Exil setzt das Leben einer Journalistin oder eines Journalisten von einem Tag auf den anderen praktisch auf null zurück. Anders als bei einem geplanten Karriereschritt geschieht die Flucht plötzlich, ungeordnet und oft unter erheblicher emotionaler Belastung – oft reduziert auf das, was über Nacht in einen einzigen Koffer passt. Nach der Ankunft zwingen komplexe bürokratische Systeme wie die in Deutschland die Exilsuchenden in einen reinen Überlebensmodus: eine Unterkunft sichern, die Lebenshaltungskosten decken und sich wieder ein neues berufliches und soziales Netzwerk von Grund auf aufbauen. Unabhängigen Journalismus inmitten dieser existenziellen Hürden aufrechtzuerhalten, ist eine außerordentliche Herausforderung. Hinzu kommen erhebliche Hürden bei der Integration in lokale Redaktionen. Dazu gehören Sprachbarrieren, journalistische Erfahrungen, die sich nicht ohne Weiteres auf andere Medienmärkte übertragen lassen, sowie ein oftmals begrenztes Interesse der lokalen Redaktionen an unserer Heimatregion. Um langfristig unabhängig arbeiten zu können, benötigen Exiljournalistinnen und -journalisten verlässliche institutionelle Unterstützung: nachhaltige Finanzierungsmodelle, konkrete Hilfen bei Wohnungssuche und administrativer Integration sowie einen proaktiven rechtlichen Schutz vor transnationaler Repression.

Welche Rolle spielen internationale Medienorganisationen wie die Deutsche Welle (DW) für Journalistinnen und Journalisten im Exil?
Internationale Medienhäuser wie die Deutsche Welle befinden sich in einer idealen Position, um von unserem regionalen Wissen, unseren Sprachkenntnissen und unserem journalistischen Hintergrund zu profitieren. Eine engere Zusammenarbeit mit im Exil lebenden Journalistinnen und Journalisten wäre für beide Seiten ein Gewinn. Um diese Lücke zu schließen, haben wir kürzlich gemeinsam mit mehreren im Exil lebenden Kolleginnen und Kollegen die Organisation »Exile Team« gegründet. Ziel ist es, exilierte Journalistinnen und Journalisten bei der Integration in die deutsche Medienlandschaft zu unterstützen, Kontakte zu Redaktionen zu vermitteln und ihnen zu helfen, ihre journalistische Arbeit nach dem Verlassen ihrer Heimatländer fortzusetzen. Institutionen wie die Deutsche Welle und andere deutsche Medienhäuser könnten solche Initiativen durch Partnerschaften maßgeblich stärken und dazu beitragen, dass unabhängiger Journalismus über autoritär regierte und unterdrückte Gesellschaften langfristig erhalten bleibt.

Aus dem Englischen übersetzt mit DeepL Translator und von Sophia Blochowitz redaktionell bearbeitet.

Netzwerke und Werkzeuge

Vania Pigeonutt ist Journalistin und Autorin aus Mexiko; derzeit ist sie als Projektmanagerin bei der taz Panter Stiftung tätig

Wie hat sich Ihre journalistische Arbeit verändert, seit Sie im Exil in Deutschland leben – hinsichtlich der Themen, die Sie behandeln, Ihrer Recherche und des Zugangs zu Quellen?
Seit 2010 bin ich freie Journalistin, Local Field Producer – sogenannte Fixerin –, Autorin und internationale Analystin, spezialisiert auf organisierte Kriminalität, gewaltsames Verschwinden, politische Angelegenheiten, Genderfragen und indigene Gemeinschaften in Mexiko und im Globalen Süden. Derzeit arbeite ich als Projektmanagerin bei der taz Panter Stiftung, bei der ich das Netzwerk ehemaliger Stipendiatinnen und Stipendiaten koordiniere, das die Stiftung seit ihrer Gründung 2018 aufgebaut hat: das Panternetwork.

Meine journalistische Arbeit hat sich seit 2022, als ich nach Deutschland kam – zunächst als Stipendiatin des Fellowship-Programms »Rest & Resilience« der taz Panter Stiftung –, vollständig verändert. Manchmal wurde ich eingeladen – auch von der Deutschen Welle (DW) –, an Meinungsformaten zur Beziehung zwischen Mexiko und Deutschland oder zu lokalen Problemen in Mexiko mitzuwirken. Allerdings sind die Möglichkeiten, aus dem Exil über mein Land zu berichten, begrenzt; vor allem, weil es andere Journalistinnen und Journalisten vor Ort gibt, die näher an Themen dran sind.

Durch meine direkte Verbindung zur taz hatte ich die Möglichkeit, einige längere Reportagen zu veröffentlichen, vor allem in Zusammenarbeit mit deutschen Kolleginnen und Kollegen. Außerdem habe ich als Beraterin an einigen Radiobeiträgen für die ARD mitgewirkt und zu Sonderreihen über Kriminalität beim ZDF beigetragen.

Über Deutschland schreibe ich nur wenig. Der Journalismus, den ich auch im Exil betreibe, bezieht sich weiterhin vornehmlich auf Mexiko. Aufgrund des bedauerlichen Wahlsiegs der Rechten in zwei deutschen Bundesländern habe ich vor Kurzem begonnen, für mexikanische Publikationen zu schreiben und über dieses Phänomen sowie dessen Folgen für die Migrantengemeinschaft zu berichten.

Der Zugang zu Quellen in Deutschland ist nicht einfach, besonders wenn man kein oder nur wenig Deutsch spricht. Seit diesem Jahr spreche ich glücklicherweise ein Stück fließender Deutsch. So wurde es einfacher für mich, mit Menschen in Kontakt zu kommen und die Funktionsweise der Medien noch besser zu verstehen – denn beides ist für die Mitarbeit sehr wichtig und war anfangs für mich sehr kompliziert.

Die Deutsche Welle ist einer der offeneren Räume für Zusammenarbeit, hat aber auch seine Grenzen. Seit meiner Ankunft habe ich bisher dreimal im Fernsehen mitwirken können.

Welche Möglichkeiten bietet Ihnen die Arbeit aus Deutschland, und wo stoßen Sie weiterhin auf Einschränkungen oder Abhängigkeiten?
Die Themen rund um transnationale organisierte Kriminalität und Gewaltphänomene, die ich früher abgedeckt habe, sind hier in Berlin nicht dieselben. Nicht mehr in einem Gebiet zu leben, in dem ich ständigen Bedrohungen ausgesetzt war – und in dem allein die Tatsache, eine Frau zu sein, meine Annäherung an das Terrain zu einer eigenen Bedrohung machte –, hat meine beruflichen Möglichkeiten erweitert. Ich habe Beratungsaufträge für die GIZ übernommen und Schreib-Workshops gegeben. Das verdanke ich der Tatsache, dass ich in Deutschland ansässig bin. Ich arbeite auf Englisch oder Deutsch, und das erweitert mein Verständnis der Welt.

Was braucht es Ihrer Meinung nach, damit Journalistinnen und Journalisten im Exil ihre Arbeit langfristig unabhängig und professionell fortsetzen können?
Wir brauchen mehr Netzwerke, die uns helfen, langfristig zu bestehen. Wir brauchen Werkzeuge, um in Redaktionen hineinzukommen, die selbst wirklich divers sein müssen. Wenn über unsere Länder gesprochen wird, sollten wir selbst darüber sprechen können und nicht nur europäischen Kolleginnen und Kollegen bei ihren Erklärungen begleitend zur Seite stehen. Wenn von Diversität und migrantischer Repräsentation gesprochen wird, sollte das nicht nur eine Quote sein und sonst nichts. Wir brauchen Verträge, denn davon hängt oft unser Aufenthaltsstatus ab. Wir müssen als Profis behandelt werden, nicht als Menschen, die gerade erst eine Gelegenheit suchen, um Professionalität, Erfahrung und über die Zeit erworbenes Wissen unter Beweis zu stellen.

Welche Rolle spielen internationale Medienorganisationen wie die Deutsche Welle (DW) für Journalistinnen und Journalisten im Exil?
Eine entscheidende Rolle. Organisationen, die Journalistinnen und Journalisten im Exil beschäftigen und mit ihnen zusammenarbeiten, ermöglichen es nicht nur den Journalistinnen und Journalisten oder der Redaktion im Exil, sondern auch der Bevölkerung – in diesem Fall der deutschen –, ein tiefgreifendes Verständnis der globalen geopolitischen Probleme zu erlangen. Sie tragen dazu bei, zu verdeutlichen, dass alles, was auf lokaler Ebene geschieht, weltweite Auswirkungen hat. Indem sie die Probleme der Länder auf die globale Ebene ausweiten, ermöglichen sie uns ein gemeinsames Verständnis und die Suche nach Lösungen durch den Journalismus. So können wir einen Journalismus voranbringen, der Brücken baut und nicht spaltet und polarisiert.

Unser Bild in China

Shi Ming ist deutsch-chinesischer Journalist, Publizist und freier Mitarbeiter der Deutschen Welle

2011, als auf der Hannover Messe das Konzept Industrie 4.0 formuliert wurde, erreichte das Image Deutschlands in China als ein High-Tech-Land seinen vorläufigen Höhepunkt, von dem aus genau dieses Bild langsam, aber stetig bröckelt. Mittlerweile produziert China die meisten Roboter. Die KI-Revolution im Lande lässt Deutsche neidisch fürchten, nicht Deutschland, sondern China werde demnächst ein High-Tech-Land, jenes schmeichelhafte Attribut, das Deutschland in anderen Kategorien keineswegs genossen hat – und es heute umso weniger tut. Etwa schwor während des Irak-Krieges 2003 Deutschland, seinerzeit unter Kanzler Schröder, sich nicht an dem Krieg ohne UN-Mandat zu beteiligen. Kurz nach dem Kriegsende wurde bekannt, dass der Bundesnachrichtendienst mitten in Bagdad saß und US-Bombern die Koordinaten des irakischen Verteidigungssystems durchgab. Ein Zauderer vor den USA, dem westlichen Großbruder, prägte das geopolitische Bild, das sich wiederholt bestätigte: durch Deutschlands Stimmenenthaltung in Libyen, während derweil Luftwaffen aus Frankreich und Italien eine Flugverbotszone für Gaddafis Truppen durchzusetzen versuchten; oder 2022 durch Lambrechts Versprechen, 5.000 Stahlhelme der Ukraine zu schenken gegen die russische Aggression.

So hartnäckig das kaum schmeichelhafte Bild durch die Jahrzehnte anhielt, so urplötzlich wurde es in Zweifel gezogen, gar erschüttert, als die Bundesregierung unter Olaf Scholz über Nacht eine »Zeitenwende« verkündete, unterstrichen durch ein Aufrüstungsgebot von 100 Milliarden Euro, verstärkt noch durch seinen Nachfolger, Friedrich Merz, der die Investitionen um das Drei- bis Fünffache erhöhte. Kombiniert mit den Ankündigungen des deutschen Verteidigungsministeriums seit 2018, gemäß denen die deutsche Marine zunehmend mit Kriegsschiffen durch das von China beanspruchte Südchinesische Meer, sogar durch die Taiwan-Straße, patroullieren wird. Gepaart mit Chinas mehr oder minder schillernder Unterstützung für Russland im Krieg gegen die Ukraine, mittelbar gegen Europa, drängt sich nunmehr das dritte Element des Deutschlandbildes auf: Wird der ehemalige Kriegsverlierer wider allen Beteuerungen wieder militärisch erstarken, dies vielleicht gerade dann, wenn unter Donald Trump die USA sich als Weltpolizei zurückziehen?

Gewiss ist das kein Zufall, allein zu verantworten durch die chinesische Politik. Bereits 2018 verkündete zuerst die EU ihre Indo-Pazifische Strategie, gefolgt ein Jahr später durch eine deutsche Fassung. Aufmerksam notierte China, vor allem die chinesische Wirtschaft, deren Wachstum sich seit 2012 kontinuierlich verlangsamte und ab 2016 in einen Rückgang rutschte, wie die deutsche Wirtschaft, bis dato der Hauptfürsprecher für positive bilaterale Beziehungen, ihre Engagements in China minderte und sich Indonesien und Indien zuwandte. Zuletzt beklagen sich die China-Freundlichsten, die Auto-Manager von VW und Co., wie Chinas Automobilindustrie mit einer E-Car-Strategie den Deutschen auf die Pelle rücke. Auch dies notierten Deutschland-Beobachter Chinas: Deutschland zauderte auch hier. Japan, die USA, Kanada, Großbritannien und zuletzt die französische Autoindustrie zogen sich vorher aus China zurück. Von Mercedes-Benz- und VW-Vorständen kamen immer noch Sprüche, ohne China könne die deutsche Autoindustrie nicht (gut) überleben.

Also: Würde Berlin auch in puncto Geopolitik gegen China zaudern, derweil Brüssel und Berlin ihre Beziehungen zu China auf drei Ebenen längst neu definiert haben: Partner, Wettbewerber und systemische Rivalen? Nicht ohne Grund wird seitdem das Deutschlandbild in China, vielleicht unbewusst, justiert und verteilt auf verschiedenen Plattformen. Partner in puncto Klimaschutz in Regierungserklärungen; Wettbewerber z. B. wegen Chinas industrie-strategischer Aktionen wie der Seidenstraße-Strategie, gemeldet durch Unternehmensverbände; und Rivale, vor allem auf Social Media, mit dem Blick auf Berlins Wiederaufrüstung, eskortiert durch deutsche Aktionen in Fernost – wie die Zusammenarbeit mit Japan und Südkorea, beide Chinas Rivalen vor der Haustür.

Auffällig ist, dass im Deutschlandbild die Kernwerte Deutschlands kaum Erwähnung finden: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – dies trotz Bemühungen auf der deutschen Seite, etwa durch den Auslandssender, die Deutsche Welle (DW). Im Gegenteil: Nur hin und wieder, etwa bei China-Besuchen von Annalena Baerbock 2023/2024, oder 2021 bei der Verhängung der Sanktionen durch die EU gegen China wegen der Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang, wurde der deutsche Auslandssender zitiert als Quelle des »Bösen«.

Von deutscher Ingenieurskunst zu Doppelstandards?

Boniface Mabanza Bambu ist Referent der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in der Werkstatt Ökonomie in Heidelberg

Das Afrika-Bild in Deutschland ist in den vergangenen Jahren vielfach untersucht und kritisch diskutiert worden. Weniger Aufmerksamkeit erhält die umgekehrte Frage: Wie wird Deutschland in afrikanischen Ländern wahrgenommen? Welche Vorstellungen verbinden Menschen heute mit Deutschland, und wie haben sich diese Bilder verändert? Dabei kann es selbstverständlich nicht um »das« Deutschlandbild der Region gehen. Wahrnehmungen unterscheiden sich nach Land, Generation, Bildung, politischer Orientierung und persönlichen Erfahrungen. Dennoch lassen sich einige wiederkehrende Muster erkennen.

Zwischen Technik und Entwicklungszusammenarbeit im Alter der Dekolonisierung
Traditionelle Deutschlandbilder sind erstaunlich langlebig. Deutsche Automarken, Maschinenbau, technische Leistungsfähigkeit, Qualität und Zuverlässigkeit prägen die Wahrnehmung weiterhin. Auch Vorstellungen von »deutscher Gründlichkeit« und Ordnung sind verbreitet. Für manche verbindet sich damit eine regelrechte Idealisierung Deutschlands, die mit etwa der anhaltenden Krise der Deutschen Bahn kontrastiert. Lange galt sie als Symbol für deutsche Ingenieurskunst, technische Leistungsfähigkeit und zuverlässige Infrastruktur. Persönliche Begegnungen – durch Studium, Migration, Tourismus oder berufliche Kontakte – erzeugen dagegen häufig differenziertere Bilder. Deutschland wird bzw. Deutsche werden als professionell und verlässlich, aber teilweise auch als bürokratisch, distanziert oder wenig flexibel erlebt und beschrieben.

Eine wichtige Rolle spielt weiterhin die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland gilt in vielen Ländern als wichtiger europäischer Partner in den Bereichen Bildung, Umwelt, Klima und institutionelle Zusammenarbeit. Auch im Infrastrukturbereich war Deutschland über Jahrzehnte präsent, insbesondere durch Finanzierung, technische Zusammenarbeit und Beratung. Die zunehmende Präsenz von Akteurinnen und Akteuren aus China, Indien oder der Türkei verändert jedoch diese Wahrnehmung. Große Infrastrukturprojekte und neue Formen der Finanzierung zeigen, dass afrikanischen Ländern heute mehr und unterschiedliche Partnerschaftsangebote zur Verfügung stehen. Das relativiert das traditionelle Bild Deutschlands und westlicher Länder als nahezu alternativlose Anbieter von technischer Expertise und Entwicklungszusammenarbeit. Zugleich verändert sich die Perspektive auf diese Partnerschaft. Unter dem Stichwort »African Agency« wird stärker gefragt, wer die Prioritäten bestimmt, wer über Ressourcen verfügt und wie viel Raum afrikanische Akteurinnen und Akteure für eigene Strategien erhalten. Deutschland wird daher zunehmend nicht nur danach beurteilt, was es anbietet, sondern auch, wie die Zusammenarbeit gestaltet wird.

Klima, Rohstoffe und wirtschaftliche Interessen
Deutlicher als früher wird Deutschland zudem als politischer und wirtschaftlicher Akteur mit nationalen und europäischen Interessen wahrgenommen. Das zeigt sich etwa in der Klima- und Rohstoffpolitik am Beispiel der grünen Wasserstoffprojekte in Namibia. Im Umweltbereich machte die Auseinandersetzung zwischen Botswana und Deutschland über die Einfuhr von Jagdtrophäen sichtbar, wie unterschiedlich Vorstellungen von Naturschutz sein können. Die Reaktion des damaligen Präsidenten Botswanas Mokgweetsi Masisi, der öffentlich mit der Übersendung von 20.000 Elefanten nach Deutschland drohte, wurde in Botswana auch als Reaktion auf eine Politik verstanden, die lokale Erfahrungen und Interessen nicht ausreichend berücksichtigt. Ähnliche Fragen stellen sich bei Rohstoffen und der Energiewende. Wenn Deutschland und die EU den Zugang zu kritischen Rohstoffen oder grünem Wasserstoff suchen, stellt sich aus kritischen afrikanischen Kreisen die Frage, ob daraus tatsächlich lokale Wertschöpfung und wirtschaftliche Souveränität entstehen – oder ob betroffene afrikanische Länder weiterhin vor allem als Rohstofflieferanten in globalen Wertschöpfungsketten betrachtet werden.

Koloniale Vergangenheit und politische Glaubwürdigkeit
In Namibia besitzt die deutsche Kolonialgeschichte eine besondere Bedeutung. Der Genozid an den Ovaherero und Nama und der Umgang Deutschlands mit seiner historischen Verantwortung prägen bis heute die Wahrnehmung. Dabei zeigt sich eine erhebliche Differenz zwischen deutscher Perspektive und jener der Betroffenen darauf, was Anerkennung, Entschuldigung und Versöhnung bedeuten. Auch die deutsche Außenpolitik wird zunehmend daran gemessen, wie konsequent Deutschland seine eigenen Werte anwendet. In Namibia und Südafrika ist die Solidarität mit Palästina stark ausgeprägt. Die deutsche Haltung zum Krieg in Gaza wird deshalb von Teilen der politischen und intellektuellen Öffentlichkeit als einseitig wahrgenommen. Daraus entsteht der Vorwurf von »Doppelstandards«: Deutschland trete für Menschenrechte, Demokratie und Völkerrecht ein, wende diese Prinzipien aber nicht immer mit gleicher Konsequenz an. Unabhängig davon, wie man diese Kritik bewertet, ist sie für das Deutschlandbild relevant. Sie betrifft nicht nur einzelne außenpolitische Entscheidungen, sondern die Glaubwürdigkeit des deutschen Anspruchs, werteorientierte internationale Politik zu betreiben.

Ein Deutschlandbild im geopolitischen Wandel
Schließlich verändert sich Deutschlands Stellung im Südlichen Afrika durch die zunehmende Multipolarität. Deutschland wird weiterhin als bedeutende europäische Wirtschaftsmacht und wichtiger Partner wahrgenommen. Zugleich erscheint es stärker als Teil der Europäischen Union und einer westlichen politischen Ordnung. China, die USA, Indien, Russland, Brasilien und die Golfstaaten sind ebenfalls wichtige Akteure und erweitern die Möglichkeiten afrikanischer Staaten, Partnerschaften zu diversifizieren. Damit stellt sich die Frage, welche besondere politische, wirtschaftliche und kulturelle Ausstrahlung Deutschland gegenüber anderen Partnern besitzt.

Auch Studium, Migration und persönliche Mobilität verändern das Deutschlandbild. Deutschland ist für einige aus dem Südlichen Afrika nicht mehr nur das entfernte Land der Autos, Technik und Entwicklungszusammenarbeit, sondern ein konkreter Studien-, Arbeits- und Lebensort. Erfahrungen mit Wissenschaft und Bildung können positive Bindungen schaffen; zugleich prägen Erfahrungen mit Bürokratie, Rassismus, zunehmendem Rechtsextremismus und restriktiver Migrationspolitik die Wahrnehmung.

Was wird von Deutschland erwartet?
Mit dem Wandel des Deutschlandbildes verändern sich auch die Erwartungen. Gefragt sind weiterhin Investitionen, Wissens- und Technologieaustausch, Kooperation bei Bildung und bei wirtschaftlicher und ökologischer Transformation. Gleichzeitig wächst die Erwartung einer Gestaltung gerechter Beziehungen unter Berücksichtigung asymmetrischer Kräfteverhältnisse: Afrikanische Akteurinnen und Akteure wollen nicht nur an deutschen oder europäischen Strategien beteiligt werden, sondern ihre eigenen Prioritäten und Transformationswege definieren. Von Deutschland wird erwartet, sich seiner kolonialen Verantwortung zu stellen und auch gegenüber europäischen Partnern eigenständig zu handeln. Diese Erwartung wurde insbesondere in Mali und Mosambik deutlich. Die zentrale Frage für die Zukunft lautet daher: Wie geht Deutschland mit seiner Macht – auch in internationalen Institutionen – um, und ist es bereit, Beziehungen zu afrikanischen Partnern auf der Grundlage ihrer selbstbestimmten Interessen und Zukunftsvorstellungen zu gestalten?

Projektion und Enttäuschung

Jannis Hagmann ist Journalist und leitet das deutsch-, englisch- und arabischsprachige Onlinemagazin Qantara.de

Wenn es in politischen Diskussionen im nahöstlichen Kontext in den letzten Jahren um Deutschland ging, führte an einem Thema kaum ein Weg vorbei: Palästina, genauer gesagt: an der deutschen Positionierung gegenüber Israels Krieg gegen Gaza, der als Reaktion auf den Hamas-Überfall vom 7. Oktober 2023 begann.

In Erinnerung geblieben ist mir ein Treffen mit Kolleginnen aus dem Jemen. Eigentlich sollte es um Themen wie das Empowerment von Frauen gehen. Doch als deutscher Journalist wurde ich gegen die Wand gestellt, hatte mich zu rechtfertigen, sollte etwas erklären, das aus Sicht meiner Gesprächspartnerinnen schier unerklärlich war. Das war 2024. Mittlerweile scheint in vielen Fällen ein enttäuschtes Kopfschütteln die Empörung abgelöst zu haben. Als vorsichtig und zu zögerlich, aber vor allem als einseitig pro-israelisch wurde und wird die deutsche Haltung im Nahostkonflikt wahrgenommen, nachdem Deutschland lange von einem Image als zwar wenig einflussreicher, aber doch rationaler und fairer Akteur profitiert hatte.

Wenn es um das aktuelle Bild Deutschlands im arabischen Raum geht, ist es aus meiner Sicht unerheblich, wie der Krieg in Gaza zu bewerten ist. Es wird wohl auch keine Rolle spielen, wie der Internationale Gerichtshof (IGH) irgendwann einmal – wohl nicht vor 2029 – in dem von Südafrika angestrengten Genozid-Verfahren gegen Israel urteilen wird. Denn für viele Menschen in der Region steht außer Frage, dass es sich beim Gaza-Krieg um einen Genozid handelte und dass Deutschland (und andere Staaten) Israel dabei unterstützten – eine Entwicklung, die sich aus dieser Perspektive als neuer historischer Tiefpunkt in die palästinensische Unrechtsgeschichte einfügt und an die Nakba im Zuge der Staatsgründung Israels 1948 anknüpft.

Warum gerade Deutschland?

Doch warum scheint die Enttäuschung über Deutschland größer zu sein als über andere Staaten? Aus meiner Sicht liegt dies nicht allein daran, dass die Bundesregierung mit der Zuspitzung des Krieges nur zögerlich einen Waffenstillstand forderte, weiterhin Waffenlieferungen genehmigte und bis heute keine folgenreichen Konsequenzen aus der israelischen Kriegsführung gezogen hat. Hinter der Enttäuschung stehen meines Erachtens auch besonders hohe Erwartungen an Deutschland. Die Fallhöhe war groß. Exemplarisch für diese Erwartungen zitierte eine Studie des DAAD, der GIZ und des Goethe-Instituts 2021 einen Gesprächspartner folgendermaßen: »Deutschland kann mit seinen Ideen und Werten, die sich insbesondere seit Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelt haben, leitend sein für Europa und die Welt.« Von einer Projektionsfläche ist gar die Rede.

Einen ähnlich großen Bogen zieht auch ein ägyptischer ehemaliger Diplomat in einem Beitrag für das Onlinemagazin Qantara: Deutschland habe nach 1945 wie kaum ein anderer Staat für eine friedliche Weltordnung gestanden. Die Neuausrichtung nach dem Krieg »umfasste den Aufbau eines modernen demokratischen Staates, die Pflege enger Beziehungen zu den Nachbarstaaten, die Stärkung des internationalen Rechts und der Menschenrechte (und) die Ausrichtung der Außenpolitik an humanitären Werten«.

Im Gaza-Krieg enttäuschte Deutschland diese Erwartungen. Statt sich an die Spitze einer Staatenallianz zu setzen, die das Völkerrecht verteidigt, habe Berlin genau das Gegenteil getan, schreibt der Autor weiter. »Die Regierungen gaben die Werte auf, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg hochgehalten hatte. Deutschland begann, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu dulden.«

»Wir haben gemerkt, dass das alles falsche Bilder von Deutschland waren«, erklärte mir kürzlich eine Akteurin aus der tunesischen Zivilgesellschaft, die mit deutschen Institutionen zusammengearbeitet hat und durchaus auch Positives über Deutschland zu sagen hatte. Besonders wichtig war ihr, zu erwähnen, dass gerade deutsche Akteure im Ausland universelle Werte hochhalten und immer wieder Demokratie und Freiheit beschwören. Das Thema Israel und Palästina sei im tunesischen Kontext dabei immer eher verschwiegen worden. Doch nach dem 7. Oktober hätte Deutschland sein wahres Gesicht gezeigt.

Differenziertes Bild in Umfragen

Ein Blick auf Meinungsumfragen zu Deutschland im arabischen Raum zeigt jedoch, dass sich das Bild schnell wandeln kann. Laut dem Arab Opinion Index 2025/26 wird Deutschlands Palästina-Politik in der arabischen Welt zwar weiter kritisch gesehen: 55 Prozent der Befragten bewerteten sie negativ, nur 23 Prozent positiv. Allerdings hat sich das Bild verbessert. 2023/24 hatten noch 75 Prozent Deutschlands Palästina-Politik als schlecht oder sehr schlecht bewertet. Weiter zeigen Umfragen zum Deutschlandbild, dass eine Verkürzung auf das Thema Israel/Palästina zu kurz greifen würde. So haben jüngere Entwicklungen wie der Irankrieg 2026, dem Berlin von Beginn an kritisch gegenüberstand, offenbar bereits wieder einen positiven Effekt gehabt, wie eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) nahelegt, die auf Umfragen in sieben arabischen Ländern basiert. Den Ergebnissen zufolge wird Deutschland neben Ländern wie Saudi-Arabien, Katar, den Emiraten, der Türkei und Frankreich sogar »in den meisten der befragten Ländern von einer Mehrheit positiv wahrgenommen«. Hier dürften vor allem wirtschaftliche Faktoren eine Rolle spielen. Deutschland wird in der Welt vor allem als starke Wirtschaft wahrgenommen.

Die KAS-Umfrage zeigt derweil auch große Unterschiede zwischen einzelnen Staaten der Region, die keinesfalls als homogene Einheit wahrgenommen werden sollte. So hatten laut den Umfragen, die zwischen Mai und Juli 2026 durchgeführt wurden, deutlich weniger als die Hälfte der Befragten in den palästinensischen Gebieten ein positives Deutschlandbild (38 Prozent) – im Kontrast zu Syrien, wo drei von vier Befragten (73 Prozent) Deutschland generell positiv sahen, was nicht zuletzt an der vorübergehend liberalen Migrationspolitik Deutschlands liegen dürfte.

Die deutsche Haltung gegenüber Geflüchteten im Jahr 2015 hat auch laut der tunesischen Gesprächspartnerin klar auf Deutschlands Konto eingezahlt, nicht nur in Syrien selbst: »Das haben wir in Tunesien damals sehr wertgeschätzt«, erinnert sie sich, ohne darauf angesprochen worden zu sein. »Wir dachten, Deutschland unterstützt einfach Menschen und hält universelle Werte hoch, und waren fasziniert. Wir mögen Deutschland immer noch, aber vielleicht waren unsere Erwartungen zu hoch.«

Was die Welt über uns wissen will

Mathias Stamm ist Chefredakteur der Deutschen Welle

Als Deutschland in diesem Sommer von mehreren Hitzewellen erfasst wurde, fragten sich viele, warum Klimaanlagen hier so selten sind. Dieselbe Frage stellten sich Menschen im Ausland. Unsere Texte und Videos über diesen Mangel erreichten ein Millionenpublikum in mehreren Sprachen. Kein Wunder: Das Publikum liebt Geschichten, die mit gängigen Erwartungen brechen. Von jeher stößt deshalb alles auf großes Interesse, was am makellosen Image Deutschlands als Hightech- und Effizienznation kratzt. Eine gewisse Schadenfreude an deutschen Schwächen ist nicht neu. Und doch hat sich in den vergangenen Jahren etwas grundlegend verändert.

In der weltweiten Wahrnehmung galt Deutschland lange als Vorbild. Wirtschaftliche Stärke, politische Stabilität, eine führende Rolle in technologischen Entwicklungen: Viele blickten auf dieses Land, wenn sie nach Orientierung suchten. Heute staunen sie, wie häufig die Züge hier verspätet sind. Sie erfahren, dass auch viele Deutsche Schwierigkeiten haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden oder mit der gesetzlichen Rente über die Runden zu kommen. Und sie hinterfragen deutsche Positionen auf der internationalen Bühne zunehmend kritisch.

Kurz gesagt: Deutschland erscheint heute stärker als ein Land, das mit ähnlichen Herausforderungen ringt wie viele andere Gesellschaften. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Themen wider, für die sich unser Publikum besonders interessiert: Es sind Beiträge über den wirtschaftlichen Wandel Deutschlands, seine veränderte Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik, Debatten über Identität und Migration sowie den Aufstieg populistischer Kräfte.

Gemein ist diesen Geschichten der Blick auf ein Deutschland im Wandel: ein Land, das schwierige Entscheidungen verhandelt, statt vor allem für Stabilität oder Stärke zu stehen. Dieser Trend in unseren Nutzerdaten deckt sich mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) veröffentlichte im August einen Länderbericht auf Basis einer Umfrage in sieben Ländern der MENA-Region. Im Rahmen der Befragung wurden die Einstellungen der Menschen gegenüber Deutschland und anderen EU-Staaten untersucht. Demnach wird Deutschland zwar überwiegend positiv, aber nicht als besonders einflussreich gesehen. Dort, wo es um die deutsche Außenpolitik in Bezug auf ihre Länder ging, bewerteten die Befragten diese Politik eher als interessengeleitet denn als werteorientiert. Dieser Wandel verändert die Anforderungen an unsere journalistische Arbeit in allen Sprachredaktionen. Die Aufgabe besteht darin, zu zeigen, wie Deutschland diskutiert, sich anpasst, mitunter auch scheitert. Für unser Publikum wird Berichterstattung über Deutschland relevanter, wenn sie hilft, die Komplexität dieses Landes zu verstehen.

Deshalb verfolgen Millionen Nutzende unsere Analysen dazu, wie Deutschland um seine Position in der NATO ringt – im Spannungsfeld zwischen dem Krieg in der Ukraine und den Differenzen mit den USA wegen Grönland. Auf ähnlich großes Interesse stößt unsere Berichterstattung darüber, wie sich Volkswagen, eine der bekanntesten deutschen Marken, in einem zunehmend von China dominierten Markt behaupten will.

Ähnliches gilt für die deutsche Politik und ihre Führungspersönlichkeiten. Der Bundeskanzler Deutschlands – bzw. die Bundeskanzlerin – war stets eine international bedeutende Figur. Während ihrer 16-jährigen Amtszeit verfolgten Menschen weltweit aufmerksam, was Angela Merkel sagte und tat. Heute zieht Friedrich Merz dieselbe Aufmerksamkeit auf sich. In allen unseren Sprachangeboten zählen Berichte über den Kanzler zu den meistbeachteten Deutschland-Themen. Egal, ob Außen- oder Innenpolitik: Menschen blicken auf den Kanzler, um den Kurs Deutschlands zu verstehen.

Der Unterschied zwischen Merz und seiner Vorvorgängerin Merkel steht sinnbildlich für den umfassenden Wandel Deutschlands in der Wahrnehmung eines internationalen Publikums. Angela Merkel wurde häufig mit Stabilität und Kontinuität in Verbindung gebracht. Friedrich Merz regiert dagegen, wie viele andere demokratische Staats- und Regierungschefs, in einer Zeit enormer wirtschaftlicher Probleme, politischer Umbrüche und wachsender Unterstützung für rechtsgerichtete Bewegungen. Viele Nutzende fragen sich heute, ob Deutschland auf die zunehmende politische Polarisierung eine Antwort finden kann, warum die AfD so beliebt ist und was das für die Zukunft des Landes bedeutet.

Unsere Aufgabe ist es, diese Fragen mit einer klaren, faktenbasierten Berichterstattung zu beantworten. Ebenso wichtig ist der direkte Austausch mit unserem Publikum über unsere Social-Media-Kanäle: So erfahren wir, welche Themen die Menschen bewegen und auf welche Fragen sie Antworten suchen. Das Feedback und die Anregungen helfen uns dabei, zu entscheiden, welche Themen wir aufgreifen sollten.

Dieser Dialog mit unserem Publikum ist von zentraler Bedeutung. Er hilft uns, sicherzustellen, dass unser Journalismus relevant bleibt. Und er zeigt unseren Nutzenden, dass wir zuhören. Wenn wir uns mit ihren Fragen auseinandersetzen, schaffen wir Vertrauen. Dieses Vertrauen ist essenziell, um unsere Mission zu erfüllen: Dialog zu fördern und Menschen zu unterstützen, sich auf Grundlage faktenbasierter Berichterstattung eine eigene Meinung zu bilden.

Für den Moment ist die Debatte über Klimaanlagen in Deutschland abgeebbt, ebenso wie die Hitze. Doch erfahrungsgemäß wird sie mit den Hitzewellen des nächsten Sommers zurückkehren. Dann werden wir wieder bereit sein: mit Antworten, Einordnung und Perspektiven, die unserem Publikum helfen, Deutschland besser zu verstehen.

Deutschland verständlich machen

Jochen Rosenkranz leitet die Hauptabteilung Kultur und Sport bei der Deutschen Welle

Millionen Menschen auf der Welt begegnen Deutschland zuerst über die Angebote der Deutschen Welle (DW). Das Bild, das dabei entsteht, wird nicht allein durch Nachrichten geprägt, sondern ebenso durch Kultur, Geschichte, Alltag und gesellschaftliche Debatten aus Deutschland. Die Redaktionen der Deutschen Welle berichten in mehr als 30 Sprachen aus deutscher und europäischer Perspektive. Das gilt auch, wenn Deutschland gar nicht Thema des Berichts ist, sondern wenn es etwa um geopolitische Einordnungen geht oder um regionale Informationen in einem der vielen Zielgebiete, in denen Journalistinnen und Journalisten verfolgt oder bedroht werden. Eine deutsche Perspektive bedeutet dabei keineswegs einen von politischen oder ökonomischen Interessen geleiteten Blickwinkel. Vielmehr wird das Selbstverständnis der journalistischen Angebote der Deutschen Welle von Werten geprägt, die Deutschland dank jahrhundertelanger kultureller Entwicklung ausmachen: Freiheit, Demokratie, Respekt und Gleichbehandlung. Deshalb ist Kultur für die Deutsche Welle Teil ihres publizistischen Kerns. Dementsprechend sind unsere journalistischen Kulturangebote weit mehr als Berichte über Kunst, Literatur und Musik – im Mittelpunkt stehen Werte, Bräuche, Lebensformen, Geschichte und Orte, die für unsere Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind. Dabei betrachten wir Kunst und Kultur nicht isoliert, sondern stellen immer ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft dar – in Deutschland und global.

Bei der Deutschen Welle arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus rund 140 Nationen. Viele von ihnen leben in unseren Zielgebieten, wenn das gefahrlos möglich ist. Sie ermöglichen unabhängigen Journalismus für die Menschen in ihrer Heimat. Die allermeisten sind fasziniert vom vielfältigen kulturellen Leben in Deutschland und der bewegten Geschichte unseres Landes. Und sie wissen, wie sie diese Faszination weitergeben: durch das Beleuchten von kulturellen Unterschieden und Gemeinsamkeiten, mit Kurz-Dokus über historische Verbindungen und über Deutsche, die weltweit bekannt sind. Ob Nietzsche, Kafka oder Fugger: Ihr Wirken berührt Menschen weltweit, das sehen wir an Hunderttausenden von Videoabrufen in vielen Sprachen. Die Sprachredaktionen und die Kulturredaktion arbeiten dabei oft Hand in Hand und erstellen gemeinsame Reportagen. So besuchen beispielsweise eine indische und eine deutsche Reporterin gemeinsam das Karl-Marx-Monument in Chemnitz, wo sie voneinander erfahren, wie viel Einfluss der Philosoph auf beide Länder hat. Oder unsere kolumbianische Redakteurin führt an die Berliner Mauer und erläutert dort, welchen Einfluss Teilung und Wiedervereinigung auf das Leben der Deutschen bis heute haben. Unser Erfolg liegt in der sprachlichen Vielfalt: Wir erzählen Wissenswertes über deutsche Kultur in den Sprachen unserer Nutzenden und orientiert an ihren Interessen. Wir erreichen sie über Social Media, regionale TV-Partner und die Satellitenkanäle der Deutschen Welle. Zusätzlich adressieren wir junge englischsprachige Nutzende weltweit über die Kanäle der Kulturredaktion: TV, YouTube, Instagram, TikTok. Die Community gibt uns wertvolles Feedback darüber, welche Themen wir als Nächstes in den Blick nehmen sollten.

Ganz oben auf der Wunschliste steht: Wie leben Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland und Europa? Eine Frage, die Heranwachsende bei uns oft selbst beantworten. In Videoserien zeigen Studierende ihr kulturelles Leben in Universitätsstädten, junge Gläubige bieten Einblicke in ihr religiöses Leben und Teenager nehmen unsere Kamerateams mit in ihren Alltag: Sie teilen mit den Zuschauenden ihre aufregenden Entfaltungsmöglichkeiten in München genauso wie ihre melancholische Einsamkeit auf der Insel Juist.

Die Deutsche Welle ist ein Magnet für junge Journalistinnen und Journalisten aus der ganzen Welt. Und viele junge Reporterinnen und Reporter, die neu in die Kulturredaktion kommen, leben erst seit kurzer Zeit in Deutschland. Das ist wertvoll für unsere Themenauswahl. Denn das, worüber sie sich hierzulande wundern, ist oft genau das, was die Nutzenden in den Zielgebieten an deutscher Kultur interessiert. Ihr Blick fällt auf Besonderheiten: auf 3.000 Sorten Brot, auf Frauen »oben ohne« im Schwimmbad, auf das schwierige Verhältnis vieler Deutscher zu ihrer Nationalflagge und, und, und. Diese jungen Kolleginnen und Kollegen schaffen es, den Menschen in ihren Heimatregionen in kurzen Videos auf den Kanälen der Deutschen Welle zu vermitteln, welche kulturellen Werte in Deutschland gelebt werden.

»Euromaxx« heißt die Marke der Deutschen Welle, unter der wir diese Alltagskultur in Deutschland und Europa abbilden. Die TV-Sendung wird in 18 Sprachen veröffentlicht und erreicht wöchentlich ein Millionenpublikum. Für Social Media bereitet die Redaktion die Themen plattformspezifisch auf, meistens in vertikalen Videos statt im 16:9-Format, oft nur zwei Minuten lang statt fünf. Der Erfolg lässt sich sowohl an den Nutzungsdaten als auch an der wachsenden Nachfrage internationaler Partner ablesen, die unsere Inhalte auf ihren digitalen Plattformen einsetzen möchten.

Historische Themen und Auseinandersetzungen mit deutscher Gegenwartskultur verbreiten wir über weitere Social-Media-Kanäle mit klarem Markenkern. Einer davon ist »DW Classical Music« auf YouTube, mit über 700.000 Abonnenten einer der erfolgreichsten Klassik-Kanäle aus Deutschland. Die meisten Abrufe kommen aus den USA, Japan, Brasilien, Südkorea und Mexiko. Mit diesem Angebot gelingt es uns, zwei ganz unterschiedliche Zielgruppen für das deutsche und europäische Kulturgut Klassik zu begeistern: Konzertübertragungen philharmonischer Orchester erreichen Menschen mit hohem Interesse an diesem Genre und an Kulturreisen nach Deutschland. Gleichzeitig führen wir junge YouTube-Nutzende, die bislang wenig Kontakt mit klassischer Musik hatten, spielerisch an das Genre heran: durch kurze Videos, in denen sie beispielsweise weltweit bekannte Lieder anhand eines einzigen Takts erraten können. Das Angebot findet großen Zuspruch in unseren Zielgebieten – und glücklicherweise auch bei einigen namhaften Orchestern in Deutschland, die bereitwillig die wilden Ideen unserer Klassik-Redakteurinnen und Redakteure vor der Kamera umsetzen.

Bei aller Begeisterung, deutsche Kultur in andere Länder zu tragen, darf eine kritische Auseinandersetzung nicht fehlen. Wenn wir über die Faszination und die musikalische Exzellenz der Bayreuther Festspiele berichten, setzen wir uns auch mit dem antisemitischen Denken ihres Gründers auseinander. Berichte über freie Entfaltungsmöglichkeiten in einem diversen Deutschland setzen wir in den Kontext der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, durch die Freiheiten zunehmend eingeschränkt werden. Für viele Menschen auf der Welt ist die Deutsche Welle die vertrauenswürdigste Quelle für Informationen über Deutschland. Dieses Vertrauen verpflichtet uns, ein ausgewogenes und realistisches Bild von Kultur und Leben in Deutschland und Europa zu vermitteln. Das ist eine Investition in internationales Verständnis, Vertrauen und langfristige Beziehungen. Darum ist die kulturelle Berichterstattung der Deutschen Welle auch ein Beitrag zur internationalen Strahlkraft Deutschlands.

International attraktiv?

Jörg Rocholl ist Präsident der European School of Management and Technology Berlin (ESMT Berlin)

Als Präsident der ESMT Berlin habe ich täglich die Freude, Studierende aus knapp 100 Ländern auf unserem Campus begrüßen zu können. Diese Studierenden sind eine große Bereicherung für die ESMT Berlin, aber gleichermaßen für Berlin und Deutschland, wo die Mehrzahl der Studierenden nach ihrem Abschluss eine Arbeit finden. Unsere eigenen Erhebungen zeigen, dass unsere Alumni nicht nur kurzfristig in Deutschland bleiben, sondern auch nach mehreren Jahren unseren Standort bereichern und wirtschaftlich voranbringen. Diese Menschen sind überzeugt davon, dass sie die richtige Wahl getroffen haben, in Deutschland zu studieren und ihre Arbeit aufzunehmen. Deutschland andererseits braucht diese qualifizierte Einwanderung dringend, da sie unseren Wohlstand für die nächste Generation sichert. Internationale Studierende, Forschende sowie Gründerinnen und Gründer sind dabei nicht nur Fachkräfte von morgen. Sie sind Botschafter, Brückenbauer und Teil des internationalen Innovationsökosystems Deutschlands.

Die Entscheidung für Deutschland fällt lange vor einer Bewerbung an einer Hochschule oder einem Unternehmen. Sie wird maßgeblich davon beeinflusst, welches Bild internationale Talente von Deutschland als Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationsstandort haben. Hochqualifizierte Studierende aus aller Welt haben viele Möglichkeiten – und viele Länder, in denen sie studieren können. Sie entscheiden sich häufig auf Basis der Informationen, die sie von anderen Studierenden erhalten – oder durch Berichte über andere Studierende. Ein sehr gutes Beispiel für diese Möglichkeit sind zwei Serien, in denen die Deutsche Welle (DW) internationale MBA-Studierende der ESMT Berlin porträtierte und ihre Perspektiven, Erwartungen und Erfahrungen sichtbar machte. Die Geschichten handelten nicht von Deutschland als Marke, sondern von Menschen, die sich bewusst für Deutschland als Studien-, Forschungs- und Arbeitsstandort entschieden haben. Diese Form der Berichterstattung machte sichtbar, was internationale Attraktivität tatsächlich bedeutet – in der konkreten Entscheidung für Studium und Beruf. Wer wissen will, wie Deutschland im Ausland wahrgenommen wird, sollte nicht auf Imagekampagnen schauen, sondern den Menschen zuhören, die sich für ein Studium, eine wissenschaftliche Laufbahn oder eine berufliche Zukunft hier entscheiden. Dadurch entsteht Vertrauen, das langfristig trägt. Dieses Vertrauen ist von großer Bedeutung für die internationale Sichtbarkeit der deutschen Innovationskraft. Deutschland wird international weiterhin als führender Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationsstandort wahrgenommen, aber das Image hat in den letzten Jahren gelitten. Gleichzeitig ist der globale Wettbewerb um Talente, Investitionen und Ideen intensiver geworden. Wir können das wiederkehrend ablesen an den Entscheidungen, die Studierende für verschiedene Standorte treffen. Mit mehr als 400.000 internationalen Studierenden gehört Deutschland zu den attraktivsten Studienstandorten weltweit. Indien ist mit knapp 60.000 Studierenden inzwischen das wichtigste Herkunftsland. Diese Menschen entscheiden sich bewusst zwischen den besten Hochschulen und Innovationsstandorten der Welt – im Blick auf ihre besten Zukunftsaussichten. Die Attraktivität von Ländern entscheidet sich dabei nicht allein nach wirtschaftlichen Kennzahlen, sondern daran, ob das Land als offen, leistungsfähig und vertrauenswürdig wahrgenommen wird.

Vertrauen entsteht durch verlässliche internationale Berichterstattung. Internationale Zielgruppen treffen Entscheidungen auf Grundlage verlässlicher und verifizierbarer Informationen, die auch Kritik und Widersprüche einschließen. Als unabhängiger Auslandssender erklärt die Deutsche Welle Deutschland in dieser Vielfalt. Sie berichtet über Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft und ordnet Entwicklungen für ein internationales Publikum ein. Ihre journalistische Unabhängigkeit macht die Deutsche Welle zu einer glaubwürdigen Informationsquelle – was nicht für die Auslandssender aller Länder gilt. Die beiden gemeinsamen Serien mit der ESMT Berlin illustrieren diesen Punkt. Im Mittelpunkt stehen nicht Institutionen, sondern Menschen, die Deutschland erleben, hinterfragen und sich bewusst für den Standort entschieden haben. Für einen innovationsgetriebenen Standort wie Deutschland ist dies ein Wettbewerbsvorteil. Wer internationale Talente, Forschende und Investitionen gewinnen will, muss nicht nur exzellent sein, sondern auch verständlich und glaubwürdig.

Deutschland braucht starke ausländische Partner, und Indien ist ein besonders prominentes Beispiel. Indien, das wichtigste Herkunftsland internationaler Studierender in Deutschland, ist zugleich einer der bedeutendsten Partner für Forschung, Innovation, Technologie und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Für viele junge Menschen in Indien beginnt die Beziehung zu Deutschland lange vor einer Bewerbung. Ihr Bild von Deutschland entsteht durch internationale Berichterstattung, persönliche Erfahrungen und akademische Netzwerke. Gerade deshalb ist ein realistisches Bild Deutschlands als offener, leistungsfähiger und lernender Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationsstandort von zentraler Bedeutung. Hochschulen leisten dazu ihren Beitrag. Initiativen wie »Say JA to Germany«, die die ESMT Berlin gemeinsam mit der Universität Mannheim und der WHU – Otto Beisheim School of Management gestartet hat, tragen zur Sichtbarkeit Deutschlands als Studien- und Wissenschaftsstandort bei. Die Deutsche Welle ergänzt diese Arbeit auf ihre Weise: durch unabhängigen Journalismus, der Orientierung gibt, Vertrauen schafft und internationale Verständigung ermöglicht. Die Erfahrungen internationaler Studierender zeigen, dass Vertrauen häufig mit einer Geschichte beginnt. Wer Deutschland versteht, entscheidet sich eher dafür, hier zu studieren, zu forschen, zu gründen oder langfristig wirtschaftliche Partnerschaften aufzubauen.

Innovation braucht Vertrauen, denn sie entsteht dort, wo Menschen, Ideen und Kapital Grenzen überschreiten. Dafür braucht es Vertrauen in Institutionen, in Wissenschaft, in demokratische Gesellschaften und in verlässliche Informationen. Genau darin liegt die besondere Bedeutung der Deutschen Welle. Sie erklärt Deutschland einer internationalen Öffentlichkeit und schafft die Grundlage für Vertrauen. Für einen Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationsstandort wie Deutschland ist das kein Nebenaspekt, sondern ein strategischer Wettbewerbsvorteil.

Der Zugang muss offenbleiben

Benjamin Hedžić ist Präsident des Internationalen Deutschlehrerinnen- und Deutschlehrerverbands e.V.

Warum wird Deutsch gelernt? Auf diese Frage gibt es keine einfache Antwort. Menschen lernen Deutsch, weil sie in Deutschland arbeiten möchten, weil sie wissenschaftliche Kontakte pflegen, aus familiären Gründen oder weil sie sich für Kultur und Gesellschaft interessieren. Diese Vielfalt der Motive macht deutlich: Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland ist keine Randaufgabe. Sie muss Teil der internationalen Kultur- und Bildungsbeziehungen Deutschlands sein. So ist es folgerichtig, dass die Förderung der deutschen Sprache als besonders wichtiger Teil des Programmauftrags im Deutsche-Welle-Gesetz (§ 4) festgeschrieben ist: »(…) Die Deutsche Welle (DW) fördert dabei insbesondere die deutsche Sprache«.

Sprachförderung meint die Stärkung sprachlicher Kompetenzen des Individuums, also Arbeit an Sprachverständnis und Ausdrucksfähigkeit, Wortschatz, Grammatik und Aussprache. Deutschförderung ohne Sprachunterricht ist undenkbar, aber Deutschförderung bedeutet weit mehr als Sprachunterricht. Sie dient dazu, Deutschland international attraktiv zu machen, Vertrauen aufzubauen, kulturelle Bindungen zu schaffen und langfristig politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperationen zu fördern. Viele Führungskräfte, Wissenschaftler oder Unternehmer lernten Deutsch während ihrer Ausbildung. Über Sprache werden auch Literatur, Medien, Kunst und gesellschaftliche Werte vermittelt. Sprachförderung wirkt so als Türöffner für den kulturellen Austausch.

Nun soll die DW nach Budgetkürzungen ausgerechnet an der Deutschförderung sparen, dem aus Sicht des Internationalen Verbands der Deutschlehrenden wichtigsten und wirksamsten Teil der deutschsprachigen DW-Angebote. Die DW hat eine bedeutsame Rolle als Türöffner zur deutschen Sprache, sie gilt als anerkannte Mittlerorganisation im Feld des interkulturellen Dialogs.

Laut der Aufgabenplanung der DW für die Jahre 2026 bis 2029 soll mit dieser Form der Deutschförderung nun Schluss sein. Deutschlernende in den deutschsprachigen Ländern der DACH-Region und damit auch alle Menschen im Integrationskontext seien nicht mehr von Interesse, so steht es dort. Künftig adressiere man zudem nur noch Deutschlernende in der Vorintegration mit mittlerem bis fortgeschrittenem Sprachniveau ab B1 oder B2 (sic!). Diese wolle man künftig durch journalistische Inhalte mit sprachfördernden Elementen erreichen: Das sei innovativ.

Innovativ ist das Sprachlernangebot der DW schon längst. Wer ein Smartphone und einen Internetzugang hat, kann kostenlos Deutsch lernen – unabhängig davon, ob eine Sprachschule in der Nähe ist, und ob die finanziellen Mittel für einen kostenpflichtigen Kurs vorhanden sind. Es gibt kein vergleichbares Angebot. Die Angebote der anderen Mittler erfüllen wichtige Aufgaben, sind aber kein Ersatz.

Auch die Lehrenden an den regionalen Goethe-Instituten nutzen übrigens begeistert und aus Überzeugung die DW-Deutschlernangebote für Anfänger. Nicos Weg ist zum Kult geworden – ein Sprachkurs mit Telenovela, der sich weltweit größter Beliebtheit erfreut. Die Mitglieder unseres Verbands und die Experten des Fachs Deutsch als Fremdsprache fragen sich: Wie soll ein so hochwertiges Material durch Nachrichten mit Verständnishilfen ersetzt werden und dennoch einen gleichwertigen Beitrag zur internationalen Sprachförderung leisten? Das ist nach unserer Überzeugung schlichtweg nicht möglich.

Aus meiner langjährigen Erfahrung als Verbandspräsident und Schuldirektor kenne ich die Realitäten der Deutschförderung sehr genau: Der normale Schüler, der Deutsch als zweite oder dritte Fremdsprache wählt, kommt in der Regel nicht über das Niveau A2 hinaus. Aus der Sicht der internationalen Deutschlehrkräfte ist es unerlässlich, die Zugänge zu Materialien im A-Bereich zu erhalten. Nach den Vorgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für Integrationskurse sind mindestens 600 Unterrichtseinheiten erforderlich, um B1 zu erreichen; im internationalen Schulbetrieb entspricht das in der Regel bis zu sechs Jahren Fremdsprachenunterricht. Gleichzeitig endet der Deutschunterricht an zahlreichen Schulen und Universitäten im Ausland bereits mit A2. Diese Realität des Deutschunterrichts außerhalb Deutschlands darf bei einer strategischen Neuaufstellung des DW-Angebots nicht ausgeblendet werden. Wer die A-Niveaus bei der Weiterentwicklung ausschließt, vernachlässigt diese Zielgruppe.

In der öffentlichen Kommunikation zur Neuaufstellung der DW ist von einer »Fokussierung« der Deutschlernangebote die Rede. Was soll das bedeuten? Wenn beliebte und vielgenutzte Angebote auf Anfänger-Niveau (A1, A2) nicht mehr gepflegt und weiterentwickelt werden, muss man sie bald abschalten. Wenn stattdessen vor allem journalistisch geprägte Angebote ab B1 verbleiben, dann ist die entscheidende Frage: Handelt es sich um eine Fokussierung oder um eine absichtliche und eventuell politisch unterstützte Reduzierung des Zugangs zum Deutschlernen? Es droht eine problematische Spirale: Ein reduziertes Angebot erreicht weniger Menschen. Sinkende Nutzung erhöht wiederum den Druck, noch weitere Reduzierungen vorzunehmen. »Fokussierung« sollte nicht bedeuten, den Zugang zu verengen. Deutsche Nachrichten zu erklären – das allein hat nichts mit Sprachförderung zu tun. Eine sinnvolle Weiterentwicklung sollte auf dem aufbauen, was nachweislich funktioniert: kostenlose und weltweit zugängliche A1/A2-Angebote, methodisch-didaktisch strukturierte Kurse, interaktive Übungen, Angebote für Lehrkräfte und die Verbindung von Sprache, Kultur und gesellschaftlicher Orientierung. Die DW hat über Jahre etwas geschaffen, das nicht nur erfolgreich, sondern international nicht ersetzbar ist.

Wer Fachkräfte gewinnen und Vorintegration ermöglichen möchte, darf Sprachförderung nicht erst in Deutschland und nicht nur auf dem fortgeschrittenen Niveau ab B1 möglich machen. Gerade die Lerninhalte für Anfänger ebnen den Menschen den Zugang zur deutschen Sprache und der deutschen Sprache den Zugang zu den Menschen. Sie entscheiden darüber, ob aus dem anfänglichen Interesse an Deutsch überhaupt Lernfortschritt, aus Lernfortschritt eine entsprechende Sprachkompetenz und später möglicherweise Studium, Ausbildung, Beschäftigung, gesellschaftliche Teilhabe und eine dauerhafte Bindung an Deutschland, seine Kultur und seine Werte werden kann.

Die Deutschlernangebote der DW sind Teil der kulturellen und bildungspolitischen Infrastruktur Deutschlands in der Welt. Ihr besonderer Wert liegt darin, dass sie Türen öffnen – für junge Menschen, für Lernende in Regionen ohne leicht erreichbare Sprachinstitutionen, für künftige Studierende und Fachkräfte, für Lehrkräfte und nicht zuletzt für Menschen, deren Zugang zu Bildung durch Kosten, Entfernung oder persönliche Lebensumstände begrenzt ist.

Diese Zugänglichkeit ist auch eine Frage von Bildungsgerechtigkeit und Empowerment. Eine solche Tür sollte man nicht unter dem Etikett der Fokussierung zuschlagen. Man sollte dafür sorgen, dass sie offen bleibt.

Wirtschaft weltweit

Helena Melnikov ist Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Industrie- und Handelskammer

Kürzlich hat ein US-amerikanisches Magazin die »Best Countries 2026« benannt. Untersucht wurden 100 Länder nach Faktoren wie Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftlicher Entwicklung, Gesundheit, Natur, Kultur und Tourismus. Die Schweiz liegt vorn, gefolgt von Dänemark und Schweden. Und auf Platz vier? Deutschland.

Sind Sie überrascht? Und wenn ja: warum? Bevor wir uns Gedanken über das Deutschlandbild im Ausland machen, sollten wir uns fragen, wie wir selbst auf unser Land blicken. Sind wir immer fair, wenn wir über Deutschland sprechen? Oder sind die Ansprüche besonders hoch, wenn es um die eigene Heimat geht? Als jemand, der im Ausland geboren ist, darf ich Ihnen jedenfalls versichern: Deutschland ist für viele Menschen ein Sehnsuchtsort. Daran sollten wir uns gelegentlich auch positiv erinnern.

Das Deutschlandbild ist zugleich eine strategische Ressource für unseren Wirtschaftsstandort. Ausländische Unternehmen können sich fast überall auf der Welt ansiedeln. Wir wollen, dass sie sich für Deutschland entscheiden, damit hier Arbeitsplätze entstehen, Innovationen entwickelt werden und Wertschöpfung stattfindet. Nur eine kräftige Wirtschaft kann finanzieren, was wir über Jahrzehnte aufgebaut haben: eine starke Forschung, ein leistungsfähiges Bildungssystem, eine hochentwickelte Infrastruktur, ein dichtes soziales Sicherungssystem und eine vielfältige Kulturlandschaft. Wirtschaftliche Stärke fällt allerdings nicht vom Himmel. Sie braucht Unternehmen, die investieren, Menschen, die gründen und forschen, und einen Standort, an dem Ideen Wirklichkeit werden können. Und sie braucht ein gesellschaftliches Umfeld, das Leistung wertschätzt und Unternehmerinnen und Unternehmern Vertrauen entgegenbringt.

Vielleicht würde uns deshalb eine Portion Neugier guttun: auf Unternehmen, Gründerinnen und Gründer, auf Menschen, die investieren und Verantwortung übernehmen. Gerade im Kulturbetrieb gehört der kritische, offene Blick zum Selbstverständnis. Wir sollten uns ehrlich fragen: Gilt diese Offenheit auch für unseren Blick auf die Wirtschaft oder haben wir uns in manchen Vorurteilen zu bequem eingerichtet? Denn es ist die Wirtschaftskraft, die entscheidet, wie viel sich eine Gesellschaft leisten kann. Was passiert, wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht mehr ausreicht, um all das zu finanzieren, was Politik und Gesellschaft von ihr erwarten, erleben wir im Augenblick.

Seit Jahren steckt die Wirtschaft in der Krise. Zwar erwarten die Forschungsinstitute für das laufende Jahr ein geringes Wachstum von etwas mehr als einem Prozent. Es beruht jedoch hauptsächlich auf hohen, schuldenfinanzierten Staatsausgaben und Exporten in den EU-Binnenmarkt. Die privaten Investitionen bleiben deutlich unter dem Vor-Corona-Niveau. Hohe Energiepreise, bürokratische Hürden und der Fachkräftemangel schwächen die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Fehlende Planungssicherheit und eine schwache Nachfrage führen dazu, dass Investitionen verschoben werden oder ganz ausbleiben.

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen auf über 24.000 Fälle – der höchste Stand seit 2013. Wenn Wachstum und Einnahmen ausbleiben, schrumpft der finanzielle Spielraum der öffentlichen Hand. Deutschland muss sparen. Politik muss stärker priorisieren, Ausgaben überprüfen und mitunter Leistungen zurückfahren. Das kann zu schwierigen Abwägungen und gesellschaftlichen Spannungen führen.

Die gute Nachricht: Diese Entwicklung ist nicht zwangsläufig. Wir können sie durchbrechen – in erster Linie mit ambitionierten wirtschaftspolitischen Reformen. Aber auch dadurch, wie wir unser Land nach außen präsentieren. Ausländische Investoren schauen nicht nur auf Bilanzen, sondern auch auf Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit. Medien wie die Deutsche Welle (DW) spielen dabei eine Schlüsselrolle: Indem sie unabhängig und mehrsprachig aus Deutschland berichten, zeichnen sie ein realistisches und attraktives Bild unseres Standortes.

Deutschlands Ausstrahlung muss jeden Tag aufs Neue erarbeitet werden: in Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Auslandshandelskammern, Schulen, Vereinen und Kulturinstitutionen. Und damit überall dort, wo Menschen etwas aufbauen, leisten und Verantwortung übernehmen. Deutschland hat viel zu bieten. Wir sollten uns dessen wieder bewusster werden. Und dafür sorgen, dass sich Leistung, Ideen und Investitionen auch künftig in Deutschland lohnen.

Unter der Käseglocke

Daniel Bax ist Redakteur im Regie-Ressort der taz; er hat mehrere Bücher veröffentlicht u. a. »Angst ums Abendland« über antimuslimischen Rassismus und »Die neue Lust auf links«

Die Berichterstattung über den Nahost-Konflikt hat das Vertrauen in die deutschen Medien stark beschädigt. In einer viel beachteten, repräsentativen Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des NDR, die im Jahr 2024 durchgeführt wurde, gab fast die Hälfte der Befragten an, wenig oder gar kein Vertrauen in die deutsche Berichterstattung zum Krieg in Gaza zu haben. Nur 38 Prozent der Deutschen empfanden die Berichterstattung über Israels Vorgehen als ausgewogen. Knapp jeder Dritte (31 Prozent) fand dagegen, dass deutsche Medien zu sehr Partei für Israel ergreifen würden.

Auch die Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen, in der die Nahost-Berichterstattung 2024 zum ersten Mal thematisiert wurde, kam zu ähnlichen Ergebnissen: 27 Prozent der Befragten gaben an, sie hätten bei dem Thema kein Vertrauen in deutsche Medien. In der gleichen Studie wurde auch nach einer Einschätzung der Berichterstattung deutscher Medien über den Krieg in der Ukraine gefragt. Über diese wiederum sagten 40 Prozent, sie würden ihr vertrauen – und damit deutlich mehr Menschen als den Berichten über Israel und Gaza. Das ist kein Wunder, denn das Misstrauen ist begründet. Der internationale Vergleich etwa zeigt: Ausländische Medien berichten deutlich ausführlicher und kritischer über Israels Vorgehen im Gazastreifen und der Region als deutsche. Die deutsche Debatte in Politik und Medien dagegen wirkt manchmal, als würde sich das Land unter einer Käseglocke befinden, abgeschottet vom Diskurs in anderen Ländern.

Israel verwehrt ausländischen Journalisten bis heute den Zugang zum Kriegsgebiet. Nur in Ausnahmefällen, »embedded« und in Begleitung der israelischen Armee, wird ihnen der Zutritt in bestimmte Regionen erlaubt. Deshalb müssen sie zum Teil auf Kameraleute, Journalisten und Informanten vor Ort zurückgreifen, um ein Bild der Situation zu zeichnen. Ansonsten bleibt es palästinensischen Journalisten, Reportern und Video-Bloggern vor Ort überlassen, der Außenwelt ein Bild der Lage in dem abgeschlossenen Gebiet zu vermitteln. Das ist lebensgefährlich: Laut »Committee to Protect Journalists« hat Israels Armee im Gazastreifen in den vergangenen drei Jahren über 180 Journalisten und Medienschaffende getötet. Andere Organisationen gehen von noch weit mehr Opfern aus.

Trotz dieser widrigen Umstände haben sich internationale Medien wie CNN, die New York Times, der Guardian, das Haaretz in Israel sowie der arabische TV-Sender Al Jazeera bemüht, die Realität in Gaza abzubilden, soweit ihnen dies möglich ist. Sie haben Daten analysiert oder durch investigative Recherchen enthüllt, dass die israelische Armee mit dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz eine hohe Zahl ziviler Opfer in Kauf nimmt, dass israelische Soldaten gezielt Kinder ins Visier genommen haben sollen und dass palästinensische Gefangene in israelischen Lagern systematisch gefoltert werden. Auch Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch, B'Tselem in Israel und die Vereinten Nationen haben mehrere Untersuchungen zu Kriegsverbrechen und anderen Menschenrechtsverletzungen vorgelegt. Doch in deutschen Medien erfährt man über diese Erkenntnisse oft wenig.

Untersuchungen haben gezeigt, dass sich deutsche Leitmedien in ihrer Berichterstattung stark auf offizielle Angaben der israelischen Regierung und Armee gestützt haben. Andere Quellen, wie Menschenrechtsorganisationen, Hilfsorganisationen, die Vereinten Nationen oder internationale Medien, wurden selten zitiert, arabische und palästinensische Quellen praktisch gar nicht – oder nur, um sie in Zweifel zu ziehen. So haben viele deutsche Medien die hohe Zahl der Todesopfer im Gazastreifen lange angezweifelt und stets mit dem Hinweis versehen, man könne die Angaben nicht unabhängig überprüfen, weil die Zahlen vom Gesundheitsministerium erhoben wurden, das unter der Kontrolle der Hamas stünde. Erst seit Israels Armee Anfang 2026 offiziell bestätigte, dass dort mehr als 70.000 Menschen getötet wurden, lässt man diesen Zusatz manchmal weg.

Der Medienjournalist Fabian Goldmann kam in einer quantitativen Untersuchung zu dem Ergebnis, dass sich über 43 Prozent der von ihm untersuchten, fast 5.000 Berichte und Meldungen aus deutschen Leitmedien wie Bild, Spiegel, taz, Tagesschau und Zeit zwischen Oktober 2023 und Januar 2025 schon in ihren Überschriften primär auf israelische Quellen stützten und nur fünf Prozent auf palästinensische Quellen. Dabei wurden staatliche Quellen wie die in Teilen rechtsradikale israelische Regierung, Geheimdienste oder das Militär stark bevorzugt. Unabhängige Quellen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) und das Kinderhilfswerk UNICEF wurden dagegen selten, internationale Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen, Save the Children oder Oxfam so gut wie gar nicht berücksichtigt. In der ARD-Tagesschau kamen israelische Politiker und Vertreter der Armee in diesem Zeitraum insgesamt 136-mal zu Wort. Allein Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu wurde dabei 63-mal zitiert. Palästinensische Stimmen suchte man in der Tagesschau dagegen vergeblich. Gerade einmal vier palästinensische Politiker wurden im gleichen Zeitraum befragt.

Verschärft wird dieses Ungleichgewicht durch eine entsprechende Sprache. Während der terroristische Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023, der über 1.200 Menschen in Israel das Leben kostete, häufig als »brutal«, »blutig« und »barbarisch« beschrieben wurde, blieb die Wortwahl deutscher Medien fast den ganzen Gaza-Krieg über nüchtern, technisch, aseptisch und von Euphemismen geprägt. Statt vom Einmarsch, Zerstörungen und Massakern der israelischen Armee wurde in deren Duktus häufig von »lokal begrenzten Bodenoffensiven« und »gezielten Militäroperationen« gesprochen, statt von massiven Bombardierungen von »Luftangriffen« und »Gegenschlägen«. Auffällig häufig greifen deutsche Medien auch zu Passivkonstruktionen: Palästinenser sterben oder werden getötet. Durch wen? Das bleibt offen.

Dass bei den »gezielten Militäroperationen« auf angebliche »Hamas-Ziele« unverhältnismäßig viele Zivilisten sterben, bleibt häufig unerwähnt. Das Max-Planck-Institut für demografische Forschung geht davon aus, dass im Gaza-Krieg mindestens 78.000 bis über 100.000 Menschen starben oder getötet wurden. Nach Analysen der Vereinten Nationen machten allein Frauen und Kinder rund 50 bis 70 Prozent der Opfer aus – und auch die Männer waren beileibe nicht alle Kämpfer der Hamas.

Seit der im Oktober 2025 zwischen Israel und der Hamas vereinbarten Waffenruhe kamen laut dem Gesundheitsministerium im Gazastreifen über 1.300 weitere Menschen durch israelische Angriffe ums Leben, darunter mindestens 300 Kinder. »Das entspricht im Durchschnitt einem getöteten Kind pro Tag«, rechnete das Kinderhilfswerk UNICEF im August 2026 vor. Auch das machte keine Schlagzeilen. Denn seit die Hamas ihre letzten Geiseln freigelassen hat, haben sich viele deutsche Medien vom Geschehen im Gazastreifen abgewandt. Doch der Vertrauensverlust bleibt.

Kontroverse Realitäten

Shani Rozanes ist Deutsche-Welle-Expertin für Antisemitismus, Israel und Nahost

Wenige Themen zeigen die Herausforderungen internationaler Berichterstattung so deutlich wie der israelisch-palästinensische Konflikt. Je nach Blickwinkel kann dasselbe Ereignis ganz unterschiedlich bewertet werden. Das gilt besonders für Deutschland. Das Verhältnis Deutschlands zu Israel ist durch den Holocaust und die daraus erwachsene historische Verantwortung geprägt, die nicht überall in der Welt verstanden oder geteilt wird.

Für die Deutsche Welle (DW) als internationales Medium reicht es nicht aus, Ereignisse zu beschreiben. Sie muss sie für Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen, politischen Kulturen und moralischen Bezugspunkten erklären. Das bedeutet auch, Deutschlands Haltung und seine Werte zu erklären: die Lehren aus der Vergangenheit und die aktuellen Debatten, die Deutschlands Sichtweise prägen.

Wenn von Richtlinien und Standards für die Berichterstattung über ein so emotionales und polarisierendes Thema die Rede ist, geht es um Grundsatzfragen: um moralische, historische und politische Positionen, um Verantwortung, Völkerrecht, Recht und Unrecht und letztlich um das Leben von Menschen.

Im Redaktionsalltag entstehen die intensivsten Debatten. Manchmal geht es nur um ein einziges Wort oder einen Satz. Im September 2025 ging es um diese Aussage: »Ich sage Ihnen die Wahrheit: Meine Empathiemuskeln sind am 7. Oktober gestorben. Ich habe keinen Muskel mehr, um mit den Arabern mitzufühlen. Ich habe gesehen, was sie getan haben.«

Der Mann, der diese Worte vor einer DW-Kamera sprach, stand vor den Ruinen seines Kibbuz im Süden Israels. Seine Worte richteten sich nicht nur an unsere Reporterin, sondern an ein weltweites Publikum. Er ist Überlebender und Angehöriger einer Gemeinschaft, die beim von der Hamas angeführten Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 schwer getroffen wurde. Mehr als hundert Bewohner allein in diesem Kibbuz wurden getötet, Dutzende als Geiseln verschleppt.

Nur vier Kilometer entfernt liegt Gaza. Zum Zeitpunkt des Interviews dauerte der von Israel geführte Krieg im Gazastreifen an. Nach Angaben palästinensischer Behörden waren bis dahin mehr als 65.000 Menschen getötet worden. Bilder von schwerem Hunger in Gaza prägten seit Wochen die internationale Berichterstattung. Gleichzeitig befanden sich noch immer Dutzende Israelis als Geiseln der Terrorgruppe Hamas in Tunneln.

In der Redaktion folgte sofort eine Diskussion. Sollte die Aussage im Beitrag bleiben oder gestrichen werden? Der Mann wollte nicht provozieren, doch seine Worte lösten einen intensiven Austausch aus. Wie konnte er so etwas sagen? Meinte er wirklich alle Palästinenser? Oder sprach aus ihm vor allem sein Trauma? Welche Wirkung hätte eine solche Aussage auf ein internationales Publikum? Der Satz blieb. Nicht, weil der Mann für alle Israelis sprach. Nicht, weil er besonders mutig oder außergewöhnlich offen war. Sondern weil er ein reales und dauerhaftes Gefühl ausdrückte. Dasselbe gilt für Palästinenserinnen und Palästinenser und für andere Menschen, die unmittelbar von diesem Konflikt betroffen sind.

Auch sie äußern mitunter Gedanken und Gefühle, die viele als unbequem, irritierend oder schwer auszuhalten empfinden. Journalismus darf die Wirklichkeit nicht glätten. Unsere Aufgabe ist es nicht, Menschen vor unangenehmen Wahrheiten oder Emotionen zu schützen, sondern die Informationen und den Kontext bereitzustellen, die nötig sind, um sie einzuordnen.

Die Debatte berührt eine Frage, mit der sich alle auseinandersetzen müssen, die den Nahostkonflikt erklären wollen: Wie macht man eine komplexe Realität verständlich, ohne ihre Widersprüche, Ambivalenzen und Spannungen auszublenden?

Deutschlands historische Verantwortung

Kurz nach dem Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 erklärte der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag, Deutschland kenne in diesem Moment »nur einen Platz: den Platz an der Seite Israels«. Er bekräftigte damit einen Grundsatz, der die deutsche Außenpolitik bis heute prägt: Israels Sicherheit ist Teil der deutschen Staatsräson. Der Begriff spielt in der deutschen politischen Kommunikation eine zentrale Rolle. Seine Bedeutung wird jedoch keineswegs überall gleich verstanden. Viele Menschen innerhalb und außerhalb Deutschlands fragen, was dieses Bekenntnis konkret bedeutet. Folgt daraus eine uneingeschränkte Unterstützung für jede Politik einer israelischen Regierung? Wo handelt es sich um kritische Bewertung von Regierungshandeln – und wo geht es um Ablehnung von Israel generell?

Als deutscher Auslandssender berichtet die DW über Israel, die palästinensischen Gebiete und den Nahen Osten für ein weltweites Publikum. Die Aufgabe besteht nicht nur darin, Ereignisse darzustellen. Sie besteht auch darin, sie über kulturelle und politische Grenzen hinweg verständlich und nachvollziehbar zu machen – präzise und fair.

Expertise aufbauen

Um diese Arbeit zu fördern, berät das »Advisory Team on Antisemitism, Jewish Life, Israel and the Palestinian Territories« der Chefredaktion Journalistinnen und Journalisten der DW. Das Team unterstützt Redaktionen durch Beratungen, Workshops und Austauschformate. Es begleitet Beiträge und Dokumentationen, gibt Hinweise zu Sprache, Einordnung und historischem Hintergrund, bietet Fortbildungen zu Antisemitismus und Nahostberichterstattung an und schafft Räume für die Diskussion schwieriger redaktioneller Fragen.

Im Kern geht es um zwei Herausforderungen: Vorurteile zu hinterfragen und Selbstzensur zu verhindern. Umfassender Journalismus erfordert Wachsamkeit gegenüber antisemitischen Stereotypen und anderen Formen von Diskriminierung. Gleichzeitig braucht er den Mut, auch kontroverse Realitäten abzubilden.

Unser Ziel ist es außerdem, die Diskussion zu erweitern und einen Journalismus zu fördern, der über das Tagesgeschehen hinausgeht und die menschliche Erfahrung in den Mittelpunkt stellt. Der 7. Oktober war ein Wendepunkt für die Region und für viele Menschen. Aufgabe der DW ist es auch, über jüdisches Leben und seine Vielfalt zu berichten – in Deutschland, Europa, Israel und weltweit, ebenso wie über die Nachwirkungen, die der 7. Oktober 2023 für Jüdinnen und Juden mit sich gebracht hat.

Strukturelle Hürden für Stimmen aus der Region
In der Praxis werden diese Standards immer wieder durch die Realität des Konflikts auf die Probe gestellt. Es gibt erhebliche strukturelle Hindernisse bei der Darstellung von Stimmen aus der Region.

In Gaza erschweren die Herrschaft der Hamas, die von der Europäischen Union, den USA, Deutschland und mehreren anderen Ländern als Terrororganisation eingestuft wird, sowie der Krieg die Berichterstattung erheblich. Zugleich beschränkt Israel den Zugang ausländischer Journalistinnen und Journalisten zum Gazastreifen. Die Arbeit palästinensischer Journalistinnen und Journalisten vor Ort ist deshalb unverzichtbar. Gleichzeitig stehen sie unter besonderen Zwängen und Risiken und können unter der Herrschaft der Hamas kaum frei berichten.

Auf israelischer Seite haben politische Polarisierung und eine geringere Dialogbereitschaft den Kreis der Regierungsvertreter und öffentlichen Stimmen verkleinert, die bereit sind, sich konstruktiv an internationale Zielgruppen zu wenden. So greifen internationale Medien häufig auf dieselben Politiker, Analysten und NGO-Vertreter zurück. Zu oft wird über die Menschen gesprochen, die den Konflikt erleben, statt ihnen selbst zuzuhören. Die Vielfalt ihrer Erfahrungen und Perspektiven bleibt dadurch vielfach unsichtbar.

Menschen im Krieg sprechen selten in glatten, allgemein akzeptierten Formulierungen. Ihre Erfahrungen sind von Verlust, Angst und Trauma geprägt. Guter Journalismus bedeutet nicht, solche Aussagen einfach zu übernehmen oder zu unterdrücken. Er bedeutet, sie einzuordnen. Ähnlich verhält es sich mit der Kommunikation deutscher Nahostpolitik. Die historische Verantwortung für Israel, das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels, die Sorge um die palästinensische Zivilbevölkerung, die Verpflichtung zum Völkerrecht und der Kampf gegen Antisemitismus gehören gleichermaßen zum deutschen politischen Diskurs. Keiner dieser Aspekte lässt sich isoliert betrachten.

In einer zunehmend polarisierten Welt geht es nicht darum, Widersprüche und Vielschichtigkeit aufzulösen, sondern sie verständlich zu machen. Dazu gehört auch, antisemitischen, rassistischen oder anderen diskriminierenden Deutungsmustern entgegenzutreten und zugleich unterschiedliche Perspektiven journalistisch fair und sorgfältig abzubilden. Bei kaum einem Thema zeigt sich deutlicher, warum diese Aufgabe so wichtig ist, als beim Nahostkonflikt.

Wie berichtet man über Israel?

Richard C. Schneider ist Journalist, Dokumentarfilmer und Buchautor; er war viele Jahre Leiter des ARD-Studios Tel Aviv

Die Deutsche Welle (DW) hat beim Thema Antisemitismus besondere Verantwortung. Als deutscher Auslandssender muss sie historische Verantwortung und Sensibilität mit journalistischer Unabhängigkeit verbinden. Ende 2021 wurden der DW antisemitische und israelfeindliche Äußerungen einzelner Mitarbeiter und Kooperationspartner vorgeworfen. Eine externe Untersuchung stellte Defizite beim Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus und bei der Abgrenzung von Antisemitismus und legitimer Kritik an der israelischen Politik fest. Die DW reagierte mit einem Zehn-Punkte-Plan, einem verschärften Code of Conduct sowie Kontroll- und Schulungsmaßnahmen.

Ob das ausreicht, ist allerdings fraglich. Denn antisemitische Berichterstattung entsteht nicht nur durch offene antisemitische Überzeugungen. Auch Routinen, unpräzise Begriffe, unausgewogene Quellenwahl und unreflektierte Narrative können sie begünstigen. Gerade bei Israel und Nahost gilt deshalb: Präzision ist Grundvoraussetzung. Israel ist nicht das Judentum, die israelische Regierung ist nicht Israel, und jüdische Menschen in Deutschland sind nicht für die Politik Israels verantwortlich. Nach dem 7. Oktober 2023 ist diese Trennung besonders wichtig. Werden Juden in Deutschland für Entscheidungen der Regierung Netanyahu verantwortlich gemacht, beschimpft oder angegriffen, ist das eine antisemitische Kollektivzuschreibung. Aber auch eine antisemitisch geprägte Berichterstattung gegenüber Israel kann dazu beitragen, dass Juden in Deutschland gefährdet sind. Dessen sollten sich Redaktionen bewusst sein.

Journalisten müssen präzise benennen, worüber sie berichten: über Israel als Staat, die Regierung, die Armee, über eine konkrete Operation oder eine Parlamentsentscheidung. »Die Israelis«, »die Juden« dürfen nicht als homogene Kollektive dargestellt werden. Israel ist politisch tief gespalten. Ebenso ist natürlich die Hamas nicht gleichbedeutend mit »den Palästinensern«. Beim 7. Oktober müssen die Verantwortlichkeiten der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen klar benannt werden, bei den Folgen des Gaza-Krieges muss zwischen Hamas, Islamischem Jihad, Zivilbevölkerung, Palästinensischer Autonomiebehörde und anderen Akteuren unterschieden werden.

Problematisch ist die unkommentierte Übernahme politisch oder rechtlich umstrittener Begriffe wie »Völkermord«, »Apartheid«, »ethnische Säuberung« oder »Terrorstaat«. Sie können Gegenstand der Berichterstattung sein, müssen aber als Einschätzungen kenntlich gemacht werden. Wer verwendet den Begriff, worauf basiert er und welche Gegenpositionen gibt es? Welche Begrifflichkeiten – wie etwa »Genozid in Gaza« – sind juristisch noch gar nicht festgestellt oder bestätigt worden?

Insofern muss die eigene Sprache immer und immer wieder geprüft werden. Wird bei israelischen Opfern anders formuliert als bei palästinensischen? Wird bei palästinensischen Opfern von »töten« gesprochen, bei israelischen Opfern aber nur von »gestorben« oder »ums Leben gekommen«? Solche und andere Unterschiede können subkutan und unbewusst Wertungen transportieren. Ziel ist kein künstliches Gleichgewicht, sondern Präzision. Wer hat gehandelt, was ist nachweisbar, was ist umstritten und welche Quelle behauptet was?

Die Auswahl der Gesprächspartner sollte unterschiedliche relevante Perspektiven abbilden, etwa Regierung und Opposition, Angehörige von Geiseln und Terroropfern, Menschenrechtsorganisationen, Soldaten, Zivilisten, Journalisten, Wissenschaftler und politische Vertreter jeglicher Couleur. Nicht jede Position muss gleich viel Raum erhalten, entscheidend sind Relevanz und Belegbarkeit. Aber Differenzierung muss sein, Pluralität ist wichtig, um ein möglichst vollständiges Bild einer Gesellschaft, einer politischen Situation zumindest ansatzweise zu vermitteln.Hinzu kommt, dass Auslandsredaktionen stets über Gesellschaften berichten, deren historische Erfahrungen ihnen nicht unmittelbar zugänglich sind, selbst wenn sie Ortskräfte einsetzen. Das zu wissen, gehört zum Rüstzeug eines seriösen Journalismus. Israelische Sicherheitswahrnehmungen beispielsweise dürfen und können nicht allein mit deutschen Kategorien erklärt werden. Umgekehrt darf die deutsche Holocaust-Erinnerung nicht dazu führen, die Geschichte der Palästinenser auszublenden. »Erinnerungskultur« ersetzt keine seriöse journalistische Recherche.

Die redaktionelle Kontrolle sollte vor, nicht nach der Veröffentlichung beginnen. Zu prüfen sind Quellen, unabhängige Bestätigungen, wertende oder rechtlich umstrittene Begriffe, Kollektivzuschreibungen, als Tatsachen präsentierte Behauptungen einer Konfliktpartei und fehlende Perspektiven. Manchmal reicht nicht einmal ein Vier-Augen-Prinzip aus, um versteckte Ressentiments und Wertungen zu entdecken. Wichtig ist auch zu prüfen, ob vergleichbare Maßstäbe auf andere Konflikte angewandt werden. All das ist keine Zensur, wie dies gerne behauptet wird, sondern Qualitätssicherung.

Antisemitismusbekämpfung und Kritik an der israelischen Politik dürfen dabei aber nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Redaktion kann zugleich feststellen, dass Juden in Deutschland nicht für die Politik Israels verantwortlich sind, antisemitische Verschwörungserzählungen aufs Schärfste zurückweisen und dennoch die israelische Regierungspolitik kritisieren. Eine solche Kritik wird umso glaubwürdiger, wenn sie antisemitische Tropen, Kollektivzuschreibungen oder die Delegitimierung jüdischer Selbstbestimmung ausschließt.

Für die DW als den deutschen Auslandssender bedeutet das besondere Verantwortung. Sie muss weder die israelische Regierung verteidigen noch deutsche Außenpolitik übernehmen. Sie muss aber besonders sorgfältig berichten, wenn deutsche Geschichte, jüdische Sicherheit, israelische Politik und israelisches Leid, palästinensische Politik und palästinensisches Leid und internationale Machtpolitik zusammenwirken. Glaubwürdigkeit zeigt sich daran, dass eine Redaktion ihre eigenen Annahmen überprüfen und korrigieren kann. Die Absicherung gegen antisemitische Berichterstattung ist daher keine Berichterstattung, die Israel schont, sondern eine, die niemanden schont, aber alle präzise voneinander unterscheidet. Und nicht mit doppelten Standards agiert.

Gradmesser für unsere Demokratie

Pinchas Goldschmidt ist Präsident der Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER)

Der Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 war nicht nur für Israel ein Einschnitt. Er hat auch in Deutschland und Europa vieles verändert. Der Nahostkonflikt wird seither mit einer Schärfe und Emotionalität geführt, die längst über die Außenpolitik hinausgeht. Für viele Jüdinnen und Juden ist diese Debatte Teil ihres Alltags geworden – an Universitäten und Schulen, in Kulturinstitutionen, in sozialen Netzwerken und auf der Straße. Nicht selten werden sie dabei mit der Politik der israelischen Regierung gleichgesetzt oder für Entscheidungen verantwortlich gemacht, auf die sie keinerlei Einfluss haben. Dabei sind sie genauso selbstverständliche Bürger Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens oder anderer europäischer Staaten – und eben keine Vertreter der Regierung in Jerusalem.

Darin zeigt sich ein grundlegendes Problem. In öffentlichen Debatten werden Israel, israelische Regierungspolitik und jüdisches Leben häufig vermengt. Dabei ist Israel eine pluralistische Gesellschaft mit Regierung und Opposition, religiösen und säkularen Milieus, einer aktiven Zivilgesellschaft und inneren Auseinandersetzungen über den politischen Kurs. Das Judentum ist wiederum eine Religion, Kultur und vielfältige europäische Lebenswirklichkeit. Kritik an der israelischen Politik ist legitim. Problematisch wird sie, wenn sie in die Dämonisierung Israels, die Infragestellung seines Existenzrechts oder pauschale Zuschreibungen gegenüber Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt übergeht.

Antisemitische Sprache und Bilder treten seit dem 7. Oktober offener zutage. Terror wird relativiert, Verschwörungserzählungen finden ein großes Publikum und politische Parolen verbinden sich mit antisemitischen Feindbildern. Antisemitismus lässt sich dabei keinem Lager allein zuordnen. Er offenbart sich auf vielfältige Weise: von rechts, von links, religiös oder politisch motiviert. Wer ihn bekämpfen will, muss ihn unabhängig von seiner Herkunft benennen.

Für das jüdische Leben in Europa ist diese Entwicklung besonders gefährlich. Denn nicht nur die konkrete Bedrohung nimmt zu, sondern auch das Gefühl gesellschaftlicher Zugehörigkeit gerät unter Druck. Eine Demokratie kann sich nicht damit zufriedengeben, dass jüdisches Leben hinter Sicherheitsdiensten und immer höheren Barrieren stattfindet. Jüdisches Leben darf nicht auf ein Sicherheitsproblem reduziert werden. Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit, aber sie ist nicht dasselbe wie Freiheit. Entscheidend ist, ob Jüdinnen und Juden offen, sichtbar und selbstverständlich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Deshalb muss Europa mehr tun, als gefährdete Einrichtungen abzusichern. Europa muss den Hass, die Radikalisierung und die Strukturen bekämpfen, die diese Bedrohung hervorbringen. Der Schutz jüdischen Lebens beginnt nicht erst am Eingang einer Synagoge.

Für Deutschland hat diese Aufgabe zudem eine historische Dimension. Erinnerungskultur ist und bleibt unverzichtbar, darf aber nicht in ritualisierten Gedenkformen erstarren. Sie muss erklären, welche Verantwortung sich aus der Geschichte für die Gegenwart ergibt. Gleichzeitig darf sie jüdisches Leben nicht ausschließlich über Verfolgung und Vernichtung erzählen. Jüdinnen und Juden sind Teil der europäischen Gegenwart mit vielfältigen Identitäten und Erfahrungen.

Diese Verantwortung muss sich auch im gesellschaftlichen Alltag widerspiegeln. Schulen und Hochschulen müssen kontroverse Diskussionen ermöglichen, aber deutlich machen, wo aus politischem Streit Einschüchterung, Menschenfeindlichkeit oder Terrorverherrlichung wird. Prävention muss früher ansetzen: durch politische Bildung, Begegnung und ein besseres Verständnis dafür, wie Antisemitismus funktioniert.

Zur gesellschaftlichen Verantwortung gehört jedoch nicht nur Bildung. Auch die Medien prägen entscheidend, wie der Nahostkonflikt wahrgenommen und eingeordnet wird. Die Berichterstattung über den Nahostkonflikt erfordert Genauigkeit, eine sorgfältige Quellenprüfung sowie die Bereitschaft zur Differenzierung. Es darf nicht darum gehen, zugespitzten Schlagzeilen oder politischen Narrativen vorschnell zu folgen. Ebenso wenig dürfen Angaben oder Deutungsmuster unkritisch übernommen werden, deren Herkunft, Interessenlage oder ideologischer Hintergrund unklar sind. Journalistische Qualität zeigt sich darin, Fakten, Bewertungen und ideologische Narrative zu trennen.

International agierende Medien müssen berücksichtigen, dass historische Erfahrungen und politische Deutungen in verschiedenen Gesellschaften unterschiedlich verstanden werden. Umso wichtiger sind Kontext, sprachliche Präzision und transparente Maßstäbe. Unterschiedliche Perspektiven bedeuten jedoch nicht, jede Behauptung gleich zu behandeln. Antisemitische Stereotype und die Rechtfertigung von Terror müssen klar eingeordnet werden.

Ob jüdisches Leben in Europa offen und selbstverständlich möglich bleibt, ist mehr als nur eine Frage des Minderheitenschutzes. Sie ist ein Gradmesser für die Stärke unserer Demokratien. Wenn Jüdinnen und Juden aus Sorge ihre Identität verbergen oder sich aus dem öffentlichen Raum zurückziehen, verliert Europa ein Stück Freiheit. Der Kampf gegen Antisemitismus ist deshalb eine Verantwortung der gesamten Gesellschaft.

Welche Plattform zählt?

Sebastian Katthöver ist Leiter des Audience Development Teams der Deutschen Welle

Die Nutzung journalistischer Inhalte hat weltweit einen Kipppunkt erreicht. Laut Reuters Digital News Report informieren sich Menschen inzwischen häufiger über soziale Netzwerke und Videoplattformen als über die Webseiten und Apps klassischer Nachrichtenmedien. Auch wenn Chatbots als Informationskanal an Bedeutung gewinnen, sind junge und formal gut gebildete Zielgruppen derzeit über soziale Netzwerke und Videoplattformen am verlässlichsten erreichbar. Wir können diese Plattformen nicht ignorieren, wenn wir unseren gesetzlichen Auftrag erfüllen wollen.

Die Triebfeder hinter dem Medienwandel sind die Empfehlungssysteme der großen Anbieter aus den USA und China. Sie verstärken Emotionen und verfolgen dabei ein einziges Ziel: Wir Nutzerinnen und Nutzer sollen dort möglichst viel Zeit verbringen.

Genau hier setzt die Arbeit des Audience-Development-Teams in der Deutschen Welle (DW) an. Unser Auftrag klingt schlicht, ist aber komplex: herausfinden, wer unsere potenziellen Nutzerinnen und Nutzer sind, was sie brauchen und wo sie es suchen – und dieses Wissen so aufbereiten, dass die Redaktionen damit arbeiten können. Die Grundlage sind Nutzungsdaten von allen Plattformen, Befragungen in unseren wichtigsten Zielmärkten und der Dialog mit dem Publikum: Monatlich erreichen uns mehr als vier Millionen Kommentare, die wir mit KI-Unterstützung moderieren und die in die tägliche Themenplanung einfließen. Die journalistische Verantwortung liegt dabei weiterhin in den Redaktionen. Wir liefern die Evidenz und die Beratung. Die Redaktionen wägen diese Informationen ab und setzen nach eigenem Ermessen um.

Welche Plattform zählt und welche Strategie gewählt wird, entscheidet sich regional. In Ostafrika erreicht unser Kisuaheli-Dienst Millionen über lineares Radio und wächst gleichzeitig auf YouTube. In der Türkei hat sich das Team von seiner Fernsehsendung getrennt und produziert stattdessen täglich vertikale Videos direkt aus der Redaktion. Die TikTok-Abrufe stiegen nach dem Kanalstart im Januar 2025 auf über 20 Millionen pro Monat, die auf YouTube von drei auf über 40 Millionen. Insgesamt kommt die Deutsche Welle auf rund 1,5 Milliarden Abrufe monatlich auf digitalen Plattformen. Solche Erfolge entstehen nur, wenn man den jeweiligen Markt und die Präferenzen des Publikums vor Ort genau kennt – eine globale Einheitsstrategie gibt es nicht.

Neben den großen Netzwerken gewinnen die Wege an Bedeutung, die wir selbst kontrollieren. Newsletter und Messenger bringen Menschen direkt zu dw.com, das wir zum Heimathafen für alle unsere Inhalte umbauen. Dort ist garantiert, dass ein Inhalt wirklich von der Deutschen Welle stammt. Auf der eigenen Plattform erleben uns Nutzende frei von anderen Reizen und Fehlinformationen, die nur einen Klick entfernt sind. So können wir das bereits heute große Vertrauen in die Marke Deutsche Welle sichern. Zugleich investieren wir in die Auffindbarkeit für Such- und KI-Systeme: Wir planen Themen entlang von Suchinteressen und machen unsere Seiten maschinenlesbar. Gegen den allgemeinen Trend sinkender Klickzahlen konnte dw.com seinen Zugriff dadurch leicht steigern.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass diese Strategie paradox wirkt. Um Informationen dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden, müssen wir die Ökosysteme globaler Tech-Konzerne nutzen – und uns damit deren Regeln aussetzen. Große Netzwerke reduzieren systematisch Verlinkungen auf journalistische Angebote, um Nutzerinnen und Nutzer auf den eigenen Oberflächen zu halten. Suchmaschinen werden zu Antwortmaschinen, in denen die Quelle in den Hintergrund rückt. In autoritären Staaten drohen Sperrungen und koordinierte Desinformationskampagnen. Deshalb helfen wir beim Umgehen von Zensur – und deshalb ist es gut, dass wir weiterhin über Fernsehen und Radio senden können. Wenn Mobilfunknetze abgeschaltet werden, wie es im Iran geschehen ist, macht diese analoge Rückfallebene den Unterschied.

Die Deutsche Welle kann ihren gesetzlichen Auftrag nur erfüllen, wenn sie im digitalen Raum präsent ist. In einem Netz, das von Desinformation und KI-Inhalten geflutet wird, ist geprüfter, einordnender und glaubwürdiger Journalismus das entscheidende Unterscheidungsmerkmal. Wir gehen dorthin, wo die Menschen sind, und binden sie an unsere Marke – auch und besonders in einem komplexen, digitalen Ökosystem.

Was ist noch real?

Joscha Weber ist Head of Fact-checking der Deutschen Welle

Die Wahlen in Deutschland sind sicher. Diese Überzeugung galt hierzulande seit Jahrzehnten – aber gilt sie immer noch? Zum einen: Ja, Deutschlands Wahlsystem gilt u. a. dank analoger Stimmabgabe, Vier-Augen-Prinzip und Dokumentationspflicht in den Wahllokalen oder dem Recht auf freie Wahlbeobachtung als fälschungssicher, was auch wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen. Zum anderen: Wer weiß schon genau, was vor einer Wahlentscheidung geschieht und wovon sie beeinflusst wurde?

Das Faktencheck-Team der Deutschen Welle (DW) hat Hunderte Posts mit professionell produzierten Fake-Inhalten aufgedeckt, die auf die Wahlen in Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zielten und auf den Plattformen X, Bluesky und TikTok verbreitet wurden. Darin wird den Kandidatinnen und Kandidaten aus den Parteien CDU, SPD, Die Grünen, Die Linke und FDP Ungeheuerliches unterstellt, von Korruption über Sex-Skandale bis hin zum Mord. Dabei handelt es sich nachweislich um Falschbehauptungen, die sich – getarnt als Videos von angesehenen deutschen Medien – mit zum Teil Hunderttausenden Klicks in den sozialen Medien verbreiten. Einige davon wurden mit KI-Stimmen vertont und manche blieben wochenlang online, wurden trotz Beschwerden von betroffenen Politikern bei den Plattformen nicht gelöscht. Während einige Spuren und Indizien dieser breit angelegten Desinformationskampagne namens Matrjoschka nach Russland deuten, bleibt eine Frage: Können solche Einflussversuche Wahlen tatsächlich manipulieren?

Ein perfekter Sturm droht unsere Wahrnehmung von Realität fortzuwehen

Die Antwort auf diese Frage bleibt eine Annäherung: Wissenschaftler stuften den Effekt ähnlicher früherer Einflussoperationen als gering ein und die sehr niedrigen Interaktionszahlen unter den Fake-Posts lassen erahnen, dass deren Reichweite nicht organisch ist, sondern gekauft sein könnte. Aber genau weiß man es nicht. Desinformation und ihre Auswirkungen gelten nicht nur als eines der größten Risiken weltweit, sondern auch als ein noch tiefer zu erforschendes Gebiet.

Koordinierte Desinformation, sekundenschnell erstellte KI-Fakes und einige mit Blick auf Falschinformation achselzuckende Social-Media-Plattformen haben sich zusammen zu einem perfekten Sturm entwickelt. Und dieser droht unsere Wahrnehmung von Realität fortzuwehen. Was ist noch real, wenn Social Media zur Hauptnachrichtenquelle wird und unsere Feeds dort mit Fakes, Falschinformationen und bewusster Manipulation regelrecht geflutet werden? Und was heißt das für den Journalismus?

Verifikationsfähigkeiten werden zur Daseinsberechtigung für Medien

Dass es ein Umdenken braucht. Früher galt die Faktenprüfung als ein Schritt von vielen am Ende der journalistischen Qualitätssicherung. Jetzt steht Fact-checking oft ganz am Anfang: Ist das Video überhaupt echt, das sich gerade viral verbreitet? Sind die heiß diskutierten Fotos authentisch? Und ist in dem weit verbreiteten Audio-Mitschnitt wirklich die angegebene Person zu hören oder bloß eine KI-Stimme? Um noch berichten zu können, was real ist, ist die Verifikation von Inhalten zu einer Kernaufgabe für Medienhäuser geworden, manche sagen: zu einer ihrer Daseinsberechtigungen. Sie erfordert dabei zunehmend technisches Verständnis, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Fähigkeiten im Bereich Open Source Intelligence und eine Bündelung von Kompetenzen.

Denn die Herausforderung, Fakten und Fiktion voneinander zu trennen, ist komplexer geworden. KI-generierte Inhalte werden immer authentischer, erreichen fotorealistisches Niveau und die Fehler der Anfangsjahre wie sechs Finger an einer Hand gehören längst der Vergangenheit an. Um sich diesen Aufgaben stellen zu können, arbeitet die Deutsche Welle im Bereich der Verifikation vernetzt. Faktenchecker, Sprachredaktionen, Fachredaktionen, IT-Experten, Archivare und Bildredakteure schließen sich projektweise zu direktionsübergreifenden Teams zusammen, überprüfen gemeinsam, folgen Spuren, tauschen Wissen aus und produzieren so Inhalte. Denn Desinformation funktioniert international ähnlich – und ist doch immer anders.

Desinformation folgt weltweit ähnlichen Mustern – und ist doch überall anders
Zum einen zeigen Untersuchungen globaler Organisationen und Thinktanks, dass Desinformation zwar weltweit denselben technologischen und psychologischen Mustern folgt. Beispielsweise zielen identitätsbasierte Narrative stets auf Bruchlinien einer Gesellschaft wie den Umgang mit Migration, Klimawandel oder sozialer Ungleichheit und schüren die immer gleichen Zweifel an Wahlprozessen und der Integrität demokratischer Institutionen. Dabei nutzen sie oft emotionalisierende Botschaften, Skandalisierung und KI-Technologie, zum Beispiel für Deepfakes.

Zum anderen sind die regionalen Unterschiede beachtlich. In Medienmärkten mit extrem hoher Nutzung sozialer Medien als Hauptnachrichtenquelle und einem geringeren Vertrauen in staatliche oder öffentlich-rechtliche Medien wie z. B. in einigen Ländern Lateinamerikas werden völlig frei erfundene Narrative schneller verbreitet und eher geglaubt als in Ländern mit relativ hohem Vertrauen in traditionelle Medien, wohingegen eher die Übertreibung und Verzerrung von existierenden Narrativen Desinformations-Erfolg verspricht. In politisch stark polarisierten Gesellschaften ist die Hemmschwelle für das Teilen von Falschinformation zudem niedriger, solange die Information das eigene Weltbild stützt.

Hinzu kommt das Mediennutzungsverhalten: In Medienmärkten, in denen Messengerdienste dominieren und für manche Nutzende gleichbedeutend mit dem Internet sind, kann sich Falschinformation in geschlossenen Gruppen schneller und unkontrollierter verbreiten. Und in manchen Kulturkreisen fördert eine extrem emotionalisierende Botschaft die Verbreitung, in anderen werden solche Schock-Inhalte eher mit Skepsis wahrgenommen.

Mit mehr Tools, Techniken und Fähigkeiten gegen Desinformation
Auch deshalb hat die Deutsche Welle ihre Verifikationsanstrengungen verstärkt und regionalisiert: mit neuen Faktencheck-Formatablegern unter anderem in Indonesisch, Spanisch, Chinesisch, Urdu, Portugiesisch, Rumänisch oder Ungarisch. So geht die Deutsche Welle gezielt auf regionale Narrative oder vor Ort besonders verbreitete Formen der Desinformation ein. In Brasilien beobachten wir im Zuge der Präsidentschaftswahlen einen regelrechten KI-Wahlkampf, ebenso bei den Parlamentswahlen in Israel, während Kollegen in Ungarn unter anderem polarisierende Verzerrungen und aus dem Kontext gerissene Inhalte beobachten und unsere Reporter in Taiwan über massive Einflussversuche mit pro-chinesischen Botschaften berichten.

Diese regionalen Unterschiede verlangen zum einen Lokalexpertise, Sprachkenntnisse und ein gutes Verständnis für die Themen und Narrative, die die Zielgruppe bewegen. Zum anderen braucht es eine permanente Weiterentwicklung der eigenen Verifikationsfähigkeiten. Die rasante Verbreitung von KI-generierten Fakes kann nur durch größere Anstrengungen bei deren Detektion beantwortet werden – und zwar auf technischer und menschlicher Seite. Das erfordert Investitionen in Tools, Techniken und Fähigkeiten – bei der Deutschen Welle geschieht dies beispielsweise mit einem Fact-checking-Trainingsprogramm, der Entwicklung eines KI-basierten Tools, das Journalisten bei der Geolokalisierung von Inhalten unterstützt, oder einem Verification Circle für Wissensaustausch.

All das kann nur zum Erfolg führen, wenn auch gleichzeitig die Medienkompetenzen des Publikums gefördert werden. Wie Journalisten müssen auch Nutzende lernen und verstehen, wie Desinformation sich tarnt, wie Manipulation funktioniert, wie generative KI detektiert werden kann. Nur wer Täuschungen wie die Matrjoschka-Fake-Videos erkennt, kann sich gegen Beeinflussung schützen – und erkennen, was noch real ist.

Multiple Krisen bewältigen

Carsten von Nahmen ist Managing Director der DW Akademie

Freie Medien sind ein Schutzschild für die Demokratie und fördern im besten Fall Stabilität und Sicherheit, indem sie verlässliche Information liefern und ein Forum für einen konstruktiven Dialog anbieten. In weiten Teilen der Welt sind freie Medien aber massiv unter Druck. Sie führen einen verzweifelten Abwehrkampf gegen Zensur und Repression, Bedrohung durch politische Akteure und Kriminelle, fehlende Finanzierungsmöglichkeiten und die Konkurrenz durch digitale Plattformen. Vielerorts bedeutet dies das Aus für unabhängige Medien – und damit auch das Ende des Journalismus, wie wir ihn kennen.

Die Zerstörung der Meinungs- und Medienfreiheit ist oft der erste Akt im Drehbuch der Autokraten. Wie die aktuelle Rangliste der Pressefreiheit von »Reporter ohne Grenzen« zeigt, lebt nur noch ein Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Pressefreiheit als »gut« eingestuft wird. Zum ersten Mal in der Geschichte des Index fällt mehr als die Hälfte aller Länder in die beiden schlechtesten Kategorien, »schwierig« und »sehr ernst«. Diktaturen wie Russland, China oder der Iran investieren massiv in den globalen Kampf um Narrative und Deutungshoheit. Sie haben erkannt, dass Kriege immer auch Informationskriege sind – während der Westen seine Unterstützung für freie Medien international in den letzten Jahren drastisch zurückgefahren hat.

Das ist ein Problem – für Deutschland und die Europäische Union: Denn in einer Welt, in der einstige Gewissheiten erschüttert und alte Allianzen unsicher werden, hängen unser Wohlstand und unsere Sicherheit davon ab, dass wir demokratische Entwicklungsmodelle, wirtschaftliche Stabilität und friedliche Koexistenz fördern. Dafür brauchen wir Verbündete. Zumindest, wenn man das Feld nicht den Feinden der Freiheit überlassen will.

Unabhängige Medien, die ihre Arbeit als Dienst an der Gesellschaft verstehen, sind die natürlichen Verbündeten liberaler Demokratien. Sie decken Missstände auf, setzen Fakten gegen Desinformation und ermöglichen Menschen, freie und informierte Entscheidungen zu treffen. Hier kommt die DW Akademie ins Spiel: Gemeinsam mit unseren lokalen Partnerorganisationen setzen wir uns in rund 60 Ländern für eine starke, pluralistische Medienlandschaft und einen leistungsfähigen, unabhängigen Journalismus ein. Finanziert wird die Arbeit der DW Akademie vor allem durch Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), aber auch durch Fördermittel des Auswärtigen Amtes, der Europäischen Kommission und anderer Organisationen. Drei Beispiele:

Freie Medien für den demokratischen Wiederaufbau der Ukraine
Besetzt, dann befreit, überflutet und beschossen: Cherson ist zum Sinnbild der ukrainischen Kriegswirklichkeit nach der russischen Invasion geworden. Als das russische Militär die südukrainische Stadt im März 2022 zum ersten Mal einnahm, gerieten Journalistinnen und Journalisten schnell ins Visier der Besatzer. »Sie boten ›Medienschulungen‹ an und wollten, dass wir mit ihnen zusammenarbeiten«, erinnert sich Ilona Korotitsyna, Mediendirektorin des kleinen Lokalmediums Vgoru. Wer dieses Angebot nicht annahm, sah sich mit einem Ultimatum konfrontiert: Mitmachen oder selbst zur Zielscheibe werden. Korotitsyna und ihr Team verließen Cherson und setzten ihre Arbeit aus nahegelegenen Städten fort. Mit ihrer Berichterstattung bieten sie noch heute den Menschen ihrer Region eine lokale Perspektive, die gebraucht wird, um die Realität in Cherson zu verstehen.

Die DW Akademie ist seit 30 Jahren in der Ukraine aktiv. Unsere Projekte unterstützen lokale Medien, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk Suspilne und die Modernisierung der journalistischen Ausbildung an den Universitäten des Landes. Mit dem Beginn der russischen Vollinvasion kamen 2022 neue Herausforderungen hinzu: die Sicherheit und psychische Gesundheit von Journalistinnen und Journalisten, die Abwehr von Desinformation und Cyber-Angriffen sowie die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit unabhängiger Medien.

Nach dem Assad-Regime: Chancen für unabhängigen Journalismus in Syrien
»Die Menschen in Syrien bauen nicht nur ihre zerstörten Städte und Institutionen wieder auf. Sie suchen auch nach Sinn, nach Vertrauen und nach jemandem, der ihre Geschichte erzählt«, berichtet Abeer Saady, Journalistin und Medienberaterin mit fast 30 Jahren Berufserfahrung in Konfliktgebieten. Denn die Gräueltaten des Assad-Regimes wiegen schwer: Schätzungen zufolge wurden Hunderttausende inhaftiert, gefoltert oder sind verschwunden. Der Bürgerkrieg hat laut den Vereinten Nationen mehr als 500.000 Menschenleben gekostet.

Heute stehen syrische Journalistinnen und Journalisten vor großen Herausforderungen: Die Medienlandschaft ist entlang konfessioneller und ethnischer Linien gespalten. Hass und Desinformation sind allgegenwärtig. Hinzu kommen eine ungeklärte Regulierungsarchitektur, Infrastrukturprobleme, mangelnde Qualifizierung und eine volatile Sicherheitslage. Dennoch bietet sich jetzt die historische Chance für einen freien, professionellen und pluralistischen Journalismus in Syrien. Einige staatliche Medien, früher Sprachrohr des Regimes, haben ihre redaktionellen Richtlinien überarbeitet. Medien, die im Exil gegründet wurden, versuchen, vor Ort Fuß zu fassen.

Ende 2024 nahm die DW Akademie ihre Arbeit in Syrien wieder auf. Schwerpunkte liegen auf journalistischer Qualifizierung, dem Umgang mit Desinformation und der Stärkung von Frauen in den Medien. Gemeinsam mit syrischen und internationalen Partnern konnten wir einen Dialog zur Zukunft des Journalismus im Land etablieren. Allgemein akzeptierte Standards und Strukturen für eine qualifizierte Ausbildung sollen folgen.

Medienkompetenz gegen die Macht der Plattformen
Digitale Plattformen sind sowohl Teil der Lösung als auch Teil des Problems. Die sozialen Medien haben den globalen Austausch von Informationen und Meinungen revolutioniert. Nie wurden mehr Informationen in kürzerer Zeit ausgetauscht; nie war es für Einzelne einfacher, ihre Stimme zu erheben. Menschen vernetzen sich, schaffen eine Gegenöffentlichkeit und regen lebhafte Debatten an. Digitale Medien werden aber auch genutzt, um Falschinformationen zu verbreiten, unbequeme Meinungen zu ersticken und Polarisierung zu verstärken. Hinzu kommt: Wenige Tech-Giganten aus den USA und Asien kontrollieren den weltweiten Datenverkehr und streichen einen Großteil der Werbegelder ein. Journalistische Inhalte konkurrieren mit billig produzierter Desinformation. Der Einsatz von künstlicher Intelligenz wirkt hier wie ein Brandbeschleuniger.

Gemeinsam mit lokalen Partnern schult die DW Akademie Menschen darin, sich auf digitalen Plattformen sicher zu bewegen und Inhalte kritisch zu hinterfragen. Aber wir schauen auch auf die Chancen der Digitalisierung – unter anderem, indem wir Medien bei der Entwicklung tragfähiger Geschäftsmodelle unterstützen.

Diese Beispiele zeigen: Unabhängige Medien sind entscheidend, um autokratischen Tendenzen zu begegnen und Transparenz und gute Regierungsführung zu stärken. Weltweit besteht akuter Bedarf an wirksamen Medienstrategien, um die sich gegenseitig befeuernden Krisen unserer Zeit zu bewältigen. Die Projekte der DW Akademie wirken in diesem Kontext präventiv: Wenn Menschen Zugang zu verlässlichen Informationen haben, können sie verantwortungsvolle Entscheidungen treffen. Wenn sie ihre Meinungen frei äußern können, entsteht ein offener gesellschaftlicher Diskurs – bei dem idealerweise dann auch Ansätze für Lösungen im Mittelpunkt stehen und nicht nur Probleme und Konflikte. Das stärkt Stabilität, Sicherheit und Wohlstand weltweit – und auch bei uns in Deutschland und Europa.

Mehr zum Thema:
Journalismus für Sicherheit, Stabilität und Wachstum
Bisher fehlten eindeutige Belege für den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wert von Journalismus. Eine neue Metastudie, die auch Daten aus dem Globalen Süden berücksichtigt, liefert genau das. Die Studie »The Value of Journalism« zeigt, dass Gesellschaften in vielerlei Hinsicht von unabhängigen Medien profitieren. Sie wurde von der DW Akademie, dem International Fund for Public Interest Media und der UNESCO in Auftrag gegeben. Hier einige der Ergebnisse:

Medienfreiheit fördert Wirtschaftswachstum: Ein Rückgang der Pressefreiheit geht mit einem ein bis zwei Prozent verringerten Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts einher.

Investigativer Journalismus zahlt sich aus: Jeder Dollar, der für Journalismus ausgegeben wird, kann mehr als 100 Dollar einbringen – u.a. durch Rückforderungen und weniger Korruption.

Desinformation kostet Gesellschaften schätzungsweise bis zu 500 Milliarden Dollar pro Jahr. Unabhängiger Journalismus ist eines der wirksamsten Gegenmittel.

Ein gemeinsamer Informationsschutzschild

Marie-Christine Saragosse ist Vorstandsvorsitzende von France Médias Monde

France Médias Monde, der französische Auslandsrundfunk, den ich leite, vereint drei weltweit tätige Medienangebote aus den Bereichen Fernsehen, Hörfunk und digitale Medien wie Websites, Apps, soziale Netzwerke und Plattformen: France 24 mit vier weltweit verbreiteten Fernsehprogrammen in Französisch, Englisch, Arabisch und Spanisch, RFI, Frankreichs internationales Radio in französischer Sprache und 17 weiteren Sprachen, und Monte Carlo Doualiya, ein arabischsprachiger Radiosender, der im Nahen und Mittleren Osten sendet. Die drei Einrichtungen von France Médias Monde erreichen jede Woche 278 Millionen Fernsehzuschauerinnen und Zuschauer, Hörerinnen und Hörer und Internetnutzende weltweit, verzeichnen insgesamt fast fünf Milliarden Videoaufrufe und haben 128 Millionen Follower in den sozialen Netzwerken.

Seit mehr als zehn Jahren arbeitet France Médias Monde mit seinem deutschen Pendant, der Deutschen Welle (DW), zusammen. Diese engen Beziehungen, die sich im Laufe der Zeit zwischen unseren beiden Organisationen entwickelt haben, sind in erster Linie eine Zusammenarbeit »zwischen Menschen«: Sie haben ihren Ursprung in einer echten beruflichen Verbundenheit, die ich seit meiner Amtszeit als Vorsitzende von France Médias Monde zunächst mit Peter Limbourg, dem Intendanten der Deutschen Welle von 2013 bis 2025, und heute mit seiner Nachfolgerin Barbara Massing teile. Diese Kooperationen funktionieren, weil sie von Teams getragen werden, die dieselben Werte vertreten: freie, unabhängige und unparteiische Berichterstattung vor Ort. Diesen journalistischen Auftrag erfüllen sie mit großer Leidenschaft. Angesichts hybrid geführter Kriege, bei denen der Informationskrieg eine wesentliche Rolle spielt, verfolgen France Médias Monde und die Deutsche Welle ein gemeinsames Ziel: die Verteidigung eines professionellen und unabhängigen Journalismus. Dieser ist weltweit ein seltenes Gut, da Demokratien gegenwärtig von allen Seiten angegriffen werden. Gemeinsam sind unsere beiden Sender stärker.

Seit fast zehn Jahren entwickeln wir bereits gemeinsam »Pure-Player«-Angebote, die aus europäischen Mitteln finanziert werden. Allen voran »InfoMigrants«, das 2017 in Zusammenarbeit mit der italienischen Nachrichtenagentur ANSA ins Leben gerufen wurde. Das Projekt will Menschen auf Migrationsrouten unabhängig von ihrem Aufenthaltsort mit verlässlichen Informationen versorgen. Zugleich soll es Manipulationen und Falschinformationen entgegenwirken, die insbesondere von Schleusernetzwerken verbreitet werden, und damit dazu beitragen, weitere tödliche Tragödien an den Grenzen Europas und auf europäischem Boden zu verhindern. Das Angebot wird über soziale Netzwerke, Messaging-Apps sowie über die eigene Website und App verbreitet und ist in sechs Sprachen verfügbar.

Aufbauend auf dieser erfolgreichen Erfahrung haben wir im Jahr 2021 gemeinsam ENTR ins Leben gerufen: ein ausschließlich aus Videos bestehendes Angebot, das in den sozialen Netzwerken verbreitet wird. Es richtet sich an junge Europäerinnen und Europäer und ist in zehn Sprachen verfügbar. ENTR behandelt auf interaktive und dynamische Weise alle Themen, die jungen Menschen am Herzen liegen, wie Klima, Geschlechterfragen, Wohnen, Kultur und vieles mehr. Diese beiden Angebote sind Paradebeispiele europäischer Zusammenarbeit: Die mehrsprachigen und multikulturellen Teams – die hervorragende Arbeit leisten! – sind auf Redaktionen in verschiedenen Ländern verteilt und bieten gleichwohl einzigartige Inhalte mit einer einheitlichen redaktionellen Ausrichtung.

Im März 2025 kündigte die US-Regierung die Aussetzung der Finanzierung der internationalen öffentlich-rechtlichen Medien der Vereinigten Staaten an, die unter dem Dach der »US Agency for Global Media« zusammengefasst sind. Angesichts der Schwere dieses Ereignisses, das die weltweite Medienlandschaft nachhaltig beeinflussen würde, erschien es uns wichtig, gemeinsam mit der Deutschen Welle schnelle Maßnahmen zu ergreifen. Die globale Lage ist ohnehin schon besonders herausfordernd. Demokratien werden durch Desinformationskampagnen und Manipulationen geschwächt, die unsere Gesellschaften polarisieren und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger untergraben. Wir haben daher gemeinsam einen »Informationsschutzschild« konzipiert, der darauf abzielt, die Souveränität Frankreichs, Deutschlands und Europas im Informationsbereich zu stärken.

Dass sich France Médias Monde und die Deutsche Welle für eine solche Initiative einsetzen, ist kein Zufall: Es handelt sich um die beiden internationalen mehrsprachigen öffentlich-rechtlichen Mediengruppen der Europäischen Union, die ihre Programme in 35 Sprachen anbieten und jede Woche mehr als 600 Millionen Menschen auf allen Kontinenten erreichen.

Vor allem steht dieser »Informationsschutzschild« in vollem Einklang mit dem »Europäischen Schutzschild für die Demokratie«, der zur gleichen Zeit bei der Europäischen Kommission und im Europäischen Parlament vorbereitet wurde. Uns erschien es in diesem Zusammenhang sehr wichtig zu betonen, dass es keine Demokratie ohne Informationsfreiheit und ohne das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf freie, unabhängige und qualitativ hochwertige Informationen gibt.

Konkret soll dieser »Informationsschutzschild« es unseren beiden Sendern ermöglichen, ihre Aktivitäten weiter auszubauen, um in Osteuropa sowie im Rest der Welt mit immer größerer Wirkung mehrsprachige, freie, unabhängige, unparteiische, zuverlässige und vor Ort gewonnene Informationen zu verbreiten und so Manipulationen und Desinformation aus Russland entgegenzuwirken. Dank der Unterstützung durch Frankreich und Deutschland konnten wir zügig die erforderlichen europäischen Finanzmittel sichern und setzen bereits einen ersten Teil dieses »Informationsschutzschilds« in Osteuropa und dessen Randgebieten um. Erste Ergebnisse sind die Einführung neuer Angebote: Zunächst wurde im Mai RFI auf Armenisch gestartet und Anfang August ging die Deutsche Welle auf Georgisch an den Start. Das Projekt sieht auch die Stärkung bestehender Angebote vor, insbesondere derjenigen in russischer, rumänischer und ukrainischer Sprache. Darüber hinaus arbeiten wir an der Einrichtung einer bereichsübergreifenden und mehrsprachigen Rechercheeinheit, die sich mit Strategien der Einmischung und Desinformation in Mittel- und Osteuropa sowie in Zentralasien befasst.

Um diese Projekte erfolgreich umzusetzen, haben wir gemeinsam mit der Deutschen Welle Kontakt die Zusammenarbeit mit dem polnischen öffentlich-rechtlichen Fernsehen intensiviert. TVP World, der internationale Zweig des polnischen Senders, ist ebenfalls an dem »Informationsschutzschild« beteiligt.

Über diese ersten Schritte hinaus ist der »Informationsschutzschild« als weltweites Projekt konzipiert. Ziel ist es, ihn auf andere wichtige strategische Regionen wie Afrika und die arabische Welt auszuweiten. Schließlich finden die Versuche, die europäischen Demokratien und die EU zu destabilisieren, nicht nur auf europäischem Gebiet statt. Dafür ist es entscheidend, dass eine nachhaltige und verstärkte Finanzierung durch die Europäische Union im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen sichergestellt ist.

Aus dem Französischen übersetzt mit DeepL Translator und von Sophia Blochowitz redaktionell bearbeitet.

Journalismus muss KI gestalten

Simon Uhl ist Chief AI Officer der Deutschen Welle

Über Künstliche Intelligenz (KI) im Journalismus spricht man am liebsten als Effizienzmaschine: schnellere Textproduktion, billigere Übersetzungen, mehr Videos, mehr Plattformen. Das alles stimmt. Aber es ist nicht der Kern.

Der Kern ist vielmehr: Wenn Maschinen in Sekunden Texte, Bilder, Stimmen und ganze Nachrichtenseiten erzeugen, wird nicht Inhalt knapp. Knapp werden Vertrauen, Orientierung, überprüfbare Herkunft. Genau dort liegt die Aufgabe des Journalismus – und dort setzt auch die Deutsche Welle (DW) ihren Maßstab.

Die Deutsche Welle erreicht Menschen, die oft keinen Zugang zu freier, verlässlicher Information haben. Ihr Journalismus konkurriert dort nicht nur mit anderen Nachrichtenangeboten, sondern mit Propaganda, Zensur, Desinformation und der Erschöpfung der Nutzer. Wer wissen will, was stimmt, muss zuerst klären, wem zu trauen ist.

KI verschärft dieses Problem: Sie erzeugt massenhaft Falschinformationen, verpackt alte Gerüchte neu, manipuliert Videos, imitiert Stimmen, liefert plausible, simple Antworten ohne erkennbare Herkunft. Zugleich hilft sie bei Recherche, Übersetzung, Transkription, Mustererkennung und Verifikation. Die entscheidende Frage lautet nicht: Ersetzt KI Journalistinnen und Journalisten? Sie lautet: Hilft KI ihnen, ihren Auftrag besser zu erfüllen?

Bei der Deutschen Welle kann KI Routinearbeit abnehmen: Interviews transkribieren, Rohübersetzungen liefern, Dokumente vorsortieren, Hinweise in Datenmengen finden, einen geprüften Beitrag für Website, Video, Audio und Messenger aufbereiten. Sie kann Redaktionen helfen, Themen über Sprachgrenzen zu teilen – damit ein verifizierter Kern schneller Menschen in Lagos, Teheran, Kyjiw, Bogotá oder Jakarta erreicht.

Aber KI darf keine Abkürzung an journalistischen Pflichten vorbei sein. Sie recherchiert nicht wie ein Mensch, trägt keine Verantwortung, kennt keinen politischen Druck, keine Repression, keine kulturellen Zwischentöne. Und sie irrt sich – oft überzeugend. Deshalb bleibt klar: Menschen treffen redaktionelle Entscheidungen. Bewertung, Einordnung, Freigabe, Verantwortung lassen sich nicht delegieren. KI unterstützt. Sie entscheidet nicht, was wahr, relevant oder veröffentlichungswürdig ist.

Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht: Der wirtschaftliche Druck auf Medien wächst. Wo Systeme immer mehr Inhalte immer schneller erzeugen, droht der falsche Maßstab: mehr produzieren, mehr ausspielen. Doch Masse ist kein journalistischer Wert – sie schadet sogar. Ungeprüfte KI-Inhalte vergrößern nur das Rauschen, gegen das Journalismus arbeiten soll. »Flood the Zone«, die Strategie des damaligen Trump-Chefberaters Steve Bannon, ist ein Irrweg, gegen den wir mit unserem Journalismus angehen. In keinem Fall ist unser Ziel, Teil davon zu sein.

Für die Deutsche Welle gilt deshalb: Qualität vor Volumen. KI lohnt sich, wenn sie Verlässlichkeit, Verständlichkeit oder Geschwindigkeit verbessert – nicht, wenn sie nur die Menge steigert. Besonders bei Adaptionen journalistischer Inhalte in verschiedene Sprachen zählt das. Die DW arbeitet in 32 Sprachen – eine enorme Stärke. Doch Sprache ist mehr als Wortersatz. Ein Beitrag, der in Brasilien verständlich ist, kann anderswo erklärungsbedürftig oder politisch heikel sein. KI liefert eine erste Fassung. Ob sie stimmt, passt und wirkt, entscheiden Redakteurinnen und Redakteure mit Sprach- und Landeskenntnis.

Hier setzt »Liquid Content« an: Inhalte werden nicht beliebig, sondern beweglicher. Ein klassischer Artikel ist ein fertiges Paket aus Überschrift, Text, Bild. Liquid Content denkt in Bausteinen: Was sind die geprüften Kerninformationen? Welche Quellen tragen sie? Welche Fakten sind gesichert, welche Begriffe brauchen Erklärung? Liegen diese Bausteine sauber vor, lassen sie sich flexibel nutzen – als kurzer Text, Hintergrundstück, Social-Video, Audiofassung, Newsletter-Absatz oder Grundlage weiterer Sprachfassungen.

Das verändert die Arbeit: Recherchen wandern leichter durchs Haus. Sprachredaktionen schließen schneller an verifizierte Informationen an. Plattformteams spielen passendere Inhalte aus.

Auch die Mediennutzung verändert sich. Menschen kommen zunehmend nicht mehr nur über Startseiten oder soziale Netzwerke zu Nachrichten. Sie fragen KI-Systeme und erhalten direkte Antworten, oft ohne deren Quelle zu besuchen. Für Medien ist das eine Zäsur: Sichtbarkeit entsteht künftig nicht nur durch einen Klick, sondern dadurch, dass verlässliche Informationen korrekt wiedergegeben und eindeutig zugeschrieben werden.

Für die Deutsche Welle ist das entscheidend. Ihre Inhalte müssen dort auffindbar sein, wo Menschen Orientierung suchen – aber auch dort richtig wiedergegeben werden, mit erkennbarer Herkunft. Eine freie, unabhängige Quelle darf nicht im Datennebel verschwinden. Dafür braucht es technische Souveränität: keine vollständige Abhängigkeit von einzelnen Plattformen oder Anbietern. Ist etwa ein bestimmtes KI-Modell besonders beliebt in einer Zielregion, ist es unsere Aufgabe, davon zitiert zu werden.

KI verlangt neue Kompetenzen. Journalistinnen und Journalisten müssen KI-Ergebnisse prüfen, Quellenkritik auf maschinelle Antworten anwenden und Manipulationen erkennen. Sie brauchen Grundwissen über Daten, Modelle und Verzerrungen. Vor allem brauchen sie, was Journalismus immer brauchte: Skepsis, Urteilskraft, Fachwissen, Mut zur Lücke – und die Bereitschaft, eine Behauptung zurückzuhalten, solange sie nicht trägt.

Die kommenden Jahre verändern den internationalen Journalismus tiefgehend: KI-Assistenten werden stärker zu Vermittlern von Informationen, Übersetzungen besser, synthetische Stimmen und Bilder alltäglicher. Verifikation wird schwieriger und wichtiger. Zugleich erwarten Nutzerinnen und Nutzer Inhalte schnell, verständlich und in ihrer eigenen Sprache.

Die Antwort darauf kann nicht Nostalgie sein – aber auch nicht Technikgläubigkeit. Journalismus muss KI gestalten, nicht ihr hinterherlaufen: Sie nutzen, wo sie dem Auftrag dient; sie begrenzen, wo sie Verantwortung verwischt; transparent bleiben, wo ihr Einsatz das Publikum betrifft.

Für die Deutsche Welle heißt das: Innovation steht nicht gegen journalistische Standards. Sie entsteht aus ihnen. Die Deutsche Welle wird nicht stark, weil sie möglichst viele maschinelle Inhalte produziert. Sie wird stark, wenn sie geprüfte Informationen schneller, verständlicher, mehrsprachiger zu den Menschen bringt, die sie brauchen.

In einer Welt voller automatisierter Antworten zählt am Ende nicht die schnellste Stimme. Es zählt die glaubwürdige. Dafür braucht es Journalismus. Und dieser muss da stattfinden, wo die Nutzenden sind – zunehmend in den Antworten von KIs.

Für Freiheit, Innovation und Dialog

Barbara Massing und Olaf Zimmermann im Gespräch mit Eric Leimann
Barbara Massing ist Intendantin (Director General) der Deutschen Welle, Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Eric Leimann ist freier Kulturjournalist und Podcaster

Was macht die Deutsche Welle 2026 aus, Frau Massing?
Massing: Die Deutsche Welle (DW) ist Anbieterin von unabhängigem Journalismus. Sie vermittelt deutsche und europäische Perspektiven in der gesamten Welt. Sie steht für Freiheit, Innovation, Dialog.

Wie sehen Sie die Deutsche Welle, Herr Zimmermann?
Zimmermann: Für mich ist sie ein Schaufenster Deutschlands. Dabei geht es nicht ausschließlich um das Transportieren von Informationen, sondern auch von Weltbildern, Ethik und Vorstellungen, wie wir in unserem Land leben. Die Deutsche Welle ist weder Staatsfunk noch journalistischer Exot. Sie arbeitet ganz normal, nach demokratischen journalistischen Standards. Nur eben für ein Publikum im Ausland.

Die Deutsche Welle wird zu 97,5 Prozent aus dem Bundeshaushalt finanziert. Steht da nicht der Begriff des Staatsfunks im Raum?
Massing: Die Finanzierung erfolgt nicht über Gebühren, sondern den Bundeshaushalt, das ist richtig. Trotzdem werden inhaltliche Entscheidungen nicht in der Politik getroffen. Rundfunk- und Verwaltungsrat sind unsere Aufsichtsgremien, darin hat die Zivilgesellschaft eindeutig die Mehrheit. Die Gremien haben nach der Geschäftsführung das letzte Wort, auch bei Strategie und Wirtschaftsplanung. Für uns gilt genauso Artikel 5 zur Pressefreiheit wie für den Inlandsrundfunk.
Zimmermann: Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, dass, wer bezahlt, auch bestimmt. Das mag in der Wirtschaft so sein, aber nicht im demokratischen Gemeinwesen. Auch der Deutsche Kulturrat wird zu fast 100 Prozent aus öffentlichen Mitteln finanziert. Trotzdem hat der Staat hier nichts zu sagen. Derlei Konstrukte sind wichtiger Teil unserer Demokratie.

Welches Deutschlandbild will die Deutsche Welle im Ausland vermitteln?
Massing: Ein vielfältiges Deutschlandbild. Eines, das für Freiheit und Demokratie steht und mit Worten und Argumenten um die besten Lösungen ringt. Eines, das einen klaren Kompass hat – mit sozialer Verantwortung, aber auch Verantwortung für Wohlstand und Wachstum. Werte wie Verlässlichkeit und Vertrauen sind uns wichtig. Sie gehören für mich zur Demokratie und sind starke Gegengewichte zur multipolaren Weltordnung oder jenem Transaktionalismus, der sich als Wertmodell auf der Welt gerade durchzusetzen scheint.

Zimmermann: Wenn wir auf die Anfänge der Deutschen Welle in den 1950er-Jahren blicken – ging es seinerzeit darum, ein anderes, ein neues Bild von Deutschland zu vermitteln. Dort sah man uns zumeist noch als autoritären, faschistischen und kriegerischen Staat. Dass wir nach dem Zweiten Weltkrieg ein anderes Land geworden sind und man das im Ausland auch verstand, dazu hat die Deutsche Welle viel beigetragen.

Welche Rolle spielt Kultur dabei, Deutschland in der Welt verständlich zu machen?
Zimmermann: Die Bedeutung von Kultur wird in der Politik chronisch unterschätzt. Dabei beschreibt sie den menschlichen Ausdruck so gut wie kaum etwas anderes. Wenn wir andere Menschen verstehen wollen oder sie uns verstehen sollen, funktioniert das immer über Kultur und fast nie über Politik.
Massing: Ich sehe sogar noch einen engeren Bezug zwischen Kultur und Politik. Über Kultur wird Gesellschaft verhandelt. Die AfD schreibt beispielsweise in ihrem Regierungsprogramm in Sachsen-Anhalt, dass sie sich zuallererst um Kultur und Bildung kümmern will – und um Medien. Schon daran sieht man, wie wichtig Kultur jenen ist, die die Grundlagen unserer offenen Gesellschaft angreifen und unseren demokratischen Rechtsstaat tiefgreifend verändern wollen. Über Kultur wird Gesellschaft definiert.
Zimmermann: Wir haben gerade die verrückte Situation: je rechtsextremer, desto mehr Kultur. Die AfD beschäftigt sich von allen deutschen Parteien am meisten mit Kultur. Das ist in anderen Ländern mit rechtsextremen oder illiberalen Parteien im Übrigen ähnlich. Wir haben als Mitte der Gesellschaft eine große Aufgabe: Kulturfragen dürfen nicht den Rändern überlassen werden, eben weil Kultur Gesellschaft definiert.

Demokratie und Pressefreiheit stehen in vielen Teilen der Welt unter Druck. Wie reagiert die DW darauf?
Massing: Wir sehen, dass die autoritären Kräfte massiv in ihren Auslandsrundfunk investieren. Russia Today ist zwar in den meisten Staaten Europas verboten, aber digital kommt die Propaganda auch hier an. Erst im Dezember 2025 hat Russia Today ein riesiges Büro mit hunderten Mitarbeitenden in Indien eröffnet. In Afrika hat es Putin geschafft, Russland auch mit Hilfe der Auslandsmedien in der öffentlichen Wahrnehmung als antiimperialistisches Land zu etablieren. Die Deutsche Welle muss international mit Fakten und Journalismus ein Gegengewicht zu Lügen und Propaganda bilden.
Zimmermann: Wir müssen als Gesellschaft resilienter werden, das ist ein großes »Learning« der letzten Jahre. Da stellt sich für mich schon die Frage: Gehört ein freier Rundfunk, der im Ausland sendet, zu unserer Landesverteidigung? Ich finde, das tut er, denn die Demokratie wird insbesondere auch über freie und glaubwürdige Medien verteidigt.

Sie müssen seit einigen Jahren mit Budgetkürzungen leben. Kämpfen Sie verglichen mit den Investitionen der Autokratien einen ungleichen Kampf?
Massing: Unsere Stärke sind Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Vertrauen ist die wichtigste Währung für Medien, Demokratie und Stabilität. Eben dieses Vertrauen wollen die Feinde der Demokratie zerstören. Darum müssen wir innovativ sein und noch innovativer werden, wenn es darum geht, unsere Zielgruppen zu erreichen. Aber natürlich brauchen wir auch eine verlässliche, nachhaltige Finanzierung. Dies wird eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft sein.

Was wäre Ihr demokratiefördernder Ansatz, Herr Zimmermann?
Zimmermann: Es ist wichtig, dass freier Journalismus auch technisch in autoritären Ländern ankommt. Da frage ich mich manchmal, ob nicht an der falschen Stelle gespart wird, wenn man nur noch aufs Internet setzt. Ein Internet, das man einfach abschalten oder stark verlangsamen kann. Ein Retro-Mensch wie ich vermisst manchmal schon die Kurzwelle, zumal sich selbst Laien relativ einfach einen Kurzwellenempfänger bauen können. Ich denke, wir Demokraten sollten auch in Technik investieren, die Autokraten nicht einfach abstellen können.
Massing: Der Gedanke ist richtig, aber man muss auch die Mediennutzung im Auge behalten. Kurzwelle hört einfach niemand mehr, selbst in sehr autoritären Ländern. Deshalb haben wir sie eingestellt, denn es bringt nichts, in Programme zu investieren, die immer weniger Menschen nutzen. Zu Beginn des Irankriegs haben wir kurz überlegt, die Kurzwelle wieder einzuführen, weil das Internet längere Zeit komplett abgeschaltet wurde. Doch es gibt kaum Menschen mit Kurzwellen-Empfängern im Iran. Darum haben wir uns dagegen entschieden.

Müssen Sie fehlendes Budget durch Kreativität ersetzen?
Massing: Kreativität und Innovation sind für jedes Unternehmen wichtig. Ich halte die Deutsche Welle für ein agiles und innovationsfreudiges Medienhaus. Wir entwickeln Apps für unsere Programme, auch solche, die unter schwierigen Bedingungen wie offline, mit kurzen Phasen des Internetzugangs, geringen Bandbreiten oder rein über Satelliten-Zugänge wie Starlink funktionieren. Eine Woche nachdem wir in Russland zur unerwünschten Organisation erklärt wurden, haben wir russische Programme bei TikTok gestartet. Dort freuen wir uns über sehr hohe Abrufzahlen.

Sollte die DW ihre fremdsprachigen Angebote nicht auch stärker für Menschen in Deutschland zugänglich machen?
Massing: Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben sich etwas dabei gedacht, als sie festlegten: Für Inlandsmedien sind die Länder und nicht der Bund zuständig – und fürs Ausland gibt es die Deutsche Welle. Diese Trennung ist aber viel durchlässiger geworden. Wir müssen heute prüfen, ob und wie DW-Angebote in den Fremdsprachen auch in Deutschland prominenter gefunden werden können.
Zimmermann: Ich bin in dieser Hinsicht weniger zurückhaltend und finde es geradezu aberwitzig, dass man die Programme der DW nicht auch in Deutschland sehen und hören kann. Wenn man Inhalte der Deutschen Welle in den verschiedenen Sprachen in Deutschland ausstrahlen würde, könnten auch Menschen mit Migrationshintergrund erreicht werden, die heute muttersprachliche Programme aus ihren Herkunftsländern nutzen. Gerade Auslandsmedien, die in Deutschland genutzt werden, haben oftmals nicht die unabhängige, demokratische Haltung und Perspektive, die die Deutsche Welle hat. Überdies ist eines der großen Probleme der Deutschen Welle, dass jene, die sie bezahlen, die Programme eigentlich nicht empfangen – zumindest nicht über die linearen Angebote.

Ihre Zielgruppe sind junge, gebildete Menschen. Warum eigentlich die Jungen?
Massing: Weil sie in den meisten Ländern, in denen wir senden, die Mehrheit stellen. Wir haben ein Programm für Afrika, das heißt »The 77 Percent«. Hinter dem Namen steckt, dass 77 Prozent der Bevölkerung dort jünger als 35 Jahre alt sind. Es ist eine reine Vernunftsentscheidung, sich auf Zielgruppen zu konzentrieren, die die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen – auch von morgen – in ihren Ländern treffen.

Ein großer Teil internationaler Reichweite entsteht heute über Plattformen wie YouTube, TikTok, Instagram, Google – und Entscheidungen der KI. Wie unabhängig kann die DW sein, wenn private Technologieunternehmen und ihre Algorithmen darüber entscheiden, welche Inhalte Menschen überhaupt erreichen?
Zimmermann: Abhängig sind wir dann, wenn wir uns abhängig machen. Mir geht es deutlich zu schnell, wenn wir alle darüber jammern, dass wir gegen die globalen Konzerne und ihre Methoden schon verloren haben. Ich baue auf jene öffentlich-rechtlichen Medienstrukturen, die wir in vielen Ländern Europas haben. Wir müssen den Medienkonzernen aus europäischer und deutscher Perspektive etwas entgegensetzen. Letztlich geht es darum, wer die Deutungshoheit hat: freie Gesellschaften mit freien Medien oder Technologiekonzerne. Es lohnt sich, kämpferisch zu sein, für freie Medien und Demokratie.

Kann man etwas gegen den massiven Content-Abfluss von journalistischen Qualitätsinhalten wie jenen der Deutschen Welle in Richtung KI tun?
Massing: Die Politik muss hier mehr tun als bisher – und sie kann das auch. Seit einigen Jahren produzieren wir vor allem »on demand«. Das heißt allerdings auch: Was »on demand« zur Verfügung steht, kann von der KI abgeschöpft werden. Dafür muss es Regelungen und Entlohnung für geleistete Arbeit geben. Viele Menschen aus anderen Kontinenten sagen mir: Wir bauen auf Euch als Europäer. Denn wenn ihr es als EU nicht schafft, wer soll sich sonst gegen Big Tech durchsetzen?
Zimmermann: Europa steht für Fairness und Rechtsstaatlichkeit. Auch gegen die Macht der Konzerne, die in Sachen Content-Klau nichts anderes als Organisierte Kriminalität betreiben. Warum ist es das bei der KI nicht? Nur wegen der Macht der »Player«? Ich erwarte, dass die Politik entschiedener vorgeht. Sie soll sich aus den Inhalten heraushalten, aber die Rahmenbedingungen für Kultur und Medien entsprechend, d.h. bestmöglich gestalten.

Wenn wir tatsächlich auf das Jahr 2030 schauen: Was müsste sich bei der Deutschen Welle bis dahin verändert haben, damit Sie sagen: Sie erfüllen ihren Auftrag so, wie Sie sich das vorstellen?
Massing: Die Deutsche Welle sollte eine digitale und datenintelligente Organisation sein. Ein Medium, das für Freiheit, Innovation und Dialog steht – und international Vertrauen schafft.

Was wünschen Sie sich, Herr Zimmermann?
Zimmermann: Mehr Frieden, Verständigung und Austausch in dieser Welt. Alles Wünsche, zu deren Erfüllung die Deutsche Welle entscheidend beitragen kann.

Impressum

Politik & Kultur-Dossiers erscheinen als
Beilage zu Politik & Kultur, der Zeitung des
Deutschen Kulturrates, herausgegeben
von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

Erscheinungsort: Berlin
Redaktionsschluss: 15. Oktober 2026
ISBN: 978-3-947308-76-7
ISSN: 2199-1685

Kontakt:
Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10, 10115 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 28-0
post@kulturrat.de, kulturrat.de

Redaktion:
Olaf Zimmermann (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Sophia Blochowitz (Redaktionsassistenz)

Verlag:
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0
info@conbrio.de, conbrio.de

Gestaltung: 4S, Berlin
Druck: Freiburger Druck, Freiburg

Kooperation:
Dieses Dossier ist eine Kooperation zwischen
dem Deutschen Kulturrat und der Deutschen Welle.
Die inhaltliche Verantwortung liegt allein beim
Deutschen Kulturrat.

Hinweise:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates
wieder. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheber-
rechtlich geschützt.